

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Liste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheilten Kolonien-
 geteile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Verlagsmarkt 30 Pf. Inserate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.
 Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 15. März 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3

Kritische Tage.

Gemach floh die Reichstags-Session dahin. Plötzlich schäumt es und braust und tost, als wären Steine und Felsblöcke in das ruhige Wasser geschleudert worden. Der Militarismus, der ewig Störende, ist lärmend in die gemächliche Stille des Reichstages eingebrochen.

Es ging ein Leben, eine Lebendigkeit und Lebhaftigkeit am Dienstag durch den Reichstag, wie noch niemals in dieser Tagung. Und die politische Situation, die dies Leben hervorbrachte, war so wunderbar, noch wunderlicher als alle die Wunderlichkeiten, an die die heutige Regierungslustlosigkeit uns zu gewöhnen mit so viel Eifer und Beharrlichkeit versucht hat.

Die ausschlaggebende Zentrumsparthei kam den militärischen Forderungen der Regierung weiter als jemals entgegen. Während das Zentrum 1887 das Septennat ablehnte und 1893, obwohl die zweijährige Dienstzeit zugestanden wurde, die Caprivische Vorlage abwies und es beide Male auf einen Wahlkampf ankommen ließ, ist es jetzt ganz militärisch geworden. Von Opposition gegen den Militarismus kaum mehr eine Spur. Es bewilligte im vorigen Jahre die kolossalen Marineforderungen. Es bewilligte in dieser Session sofort die Neuorganisationen und die Artillerievermehrungen, dann gab es auch die Kavallerievermehrung dazwischen, nur einen einzigen Abstrich von den Infanterieforderungen der Regierung wollte es nicht aufgeben, um doch einen leisen Schimmer von Rücksichtnahme auf das steuerzahlende Volk zu wahren.

Und schon schien Alles in bester Ordnung. Der Kriegsminister sah keinen Anlaß, noch mehr vom Zentrum zu verlangen. Er war seelenbergnügt, daß er von den verlangten 24 000 Mann 17 000 Mann erhalten hatte. Auf so viel hatte er wohl selbst nicht gerechnet.

Da plötzlich düstere Wolken am heiteren Himmel. Ein neuer Tag, eine völlig veränderte Situation. Der Reichstag, der mit der Regierung so harmonisch zu arbeiten schien, dessen Präsidium vor Kurzem noch mit dem Reichsoberhaupt freundlich plaudern durfte, bedroht vom Schwerte der Auflösung, Auflösungsgeräusche, die seit einigen Tagen rumort, werden zur Wahrscheinlichkeit. Verhandlungen zwischen Herrn Lieber und dem Reichskanzler sind gescheitert. Vielleicht erscheint schon heute die rote Karte — so voller Spannung steht die Dienstags-Sitzung ein.

Eine „große Sitzung“. Die Parteien sind fast vollzählig, zahlreiche Bundesratsmitglieder umgeben den Reichskanzler und Kriegsminister. Die Tribünen sind überfüllt; auch Herr von Köller, der einstige Umsturzgesetz-Minister, blickt aus der Loge herab, als wolle er sagen: ist meine Stunde wieder gekommen?

Zwei Anträge lagen vor. Die Regierungsvorlage, welche die Friedenspräsenzstärke auf 502 500 Mann — Einjährig-Freiwillige, Unteroffiziere und Offiziere sind dabei nicht eingerechnet — festsetzen will, und der Antrag der Budgetkommission, dessen Urheber das Zentrum, der 495 500 Mann fordert. Wer wird nachgeben?

Der Kriegsminister v. Goltz suchte die Aenderung seines Verhaltens zu begründen. Er halte an der Regierungsvorlage fest. Die Konservativen und Nationalliberalen traten für die Regierungsvorlage ein, nachdem sie wenige Tage zuvor mit den Zentrums-Bewilligungen zufrieden gewesen waren. Das Zentrum soll gedemüthigt werden. Da „von oben her“ die neue Parole kam, wird sie mit Freude aufgenommen, um den heißen Haß gegen die Partei zu kühlen, die sich zur herrschenden aufgeschwungen und die alten Regierungsparteien aus ihren bevorzugten Stellungen verdrängt.

Aber das Zentrum will nicht weichen. Hat es doch schon so viel für den Militarismus, daß zu ihm nichts mehr übrig bleibt. Wohl schmecken ihm die Stimmen der Regierungseligkeit, aber wie soll es die Volksgunst, die doch der Grund seiner Stärke, leichtsinnig verschmerzen, indem es sich aller Möglichkeiten des Rückzugs unterwirft? Warum soll es sich die Gloriole der Oppositionseligkeit nicht auf das Haupt drücken lassen, wenn die Regierung es durchaus so will?

Freilich, Herr Dr. Lieber hat keineswegs die Möglichkeit ausgeschlossen, daß seine Partei im letzten Augenblick doch noch bis auf den letzten Tropfen den Trank, den der Kriegsminister kredenzte, austrinken werde. Wenn der Minister die Nothwendigkeit der abgestrichenen 7000 Mann nachweise, so werde das Zentrum sich belehren lassen. Ist das die Ankündigung für den Umfall in der dritten Lesung? Sollte das Zentrum so unklug sein? Sollte es die Thorheiten der Regierung durch seine Thorheit zum unentwerteten großen Erfolge hinausführen wollen?

Man kann es kaum glauben. Wahrscheinlicher ist es, daß die Regierung nachgibt. Ihre Vorlage erzielte 141 Stimmen, die Zahl der Ablehnenden betrug 209. Kann sie hoffen, diese große Mehrheit durch eine Wahl in eine Minderheit zu verwandeln? Unmöglich; die ablehnende Mehrheit würde noch größer werden. Kann sie einer fremden Unterstützung ihrer Leibpartei gewärtig sein? Nicht einmal dies; die Reden der Herren v. Lebedew und v. Kardorff klangen gar elegisch, sie haben selbst keine ungemischte Freude an der Regierungsvorlage und die konservative Presse klagt laut über die verfahren Situation. Die Wahlschlacht für die Regierung und ihrer Parteien wäre verloren, ehe sie begonnen.

Aber das Wahrscheinliche ist in unseren Tagen das Unwahrscheinliche geworden. Wenn selbst der Reichskanzler, der den Konflikt nicht wünscht, sein Amt darangeht, wenn die Aussichten der Regierung die trübsten sind, die sie je hegen durfte — es giebt Kräfte in unserem Staatsleben, welche sich so stark dünken, daß sie im tollen Ansturm Alles, was sich ihnen entgegenstellt, über den Haufen zu werfen, einbilden. Werden diese Kräfte gebändigt werden? Oder werden sie frei schalten und einen Wahlkampf entfesseln?

Sie mögen sich in acht nehmen. Denn wir wüßten nicht, wie wir jenen geheimnißvollen Mächten zu danken vermöchten für das, was sie für uns thun.

Ueber das äußere Bild der Sitzung schreibt man uns aus dem Reichstag:

Die Grausamkeit ist doch tief in der Menschennatur begründet. So lange der Reichstag sich des ungestörten Daseins erfreut, kümmern sich die Wenigsten um ihn. Heute aber, wo die Mär von Mund zu Mund geht, das hohe Haus werde gewaltsam vom Leben scheiden, drängt sich das Volk, um das aufregende Schauspiel eines parlamentarischen Schlaganfalls in nächster Nähe schauen zu können.

Jedweder Parlamentarier dürfte sich heute ein Kröpfen dünken; so viele Welter — um Tribünenarten hatte er abzuweisen. Schon gegen 1 Uhr waren die Tribünen sämtlich besetzt. Die Zahl der Refusirten aber mochte wohl erheblich die der Eingelassenen übersteigen; wenn die Ersteren die Zeit zu einem Frühlingsspaziergang in dem noch baumbestandenen Theil des Thiergartens benutzt haben sollten, so halten wir sie für die Glücklicheren. Es vernebelt kaum die Lebensfreudigkeit, ein paar Stunden, wann draußen die junge Sonne um die grimmigen Kossopen spielt, auf die Schach- und Schachergänge des Herrn Lieber zu harren.

Die Uniformen überwiegen. In der Diplomatensloge fällt ein Japaner auf, wenn es nicht ein Siamer ist. Die Hofloge ist überfüllt, viel Militär, höchst vornehmer Zivil und standesgemähe Weiblichkeit auf den roten Sesseln mit den goldgestickten Kronen. Selbst ein paar Serenissimi scheint die sensationelle Verhandlung herbeigelockt zu haben. Der ältere im weiß wallenden Bartmantel gestikuliert eifrig nach der linken Seite des Hauses. Offenbar zeigt er dem jüngeren Kollegen die verächtliche Erscheinung des Rüberhauptmanns Bebel oder informiert ihn über den großen Militärmenschenfresser Richter.

Inzwischen fällt sich unten der Saal. Die führenden Abgeordneten der Parteien essen geschäftig umher. Kurze gruppenweise Gespräche. Was wird das werden? Unten scheint man die Sache ziemlich ernst zu nehmen, während man auf der mehr als ausverkauften Journalistentribüne an Katastrophen nicht glaubt. Dort oben glaubt man überhaupt an nichts, man hat nicht den mindesten Respekt vor der Weltgeschichte und ihren Repräsentanten. Für die Journalisten giebt es in noch höherem Maße als für die Kammerdiener keine Helben, das heißt in ihren Privatgefühlen; wenn sie schreiben, so werden sie ihre eigenen Offiziere und nehmen dieselben Dinge gewichtig, über die sie eben ihre Wijs geirren haben. Soll man es glauben? Selbst vor dem heiligen Paasche haben diese Herren keine Ehrfurcht, und wie der begnadete Professor einmal den Saal verläßt, ruft einer von den Federleuten entzückt aus: Paasche geht beten. . .

Am Bundesrathstisch sitzen der Kriegsminister v. Goltz und der Graf oder besser Marquis Rosa-dobosky. Herr v. Goltz ist der Inbegriff eines kaum glaublichen Mangels besonderer Kennzeichen; heute ziert ihn freilich ein würdiger Ernst, von dem man nur nicht recht weiß, ob er nicht eigentlich Langeweile ist. Rosa-dobosky, der mit Herrn Lieber eine herzliche Begrüßungsjene spielt, hat im Laufe seiner Beschäftigung mit der Judthausvorlage selbst ein wenig die Farbe angenommen, die man in „geschlossener Luft“ angestrichelt erhält; er sieht wirklich müde und nervös aus. Wir glauben und nicht zu täuschen: die ministeriellen Gesundheitsrächstchen sind ihm grell auf der Stirn geschrieben. . . Auch sonst sind die Bänke der verblühten Regierungen stark bevölkert. Man bekommt so den Eindruck, wie zahlreich unser beneidenswertes Volk regiert wird.

Als der Präsident v. Kallstrem um 1/4 Uhr die Sitzung eröffnet, zeigt der Saal kaum eine Lücke. Herr Wassermann referirt, kurz über den ersten Paragraphen der Militärvorlage, unendlich über den entscheidenden zweiten. Das hohe Haus ist in lebhaftester Unterhaltung begriffen. „Bei der außergewöhnlich starken Besetzung des Hauses bitte ich um größere Ruhe als sonst nothwendig ist.“ mahnt scherzend der Präsident. Aber bald ertrinkt wieder der Referent in dem Stimmengewir, nur die herrliche Präsur und das frisch leuchtende Antlitz des Mannes ragt noch hervor. Sein Mund öffnet sich und schließt sich, tausende Male; schnappt er nach Luft oder redet er? Endlich verschafft ihm eine erneute Mahnung des Präsidenten etwas mehr Ruhe.

Als Wassermann ungefähr eine Stunde geredet, erscheint der Reichskanzler, noch kleiner als gewöhnlich. Man kann sich kaum vorstellen, daß es möglich ist, daß ein Mensch so klein ist wie Fürst Hohenlohe; so klein, so alt und so verkrüppelt. Wir sind überzeugt, daß er, so wie er dasteht, gar nicht in seiner ganzen Größe erscheint; er ist offenbar in sich zusammengezogen wie ein Fernrohr oder Opernglas. Wenn er sich ganz giebt und ein wenig blank gebaut ist, mag er wohl aussehen, wie das „Reichskind“, sein Sohn, der lang, hoher, melancholisch zwischen Bundesrathstisch und Abgeordnetenstisch pendelt.

Podolowsky beugt sich tief, die Hände auf den Tisch gestützt, zu dem neben ihm stehenden Chef hinab. Würde er ihm noch näher rücken, so würde Hohenlohe in dem Partparl des Staatssekretärs auf Kimmertwiedersehen verschwinden. Beide reden eifrig und höchst

erregt mit einander. Vielleicht über das schöne Wetter. Der Kanzler antwortet mit resignirten, ängstlich schwingenden Handbewegungen: „Nein, nein. Sagen Sie das nicht. Es ist doch noch zu kalt. Man kann noch nicht ohne Wintermantel gehen. Denken Sie, lieber Graf, bei meinem Alter! . . . Auf den Tribünen vermüthet man, daß sich das Schicksal Deutschlands in dieser Unterredung entscheidet.“

Rum klettert der Kanzler mühsam die Treppe zum Saal hinunter; die Stufen scheinen viel zu hoch für ihn. Unten am Geländer bespricht er sich mit dem konservativen Hofmann, Herrn v. Lebedew, der in seiner vornehmen Würdigkeit gleichfalls zu frieren scheint; sie haben beide rote Hände. Hohenlohe kriecht während dessen immer mehr in sich zusammen. Sein Haupt neigt sich bedrohlich zur Seite, als wolle es abfallen. Ein Bild hilfloser Verlassenheit!

Immer noch referirt Herr Wassermann, der Nationalliberale; kein Härchen hat sich an seinem Scheitel verschoben. Nur einer im Saale findet die Erörterung interessant: der Kanzler. Er verläßt Herrn v. Lebedew, stellt sich neben den Referenten und lauscht, die Hände grazios auf die Hüften gestützt, andächtig dem Berichterstatter der Kommission, als ob er ganz neue, tiefgründige Offenbarungen vernähme.

Endlich verlegt die Berichterstatter. Unter tiefstem Schweigen des Hauses beginnt der Kriegsminister zu reden: kühl, knapp, geschäftsmäßig, ohne Schwung und Wärme. Er erledigt gewissenhaft seinen Auftrag; aber er ist sicher kein Fanatiker der 7000 vom Zentrum gestrichenen „Köpfe“. Zu einer Auslösung kommt es heute jedenfalls nicht; denn Herr v. Goltz erklärt, daß der Bundesrath noch keinen Beschluß gefaßt hat. Er für seine Person muß den Kommissionsbeschluß für unannehmbar halten und auf der Regierungsvorlage bestehen, die er durch militärisch-technische Erwägungen zu retten sucht. Er droht nicht, begnügt sich mit einem sanften Appell an den Patriotismus und setzt sich — alles ohne besondere Kennzeichen. Hohenlohe lauert in einem Winkel seines Sessels, tief ergriffen von der Mühsal des Regierens.

Dann kommen zwei Nationale, der liberale Archivar Sattler und der konservative Herr von Lebedew. Beide stimmen für die Regierungsvorlage, beide behalten sich für die dritte Lesung ihre Stellung vor, beide erklären die Unschicklichkeit der Militärbehörde. Herr Sattler will tapfer für die Regierung eintreten, selbst dann, wenn sie auf die 7000 Mann verzichtet. Das Haus wird durch diesen Muth in die größte Heiterkeit versetzt. Herr Lebedew erklärt kurz und einstichtig: „Von den militärisch-technischen Dingen verstehen wir alle zusammen garnichts“.

Und nun die Hauptnummer des Tages: Herr Lieber. Machtbewußt bestiegt er in gefalteter Würde die Rednertribüne zu einer gefalteten Rede. Jedes Wort beschaut sich erst andächtig im Spiegel seines Tiefsinns, bevor das nächste hervorkommt. Im Uebrigen ist es ein echter Lieber. Er beginnt demokratisch und endigt demokratisch. Aber zwischen den ausführenden Epochen schließt er einen Gottesfrieden mit Gott, Welt und Regierung. Herr Lieber muß sich eine Hintertür zum Umfall vorbehalten, — selbst wenn er ausnahmsweise daran nicht denken sollte, von dieser Gewohnheitstakt Gebrauch zu machen. Ein verständnißvolles Nicken lief durch Saal und Tribünen, in jenem historischen Moment, als er sich im Prinzip bereit erklärte, „bei einem späteren Anlaß“ sich auch, wenn möglich, von der Nothwendigkeit der 7000 Köpfe zu überzeugen. Ist ein späterer Anlaß die — dritte Lesung?

Wir haben gegen Lieber-Reden nun einmal die Antipathie. Nach seiner Doppel-Karoussel-Rede war die Spannung des Hauses erschöpft. Man wußte, daß die Vorlage in zweiter Lesung fallen, und ahnte, daß sich bis zur dritten Lesung noch alles zum Besten wenden würde. Wir benutzten die Gelegenheit, das Freie zu gewinnen.

Als wir aus der Katakombenluft des hohen Hauses in das blendende Licht des Frühlingstages traten, da schämten wir uns feyerlich — im Angesicht der reinen Natur — des politischen Handwerks. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. März.

Ludwig Bamberger 1.

Am Dienstag Mittag verstarb im 71. Lebensjahre Ludwig Bamberger, der hervorragende Schriftsteller des älteren Liberalismus. Sein alter politischer Radikalismus, der ihn einst in Mainz eine zornstimmende Todtentrede auf Robert Blum halten ließ, war mit den Jahren mehr und mehr verpflogen. Besonders die Anziehungskraft des Fürsten Bismarck wirkte verhängnißvoll auf Bamberger, der einst Schüler und Apostel des französischen Sozialismus, schließlich sogar Hauptredner der nationalliberalen Partei für das schmachvolle Sozialistengesetz war.

Seit der Session, deren stärkste Triebkraft Bamberger neben Jordanes und Stauffenberg war — zunächst hauptsächlich aus freihändlerischer Opposition gegen die nationalliberale Nachgiebigkeit in Zoll- und Steuerfragen — fand der jetzt Verstorbene häufiger auch die schärfere Tonart gegen die Regierung und das ihm von jeher verhasste Junkerthum wieder. Mit Fürst Bismarck socht er sogar jahrelang die erbittertesten Feinden im Parlamente aus. Mehr und mehr fand der Widerstand gegen den wachsenden Protektionismus, gegen die Gefährdung der Goldwährung und der alten Reichsbankverfassung, dann gegen die deutsche Kolonialpolitik in ihm einen der bedeutendsten Wortführer. Das Richter wüthiger, aber mitunter auch kurzschätiger und plumper verfocht, das vertrat Bamberger geistreicher, feiner zugespitzt — oft auch viel empfindlicher für den parlamentarischen Gegner und die Regierung, freilich meist ohne den starken Niederhalt in weiteren Kreisen, der Richter's Reden so oft begleitete.

Mit dem Alter und der wachsenden Altersschwäche — gebrechlich war seine Gesundheit stets gewesen — zog sich Bamberger mehr und mehr von den parlamentarischen Kämpfen zurück. Bei der 1893er

Wahl nahm er eine Kandidatur nicht mehr an. Sein Wirkungskreis schränkte sich mehr und mehr ein auf die Vereinsorganisationen zum Schutze der Goldwährung, zur Förderung der Handelsverträge und auf eine ziemlich lebhaft arbeitende an der freimüthigen Wochenchrift: „Die Nation“. Ein ausgebreitetes Wissen auf den verschiedensten Gebieten, eine geistreiche Dialektik, ein nicht gewöhnlicher Fortschrittssinn hebt seine schriftstellerischen Arbeiten weit über das Niveau der gewöhnlichen Zeitungs-Literatur empor, viele sind daher auch gesammelt in Buchform erschienen und dürften einen bleibenden Werth für die Geschichte unserer Tage beanspruchen.

Alles in Allem kann man sagen, daß in Bamberg einer der besten Vertreter des alten politischen und wirtschaftlichen Liberalismus aus dem Leben geschieden ist. Ueber den jungen Nachwuchs, der sich heute besonders im Nationalliberalismus breit macht, ragte er durch Bildung und Charakter thurnhoch empor.

Nachstehend geben wir einige biographische Daten aus dem Leben des Verstorbenen:

Bamberg wurde am 22. Juli 1823 zu Mainz geboren, studierte in Gießen, Göttingen und Heidelberg die Rechte und nahm als Redakteur der „Mainzer Hg.“ an der Bewegung des Jahres 1848 und später am Aufstande in Baden lebhaften Antheil. Zum Tode verurtheilt floh Bamberger nach dem Ausland und war längere Zeit als Bankier in Paris thätig. Nach der Amnestie von 1860 kehrte er jedoch nach Deutschland zurück, machte 1870 den Feldzug im Hauptquartier als Publizist mit und trat 1873 als Abgeordneter für Alzen-Wingen der nationalliberalen Fraktion des Reichstages bei. Hier widmete er sich vor allem handelspolitischen und finanziellen Fragen und belämpfte namentlich die Schutzpolitik des Fürsten Bismarck, weshalb er 1870 die Reichen der Nationalliberalen verließ und die secessionistische Partei bildete, die sich 1884 mit der Fortschrittspartei als deutsch-freimüthige Partei aufthut. Nach der Spaltung dieser letzteren Partei hielt er sich zur freimüthigen Vereinigung, ohne jedoch am politischen Leben noch weiter aktiv theilzunehmen. Seine Ruhe benutzte er zur Herausgabe seiner „Gesammelten Schriften“.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm heute debattelos in erster und zweiter Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung der Stadtgemeinde und des Stadtkreises Kassel, und in dritter Lesung den Gesetzentwurf betreffend den Ankauf der Bernsteinwerke der Firma Stantien und Becker an und setzte sodann die Verathung des Kulturbudgets fort. Von demselben wurde das Kapitel „Höhere Lehranstalten“ erledigt und das Kapitel „Elementarschulen“ in Angriff genommen. Wie alljährlich, so beklagten sich auch diesmal die Junker bei der Verathung dieses Kapitels über eine angeblich zu große Belastung der kleineren Gemeinden durch das neue Schreibegebühren-Gesetz, während das Centrum wieder einmal die Auslieferung der Schule an die Kirche verlangte.

Am Mittwoch wird die Verathung fortgesetzt.

Zur Abrüstungskonferenz haben, wie aus dem Haag gemeldet wird, nun auch Deutschland und Frankreich ihre Delegirten bezeichnen. Aus Berlin wird der Staatssekretär des Auswärtigen Herr v. Bälou erscheinen und Frankreich wird durch Herrn Ribot vertreten sein.

Deutsches Reich.

Der Oberbefehl über die Marine.

Das Marine-Verordnungsblatt veröffentlicht folgende Kabinetts-ordre vom 14. März:

Nachdem ich mich entschlossen habe, den Oberbefehl über meine Marine ebenso wie über meine Armeen selbst zu führen, erachte ich es nicht für zweckmäßig, wenn zwischen mir und den einzelnen Befehlshabern eine zentrale Kommandobehörde steht, die lediglich meine Befehle zu übermitteln haben würde. Ich bestimme daher: 1. Die Befehle „Ober-Kommando der Marine“ kommt in Fortfall. 2. Die bisherige Admiralstabs-Abtheilung des Ober-Kommandos wird selbstständig mit der Bezeichnung „Admiralstab der Marine“, mit dem „Chef des Admiralstabes der Marine“ an der Spitze und dem Sitz in Berlin. Der Chef des Admiralstabes wird mir unmittelbar unterstellt. Ich verleihe ihm die Disziplin- und Umlaufbefugnisse, wie sie bisher dem Kommandirenden Admiral zustanden. Im Admiralstabe werden außer den Admiralstabsgehilfen die militärpolitischen Angelegenheiten der im Auslande befindlichen Schiffe bearbeitet. Alle übrigen Abtheilungen und Dezernate des Oberkommandos werden aufgelöst.

Eduard Bernstein's „Voransetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“.

(Schluß.)

Im folgenden Abschnitt führt B. aus, wie die Demokratisierung eine nötige Vorbedingung der Sozialisierung sei. Zunächst gilt es da, die Gewerkschaften fördern, nicht mit dem Ziele, daß sie Beherrscher eines ganzen Gewerbezweiges werden, denn in diesem Falle geräthen sie als monopolistische Produktionsgesellschaft in Widerspruch mit Demokratie und Sozialismus, sondern mit dem Ziele, sie zur Arbeits-Abtheilung zu machen, die der Gesamtheit untergeordnet bleibt. Demokratie vertrage sich darum auch nicht mit „Diktatur des Proletariats“; dieser Begriff sei überlebt, „weil doch die ganze praktische Tätigkeit der Sozialdemokratie darauf hinaus, Zustände und Vorbedingungen zu schaffen, die eine antimonopolistische Ausbreitung freier Ueberschneidung der modernen Gesellschaftsordnung in eine sichere, ermöglichende und verbürgende sollen“. Auch der „Liberalismus“ sei deshalb zu rehabilitiren. Nicht der heutige Bourgeoisliberalismus, sondern der Liberalismus als allgemeines Gesellschaftsprinzip. Der Sozialismus will keine neue Gebundenheit irgend welcher Art schaffen; das Individuum soll frei sein, nicht von Pflichten gegen die Gesamtheit, aber von ökonomischen Zwängen in seiner Bewegung und Berufswahl. Diese Freiheit ist nur möglich durch das Mittel der Organisation. „Wenn der Staat auf der einen Seite alle gesetzlichen Hindernisse der Organisations der Produzenten aufhebt und den Berufsverbänden unter bestimmten Bedingungen, welche deren Ausübung in monopolistische Korporationen vorkommen, gewisse Vollmachten hinsichtlich der Kontrolle der Industrie überträgt, so daß alle Garantien gegen Lohnrückerei und Heberarbeit gegeben sind, und wenn auf der anderen Seite durch die früher skizzirten Einrichtungen dafür gesorgt wird, daß niemand durch äußerliche Noth gezwungen wird, seine Arbeit zu unwürdigen Bedingungen zu veräußern, dann kann es der Gesellschaft gleichgültig sein, ob neben den öffentlichen und genossenschaftlichen Betrieben noch Unternehmungen existiren, welche von den Privaten für den eigenen Gewinn betrieben werden. Sie werden ganz von selbst mit der Zeit genossenschaftlichen Charakter annehmen.“

Ist also Schöpfung der Arbeiterklasse in der demokratischen Selbstverwaltung Vorbedingung der sozialen Emanzipation, so ist der Einwand nicht auf die Dauer berechtigt, daß die Ansichten in Deutschland, die Demokratie anzubilden, sehr gering seien, weil das deutsche Bürgerthum immer reaktionärer werde. Denn je mehr die Sozialdemokratie sich von der diktatorischen Revolution, von der allgemeinen, gleichzeitigen und gewaltthätigen Expropriation löst und die allmähliche Ablösung durch Organisation und Gesetz betont, um so eher wird die einheitliche Furcht der bürgerlichen Welt weichen, die gern vereint mit der Arbeiterklasse gegen den Feindstand freizusetzen würde.

Abschnitt d. „Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie“ trägt das Motto: „Und was sie ist, das wage sie zu scheinen“. Bernstein will nicht Abänderungen der nächsten Forderungen des

Die weiteren Bestimmungen ergeben die Beziehungen der verschiedenen Abtheilungschefs, der Schiffskommandeure u. s. w. zu dem obersten Chef.

Es ist weiter nicht erstaunlich, daß der Kaiser, der gleich bei seinem Regierungsantritt damit begann, sein „eigener Reichs-Langler“ zu sein, nun auch neben dem Oberbefehl über die Armee den über die Marine übernimmt.

Die Furcht vor der Auflösung. Die neuen Organe des Invaliden-Versicherungswesens, die in der Novelle zu dem Gesetze vorgezeichnet sind, die örtlichen Rentenstellen, machen der „Konservativen Korrespondenz“ schwere Sorge; sie sieht darin schon wieder „Unfallhören für die Sozialdemokratie“ und sie macht deshalb in einem längeren Artikel dagegen mobil. Die Rentenstellen werden gar bald neue Agitationsherde werden und Einfallsthore in die Kreise der ländlichen Arbeiter für die Sozialdemokratie bilden.

Das ist bitter für Herrn v. Vosadowky, denn er meinte es wirklich gut mit diesem neuen Vorschlag. Werden doch in den Provinzen die Rentenstellen geradezu als ein Mittel bezeichnet, den Einfluß der Arbeitersekretariate und ähnlicher Einrichtungen auf die Arbeiter zu paralysiren. Daß sie diesen Zweck nicht erreichen werden, darauf ist schon in der Arbeiterpresse hingewiesen worden, aber daß sie sogar im Gegentheil eine neue Stütze für unsere Agitation werden könnten, daran haben wir bisher ebenso wenig gedacht, wie Herr v. Vosadowky.

Zwei Urtheile! Im September 1898 betrat der 70 Jahre alte herzoglich sachsen-altenburgische Kammerherr und frühere Rittergutsbesitzer auf Gnanstein, Baron Julius von Einsiedel, jetzt in Dresden wohnhaft, einen Restaurationsgarten an der Friedrichs-Allee in Dresden und erledigte dort in ungenirter Weise ein menschliches Bedürfnis, obgleich es heller Tag war und in einiger Entfernung Gäste saßen. Der Inhaber des Restaurants stellte den Baron im Garten zur Rede, worauf der Baron grob antwortete, daß ihn der Restaurateur nicht belästigen solle und daß er (der Baron) sich das Lokal merken und in seinen Kreisen bekannt machen würde. Da der Herr dem Wirth nicht bekannt war, so ließ dieser die Persönlichkeit polizeilich feststellen. Der Baron erhielt ein Strafmandat über drei Mark.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ brachte eine Notiz über diesen Vorgang unter der Marke: „Unser gestitteter Adel; in dieser Notiz war unter Anderem gesagt: „Der Kammerherr soll seinen Titel in einem der kleinen fürstlichen Staaten erhalten haben. Der Staat, der ihn in seiner Hof- und Rangliste führt, kann stolz auf solchen Kammerherrn sein.“ Das in Altenburg erscheinende Arbeiterblatt „Der Wähler“ druckte diese Notiz nach und fügte noch hinzu: „In unserer Positiv figurirt ein Kammerherr von Einsiedel auf Rittergut Wolfstanz; ob dieser in Beziehung zu dem Vorgange steht, entzieht sich unserer Kenntniß.“

Dadurch fühlte sich der Kammerherr Dr. v. Einsiedel auf Wolfstanz beleidigt und beantragte bei der Staatsanwaltschaft zu Altenburg die Erhebung der öffentlichen Klage (die bekanntlich bei Beleidigung von Privatpersonen nur dann erhoben wird, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt). Die Staatsanwaltschaft nahm dieses öffentliche Interesse an und erhob öffentliche Klage gegen den Redakteur des „Wähler“, mit der Begründung, daß der Redakteur den Artikel gedruckt habe, um die Kammerherren der Thüringischen Staaten, insbesondere den an dem geschilderten Vorfall ganz unbetheiligten Kammerherrn von Einsiedel auf Wolfstanz verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Die Hauptverhandlung endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu drei Monaten Gefängniß.

Weide Urtheile ergingen.

Von Rechts wegen.

Kinderarbeit. Der Ausschuss des Deutschen Lehrervereins hat an die Lehrerschaft einen Aufruf gerichtet, in dem alle Stellen, die noch über brauchbares Material betreffend die gewerbliche und landwirtschaftliche Kinderarbeit verfügen, gebeten werden, dasselbe der Zentralstelle zur weiteren Verarbeitung und passenden Ausnutzung zu übermitteln. Keine der Forderungen des Vereins betreffend einen zeitgemäßen und ausreichenden Kinderlohn sei durchgesetzt und es bedürfe angesichts der jüngsten Debatten im Abgeordnetenhaus weiterer energischer Arbeit.

Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden hat gemeinsam mit den Zentralvereinen selbständiger Gewerbetreibender dem Reichstage eine Eingabe zugehen lassen, in welcher er bittet, dem Gesetzentwurf über Aenderung von Bestimmungen im Postwesen seine Zustimmung nur zu ertheilen, wenn die Reichs-Postverwaltung sich verpflichtet, das Porto für geschlossene Briefe im Ortsverkehr auf drei Pfennige herabzusetzen, sowie ferner den Angestellten der Privat-Postanstalten den dreijährigen Betrag ihrer Gehälter und den

Erfurter Programms vorzuschlagen, wenn er auch nicht alle Punkte für gleich wichtig oder zweckmäßig halte. Ausführlicher spricht er über die Frage „Stehendes Heer oder Wäitz“. Er verlangt Volkswehr statt Regierungsheer und Vervielfachung der Dienstzeit. Er verneint aber die Behauptung: „Der Proletariat hat kein Vaterland“. Die Sozialdemokratie dürfe nationalen Fragen gegenüber nicht rein kritisch verbleiben. Wahrung nationaler Interessen widerspreche keineswegs der Wahrung der Klasseninteressen. Wo wichtige nationale Interessen auf dem Spiele stehen, kann die Internationalität kein Grund schwächerer Rücksichtigkeit gegenüber den Präntationen ausländischer Interessenten sein.“ B. sei die Wahrung der Staatsautonomie nicht prinzipiell abzuweisen. Auch Kolonialpolitik ist nicht von vornherein verwerflich, sondern Kolonien seien auf ihren Werth und ihre Aussichten zu prüfen. Diese Anschauungen, meint B., würden in der Praxis keine nennenswerthen Aenderungen in den Bestimmungen der Partei herbeiführen, aber es komme auch darauf an, wie die Bestimmungen begründet werden.

Weiterhin hält B. eine Ergänzung des Parteiprogramms für nöthig hinsichtlich der Agrarfrage, der Fragen der Kommunalpolitik, der Genossenschaftsfrage. Auf allen diesen Gebieten solle die Sozialdemokratie positiv mitarbeiten. Sie solle sich emancipiren von einer veralteten Phantasieologie und das Scheinwollen, was sie in Wirklichkeit ist: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei. Er, Bernstein, sei nicht der Meinung, daß die Partei im Fahrwasser des Blanquismus segle. Die Thesen der Partei stimmten überein mit seinen Anschauungen. „Je mehr die Sozialdemokratie sich entschließt, das Scheinwollen zu lassen, um so mehr werden auch ihre Aussichten wachsen, politische Reformen durchzusetzen. Die Furcht ist gewiß ein großer Faktor in der Politik, aber man läuft sich, wenn man glaubt, daß Erregung von Furcht Alles vermag. Nicht als die Charistenbewegung sich am revolutionärsten geberdete, erlangten die englischen Arbeiter das Stimmrecht, sondern als die revolutionären Schlagworte verhallt waren und sie sich mit dem radikalen Bürgerthum für die Erlämpfung von Reformen verbündeten. Und wer mir entgegenbringt, daß Ähnliches in Deutschland unmöglich sei, den ersuche ich nachzusehen, wie noch vor fünfzehn und zwanzig Jahren die liberale Presse über Gewerkschaftslämpfe und Arbeitergesetzgebung schrieb, und die Vertreter dieser Parteien im Reichstag sprachen und stimmten, wo daraus bezügliche Fragen zu entscheiden waren. Er wird dann vielleicht zugeben, daß die politische Reaktion durchaus nicht die bezeichnendste Erscheinung im bürgerlichen Deutschland ist.“

Das Schlußkapitel „Endziel und Bewegung“ will zuerst die gegen Bernstein wegen seines Ausspruchs, „das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts, die Bewegung alles“, gerichteten Potentien, besonders diejenige Mechanow's, zurückerweisen. B. hat schon früher die Form dieses Satzes vom Endziel, soweit sie die Auslegung zulasse, daß jedes als Prinzip formulirte allgemeine Ziel der Arbeiterbewegung für werthlos erklärt werden solle, preisgegeben. Nicht wissen wolle er von einem „eingehender fixirten Endziel“ von vorgefaßten Theorien über den Ausgang der Bewegung, die über ein allgemein gefaßtes Ziel hinausgehen, das die prinzipielle Richtung und den Charakter der Bewegung bestimmt; solche Theorien verleszen in

Gewerbetreibenden, die bisher einen Nebenverdienst aus dem Verkauf der Freimarke für diese Unternehmungen bezogen, den dreifachen Betrag derselben als Entschädigung zu zahlen. — Die Eingabe weist nach, daß die Ermäßigung des Stadtportos für geschlossene Briefe auf 5 Pfennige lediglich den wohlhabenden Klassen der Bevölkerung zu gute komme, während die weniger Bemittelten, darunter gerade die kleinsten und mittleren Gewerbetreibenden, die sich der Berliner Paketfahrt für ihre Korrespondenz, ihren Rechnungsbücher und namentlich für Kellerngsmittel bedienen haben, gezwungen werden, das Porto statt mit 3 Pf. mit 5 Pf., also um 66 2/3 pCt. theurer zu bezahlen. Die 47 Millionen geschlossener, von dieser Gesellschaft beförderter Briefe würden ein Mehrporto von 840 000 Mark erfordern. Ferner würden die bisher von der Paketfahrt zu 10 Pf. beförderten 847 000 Einschreibebriefe je 25 Pf. Porto kosten, was ein abermaliges Plus von 97 000 M. ergibt. Diesen Betrag von über 1 Million Mark würden die weniger begüterten Klassen aufbringen, während den wohlhabenderen ungefähr der gleiche Betrag geschenkt werden würde.

Auch die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft haben an den Reichstag eine Eingabe um Ablehnung des Postgesetz-Entwurfes, so weit er eine Ausdehnung des Postregals enthält, gerichtet. Die Eingabe tritt, namentlich im Interesse des Mittelstandes und der kleineren Gewerbetreibenden, für die Erhaltung der gemeinnützigen und wohltätigen Vereine, für die Erhaltung der Privatposten ein, weist die gegen die Berliner Paketfahrtgesellschaft erhobenen Vorwürfe zurück, hebt hervor, daß die Berliner Reichspostanstalten schon beim letzten Jahreswechsel dem Verkehr nicht entfernt gewachsen gewesen seien, und betont zum Schluß, daß die Ausdehnung, die der Begriff des Regals in der Vorlage wie in der Rechtsprechung erfahren hat, Unsicherheit darüber hervorruft, in wie weit bewährte Einrichtungen in Zukunft beibehalten werden können.

Aus Etsch-Lothringen wird uns geschrieben. In Hagenau (Etsch) wurde der ehemalige französische Sprachlehrer Josef Ravana, ein französischer Unterthan, wegen Vandalismus und Majestätsbeleidigung verhaftet und ins Amtsgefängniß eingeliefert.

Bei der Rekrutenaushebung in dem Vogesenstädtchen Markirch wurde ein gesellungsgefährlicher Schlossergeselle wegen angeblicher Beleidigung des deutschen Kaisers in Haft genommen.

Chronik der Gewalthätigkeiten.

(Vergleiche zum Dresdener Zuchthaus - Kurs.)

Aus Straßburg i. E. wird uns unterm 11. März geschrieben: Eine Gerichtsverhandlung, die lebhaft zu Vergleichen mit dem Dresdener Urtheil gegen die Lötzbauer Bauarbeiter anregt, fand heute vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts statt. Angeklagt waren zwei im Alter von etwa 25 Jahren stehende Studenten der Medizin an der hiesigen Universität, Barth und Dürckhammel, ersterer wegen schwerer, mittels gefährlicher Werkzeuge verübter, letzterer wegen einfacher Körperverletzung. Beide sind Mitglieder der faßhosschen Studentenverbindung „Sabania“, an deren Stammtisch in einem der besuchtesten bayerischen Bierlokale der Stadt sie am Abend des 26. Januar d. J. verschiedentlich All trieben, insofern dessen sie mit zwei in der Nähe sitzenden Herren, dem Studenten Rosenthal und dem Geschäftsmann Lauer, in dem Wortwechsel gerietzen. Barth provozierte den Rosenthal, der sich ursprünglich ruhig verhielt, und leitete, nachdem er bereits das Lokal verlassen, in Begleitung seiner Freunde nach kurzer Zeit dahin zurück, um den Rosenthal mit den schweren Beleidigungen zu regalliren. Rosenthal erwiderte die Beleidigungen, worauf es zu derben Handgreiflichkeiten kam. Im Verlauf derselben holte Barth mittels seines schweren, mit einem mächtigen Hirschhorngriff versehenen Spazierstockes, den er mit beiden Händen an der Spitze gefaßt hatte, zu einem wuchtigen Hieb gegen Rosenthal aus, der, an der linken Kopfseite getroffen, sofort bewußtlos und blutüberströmt zusammenbrach, während der Griff des Barth'schen Stockes infolge der Wucht des Schläges abspiang. Der so daliegende Rosenthal erhielt von den Freunden Barth's noch eine Anzahl Fußtritte, und auch sein Begleiter Lauer, der den Streit hatte schlichten wollen, trug eine mehrere Zentimeter lange, anscheinend mit einem Schüssel oder einem geschlossenen Messer verletzte Kopf-wunde davon, insofern deren er etwa zwei Wochen arbeitsunfähig war. Rosenthal mußte noch in derselben Nacht ins Bürgerhospital überführt und einer gefährlichen Operation unterzogen werden. Der ärztliche Befund ergab einen komplizirten Bruch der Schädeldecke, die an der linken Kopfseite in erheblicher Aus-

Utopisterei und hinderten den theoretischen und praktischen Fortschritt der Bewegung. Auf die Bewegung lege er einen besonderen Ton, weil die Anschauung von der Hoffnungslosigkeit der Arbeiterklasse unter dem kapitalistischen System unrichtig und längst, auch von Marx und Engels, aufgegeben sei. Allerdings in dem Kapitel über die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation am Schluß des ersten Bandes des „Kapital“ sei eine andere Anschauung niedergelegt; hier tritt eine Zweifeltätigkeit in der Marx'schen Theorie hervor, die daher rührt, daß das Werk wissenschaftliche Untersuchung sei und doch eine, lange vor seiner Konzipirung fertige These beweisen will, daß ihr ein Schema zu Grunde liegt, in dem das Resultat, zu dem sie die Entwicklung führen sollte, schon von vornherein feststand. Dinge der Sieg des Sozialismus von dem unausgeglichenen Zusammenschlupfen der Zahl der Kapitalmagnaten ab, so müßte die Sozialdemokratie mindestens alles unterlassen, was dieses Zusammenschlupfen aufhalten könnte, so wäre ein großer Theil ihrer praktischen Thätigkeit Verlegenarbeit. Der Fortschritt hänge nicht von der Verschlechterung der Lage der Arbeiter und der Konzentration der Kapitalien ab.

Im Zusammenhang mit diesem theoretischen Irrthum hängen die Widersprüche des Marxismus hinsichtlich der Abschätzung des Verhältnisses von Ökonomie und Gewalt. Bald wird gesagt, daß die Arbeiterklasse noch nicht reif sei und daß die ökonomischen Vorbedingungen des Sozialismus noch nicht erfüllt seien, bald scheint es, als ob alle Kultur, Intelligenz, Tugend nur in der Arbeiterklasse zu finden sei und daß nur eine Revolution nöthig sei, um den Sozialismus herbeizuführen, so daß die gesetzliche Thätigkeit nur als eine zeitweilige Ausfunkt gelte. Es fehle ein prinzipielles Eingehen auf die Frage, was von der gesetzlichen und was von der revolutionären Aktion erwartet werden könne. Der Weg der Revolutionsgewalt braucht schnellere Arbeit, wo nur Hindernisse hinwegzuräumen sind, wo eine privilegierte Minderheit dem sozialen Fortschritt im Wege steht. Die verfassungsmäßige Gesetzgebung arbeitet langsamer, durch Kompromisse, aber sie ist härter als die Revolution, wo das Vorurtheil, der beschränkte Horizont der Masse dem sozialen Fortschritt in den Weg tritt, und sie bietet größere Vorzüge, wo es sich um Schaffung dauernd lebensfähiger ökonomischer Einrichtungen handelt. Es sei offen auszusprechen, daß die Arbeiterklasse auch heute noch nicht entwickelt genug sei, die politische Herrschaft zu übernehmen. Man solle nicht in die ganze Klasse des Proletariats das von vornherein hineinlegen, was zu werden ihr geschichtlicher Beruf ist.

Auch die Frage, ob wir die zur Abschaffung der Klassen erforderliche Höhe der Entwicklung der Produktionskräfte schon erreicht haben, sei nicht zu bejahen. Es ist nicht möglich, die ganze arbeitende Klasse im Laufe von ein paar Jahren in Verhältnisse zu bringen, die sich sehr wesentlich von denen unterscheiden, in denen sie heute lebt.

Aus alledem ergibt sich Bernstein's Anschauung, daß nicht auf eine Katastrophe, auf einen „großen Tag, wo Alles anders wird, zu spekuliren sei, sondern daß die Aufgabe der Sozialdemokratie darin bestehe, durch praktische, andauernde, vom Idealismus befreite Thätigkeit demokratische und soziale Reformen zur allmählichen Erhebung der unteren Volksmassen durchzuführen.

Leidung eingedrückt und zertrümmert war, so daß die Splitter direkt auf der Gehirnhäute auflagen und von dort mit Wunde und unter Lebensgefahr für den Verletzten entfernt werden mußten. Rosenthal lag etwa vier Wochen im Spital, und nur dem ungewöhnlich günstigen Verlauf des Wundheilungs-Prozesses ist es zu verdanken, wenn seine Verletzung nicht zu den von den Ärzten anfänglich befürchteten lebensgefährlichen Komplikationen führte. Der Verletzte wird jedoch zeitweilig mit einem schweren Defekt an der Schädeldecke behaftet bleiben, da die Ränder der Knochenwunde infolge der Abplattung einzelner Stellen sich nicht mehr schließen und an der betreffenden Stelle infolge dessen eine etwa fingernagel große Öffnung in der Schädeldecke zurückgeblieben ist, an welcher das Gehirn nur durch die verdünnte Kopfhaut geschützt wird. Rosenthal darf sich jetzt, also nahezu sieben Wochen nach der That, noch nicht anhaltend geistig beschäftigen, weder lesen noch schreiben, und befindet sich noch fortwährend in ärztlicher Behandlung, die durch die in Gestalt nervöser Beschwerden verschiedener Art, besonders in Armen und Beinen, sich geltend machenden Folgeerscheinungen der schweren Verletzung bedingt wird. Der öffentliche Ankläger bezeichnete die That Barth's als eine überaus rohe, da er bei der ganzen Affäre der provozierende Theil gewesen sei und als Mediziner in vorgeschrittenen Semestern sich der möglichen Folgen eines mit solcher Wucht und mittels eines derart gefährlichen Werkzeuges gegen den Kopf seines Gegners geführten Schlags hätte bewußt sein müssen. Das Urtheil des Gerichtshofes schloß sich den Ausführungen der Staatsanwaltschaft an und setzte dem Antrag gemäß gegen Barth eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten fest. Der Mitangeklagte Dürschmied mußte, da ein schlüssiger Beweis für seine aktive Beteiligtheit an der Mißhandlung Rosenthal's nicht erbracht werden konnte und seitens des ebenfalls verletzten Lauer der erforderliche Strafantrag nicht vorlag, freigesprochen werden.

Man schreibt uns aus Dresden: Vom Dresdener Landgericht milde beurtheilt wurde der folgende Vorgang: In Dörsa bei Meißen wohnt ein Gutsbesitzer Troschütz; dessen Bruder, ebenfalls Gutsbesitzer, besuchte diesen, und beide nebst der Ehefrau des ersteren gingen zur Kirchweihfeier in den Gasthof. Diese Gelegenheit benutzte der Knecht Wädel, um auf ein paar Stunden zu seiner Geliebten, der bei Troschütz bediensteten Wlad zu gehen. Das Liebespaar wurde aber überrascht, weil die „Herrschaft“ früher als angenommen war, heimkehrte. Der Knecht flüchtete und versteckte sich aus Furcht in dem Keller, was der Gutsbesitzer bemerkt hatte. Hier wurde nun der wehrlose Knecht von den beiden Männern in unbarmherziger Weise mißhandelt. Man schlug ihn mit einem Schaufelstiel und einer starken, ein Meter langen Pölschschraube. Bei einer zwei Tage später vorgenommene Untersuchung stellte der Bezirksarzt von Meißen, Dr. Erler, **zwanzig Verwundungen** im Gesicht und anderen Körpertheilen des Knechtes fest. Die rohen Wunden hatten sich nunmehr wegen Adreperverletzung vor dem Dresdener Landgericht zu verantworten, ebenfalls die Ehefrau, weil sie den Prügelhelmen bei ihrer Arbeit geleuchtet hatte. Das Gericht nahm mildernde Umstände an, weil die Verletzungen nicht gefährlich ausgefallen seien. Die beiden Gutsbesitzer wurden zu je 200 M. bzw. 150 M. Geldstrafe verurtheilt, die Frau aber freigesprochen.

Ausland.

Frankreich.

Amnestie für die Demonstranten bei Gaure's Begräbnis. In dem Dienstag im Elysee stattgehabten Ministerrath legte auf Wunsch des Präsidenten der Republik der Justizminister Lebret ein Dekret zur Unterzeichnung vor, durch welches alle diejenigen Personen begnadigt werden, welche am 18. Februar d. J. und an den darauf folgenden Tagen wegen aufrührerischer Aufstöße von dem Polizeigericht zu Geldstrafen verurtheilt wurden. Der Gnadenakt kommt mehr als 250 Verurtheilten zu Gute.

England.

Im englischen Unterhaus wurde am Montag die Verathung des Marine-Gesetzes fortgesetzt, wobei auch mehrfach die Abrüstungskonferenz zur Sprache kam. Ray-Schulleworth erklärte, angeichts der vorgelegenen enormen Ausgaben für Meer und Flotte werde die Frage akut, wie viel mehr an Besteuerung das Volk ruhig ertragen werde. Die Konferenzvorschlüge des Jahres hätten große Hoffnungen wachgerufen; wenn die Regierung diese Vorschläge nicht kräftig unterstützen, würde ihre Handlungsweise im Lande erste Unzufriedenheit erregen. Goshen habe dem Hause keine genügenden Gründe für den Bau neuer Schlachtschiffe angegeben. Kerner beschränkt ein gutes Einvernehmen mit Deutschland, durch welches die Notwendigkeit, ungeheure Summen für Schlachtschiffe auszugeben, beseitigt würde. Colomb bedauert die Vereinstilligkeit Goshen's, das Schiffsbauprogramm zu modifizieren, falls andere Seemächte ihre Vorschläge reduzierten. Er erhebt dagegen Einspruch, daß England's Marinepolitik durch die etwaigen Vorschläge der Abrüstungskonferenz gehemmt werden solle. — Das Unterhaus lehnt darauf mit 147 gegen 19 Stimmen den Antrag Labouchere's ab, von der in dem Posten „Mannschaften“ geforderten Summe den Betrag für 4000 Mann zu streichen.

Dänemark.

Kopenhagen, 12. März. (Eig. Ber.) Der Ausschuh des dänischen Folkething, dem das Landarbeiteranstellungsgesetz in der neuen Form des Landesthing zur Begutachtung vorlag, hat es unverändert mit der Erklärung angenommen: „Obwohl der vom Landesthing angenommene Entwurf in mehreren und nicht unwesentlichen Punkten von den Beschlüssen des Folkething abweicht, muß doch anerkannt werden, daß der Landesthing großes Entgegenkommen bewiesen hat und daß das Gesetz für die Landarbeiter Nutzen bringen wird.“ Noch stärker haben sich unsere Vertreter dagegen verwahrt, daß dieser Gesetzentwurf ihren Wünschen entspreche; aber sie wollen ihn als einen Versuch zustimmen.

Asien.

Von den Philippinen geht über Madrid die Nachricht ein, General Otis verhindere Verhandlungen Spaniens mit den Aufständischen wegen Freilassung der Gefangenen. Lösegeld in Bar werde die Lage der Aufständischen verbessern. Rios, der spanische General, erachtet den Augenblick gekommen, im Namen der Humanität an die Vermittelung der Mächte zu appelliren und ersucht um Instruktionen.

Invalidenversicherungs-Kommission.

13. Sitzung vom 14. März. Fortsetzung der Debatte über die Rentenstellen. Ein Antrag des Zentrum's (Zrimborn und Genossen) will die Funktionen der Rentenstellen im wesentlichen den Landes-Verwaltungsbehörden übertragen (durch Eingliederung von §§ 40 bis 40h und Umänderung der §§ 51 bis 51g). Nur wo diese mit ihrer Arbeit nicht fertig werden, können sie Rentenstellen errichten; dies muß erfolgen, wenn die Rentenstellen mit Zustimmung des Vorstandes der Versicherungsanstalt von der Vertretung eines Kommunalverbandes für dessen Bezirk beantragt werden. Zrimborn vertheidigt diesen Antrag, der als Kompromiß zwischen den von Süddeutschland nicht gewünschten und den von Preußen geforderten Rentenstellen alle Schwierigkeiten beseitigt. Abg. Freiherr von Nischhofen (kons.) wendet sich mit großer Erregung gegen die ganze Errichtung der Rentenstellen und gegen die in der vorigen Sitzung vom Staatssekretär von Voskadowky dargebrachten Gründe für dieselben. Diese Rentenstellen sind eine sozialgefährliche Maßregel, dadurch werde den Arbeitern eine neue Gelegenheit gegeben, zu wählen und gewählt zu werden. Dadurch stärke man nur die Sozialdemokratie. Man lebe im Kampfe

mit den Arbeitern und dürfe diese nicht noch dadurch beängstigen, daß man sie zu Vertrauensstellungen berufe. Er beantrage, daß nicht die Landes-Zentralbehörde, sondern die Landesgesetzgebung das Recht erhalte, Rentenstellen zu errichten; der preussische Landtag müsse Einfluß auf die Organisation erhalten, nicht daß Preußen von den Versicherungsanstalten majorisiert werden könne. Staatssekretär v. Voskadowky: Die preussische Regierung sei einstimmig für die Rentenstellen und für die eine Majorisierung nicht. Wenn man sich auf den Standpunkt Nischhofen's stelle, dann verlasse man den Boden der kaiserlichen Erlasse von 1890. Denn dann dürfte man die Arbeiter auch nicht als Vertrauensmänner und Schiedsrichter hinzuziehen, wie dies jetzt der Fall sei. Jetzt geben dieselben einzeln und schriftlich ihre Gutachten ab. Bei den Rentenstellen würden sie gemeinsam unter dem Vorsitz und der Autorität eines königlichen Beamten ihr Gutachten abgeben. Und das sei eine sozialgefährliche Maßregel? Wenn man die Agitation der Arbeiter anschießen will, müsse man die ganze soziale Gesetzgebung zum Stillstand bringen, was man ihm ja als sein Vorhaben nachsage, aber mit Unrecht, denn dann müßte er zum offenen Bruch mit den kaiserlichen Erlassen kommen — und dafür sei er nicht zu haben. — Nischhofen erwidert, daß er zwar für die Fortentwicklung der Sozialgesetzgebung nicht auf dem vorgeschlagenen Wege, gegen den er protestire, vollenbuhrt: Nischhofen's Herzengender hat Klarheit darüber geschaffen, wie diese Herren über die Arbeiter denken. Weil ein Kampf vorhanden sei, wollen also Nischhofen und die Seinen, daß nichts geschehe, um die Rechte der Arbeiter zu erweitern. Daraus spreche die blasse Furcht, daß all jene Anträge nur gestellt werden, um Agitation treiben zu können. Rein, wir wollen nichts, als den Arbeitern nützliche Einrichtungen schaffen, und durch Annahme unserer Anträge würden Sie uns ja einen ganzen Theil unseres Agitationsmaterials entziehen. Aber weil Sie in erster Linie die Interessen der Unternehmern vertreten, kommen Sie ständig zu Gesetzen, welche den Arbeitern nicht helfen und uns dadurch immer neues Agitationsmaterial schaffen. Es ist kennzeichnend für unsere Stellung zu den Gesetzen, daß Bebel bereits bei der Verathung 1889 sagte: „Ich behaupte, wenn eine Prämie darauf gesetzt worden wäre, eine Organisation zu erfinden, die möglichst komplizirt und ungewandmäßig gestaltet werden sollte, so würde dieser Entwurf die Prämie davongetragen haben.“ Und in der vorigen Sitzung habe der Staatssekretär fast ganz genau dasselbe erklärt: „Unsere Anträge wollen die Mißstände beseitigen. Wir erklären uns für die Rentenstellen unter der Voraussetzung, daß Sie unseren Antrag in Bezug auf das Wahlverfahren annehmen, durch den wir das gleiche geheime Wahlrecht für 21jährige und Frauen fordern. Wenn Sie sich auf unsere Vorschläge nicht einlassen, werden Sie auch das Vertrauen der Arbeiter für dieses Gesetz nicht gewinnen. Die Regierungsvorschläge schließen ein Drittel der Vertheidigten, welche zu zentralisirten Klassen gehören und zu den großen Hilfsklassen, die sich über mehrere Gebiete erstrecken, von jeder Mitwirkung aus; ferner wird den kleinsten Betriebskrankenkassen die Möglichkeit gegeben, die größten Ortskrankenkassen zu majorisiren. Dafür sind wir nicht zu haben. Die Reichsfeindschaft, welche der Antrag Nischhofen's auspricht, der dem preussischen Landtage Sonderrechte zuweisen will, können wir auch nicht theilen. Wir verlangen einheitliche Organisationen für das Reich. Dr. Zwid (fr. Ep.) vertheidigt den Antrag Schmidt u. Gen.: die Landes-Zentralbehörde kann nach Anhörung des Vorstandes die Errichtung von Rentenstellen als örtliche Organe der Versicherungsanstalt für geeignete kleinere Bezirke anordnen. Die Anordnung muß erfolgen auf übereinstimmenden Beschluß von Vorstand und Ausschuh einer Versicherungsanstalt. Ministerial-Direktor Jagemann (Waben) erklärt, daß mit dem Trimborn'schen Antrag die Gegner der Regierungsvorlage (die süddeutschen Regierungen) einverstanden sind. v. Böbel (l.): Unbestreitbar habe die Sozialdemokratie mit außerordentlicher Energie und großem Geschick sich aller Wahlen bemächtigt. Wer habe eins geahnt, daß die Orts-Krankenkassen völlig in die Hände der Sozialdemokraten gelangen würden? Auch er sei für den Antrag Trimborn, da sonst das Gesetz scheitern müsse. Der Vorsitzende Schmidt (Ebersfeld) schlägt vor, daß die Kommission folgenden Beschluß fasse: Sie erkläre sich, vorbehaltlich der einzelnen Bestimmungen, für die Errichtung von Rentenstellen; zur weiteren Verathung nimmt sie die Anträge Trimborn zur Grundlage und überweist sie einer Subkommission, zu der jede Partei einen Vertreter sendet. Abg. Köfide spricht sich für den Vorschlag aus. Auch mit den Anträgen vollenbuhrt und Genossen in Bezug auf das Wahlrecht sei er einverstanden. Ministerial-Direktor Schider (Württemberg): Für die Gewerbebetriebe mag das bestehende Wahlsystem brauchbar sein, da da für einen Ort gewählt werde, unbrauchbar sei es aber so, wie die Sozialdemokraten beantragen, für die Wahlen zu den Rentenstellen. Da erstredete sich die Wahl über das ganze Reich und auch die Frauen hätten dann Wahlrecht; das sei unmöglich. Salisch (l.) stimmt für den Vorschlag Schmidt's. vollenbuhrt weist die Einwände Böbel's und Schider's zurück. Die Wahl könne sehr einfach vollzogen werden; man brauche keine Wählerlisten, sondern jeder, der seine Versicherungskarte vorgeige und sein Aufenthaltsattest, habe das Wahlrecht, sobald er volljährig sei. — Die Generaldebatte wird geschlossen. Der Antrag Schmidt wird einstimmig angenommen; die Subkommission zu wählen; von jeder Fraktion wird ein Vertreter bestimmt; von den Sozialdemokraten vollenbuhrt. — Nächste Sitzung: Mittwoch.

Parlamentarisches.

Zu der Sitzung der Budgetkommission des Reichstages am Dienstag wurden noch residirende Etats berathen. Auch stand noch die zum Kapitel „Postassistenten“ beim Postetat vom Abgeordneten Müller-Sagan beantragte Resolution zur Debatte: „Die Regierung aufzufordern, durch den Etat für das Jahr 1900 eine Regelung der Gehaltskala der Ober-Postassistenten und der ihnen im Range gleich stehenden Beamten herbeizuführen, daß denselben der Steigerungssatz von 300 M., der ihnen heute am Schlusse ihrer Thätigkeit gewährt wird, bereits früher zu Theil werde. Direktor Lichnowsky bittet, die Resolution abzulehnen, da sie Konsequenzen für andere Beamtenklassen, besonders für die Eisenbahnbeamten haben würde. Man möge mit der Zustimmung der Regierung sich begnügen, welche geneigt sei, zu gegebener Zeit den betreffenden Beamtenklassen entgegenzukommen. Singer und Müller-Sagan treten für die Resolution ein mit dem Hinweis, daß es nicht nöthig sei, daß das Reich stets Rücksicht auf Preußen nehme. Abg. Eröber (l.) ist auch für die Resolution, es müsse schärfer vorgegangen werden, da der Bundesrath den Resolutionen des Reichstags zu wenig Beachtung schenke. Abg. Graf Noon will statt „für das Jahr 1900“ das Wort „abdominlich“ setzen. Der Antrag wird abgelehnt und die unteränderte Resolution mit großer Mehrheit angenommen. — Die Abaräumung der nächsten Sitzung der Kommission wird dem Vorsitzenden v. Kardorff anbeingegeben.

Partei-Nachrichten.

Die sächsische Wahlfrage. In der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ tritt Genosse Parvus mit wohlwolligen Gründen für die Wahlbetheiligung ein. Sehr beachtenswerth erscheint uns der folgende Gedanke: Es hat sich bei den letzten Landtagswahlen gezeigt, daß die dritte Wählerklasse, die Klasse des Volkes, dessen Rechte geschmälert werden, doch noch zu einem großen Theile reaktionär wählt. Die Gegner der Wahlbetheiligung haben auch hierin meistens Schimpfschreie begangen. Sie haben mindestens darauf gerechnet, daß die dritte Wählerklasse bei den Wahlen ausbleiben wird; sie blieb aber nicht aus, sie ging hin und wählte, und zwar in den Wahlkreisen, wo

die Sozialdemokratie sich bethätigte, wie auch in jenen, wo sie sich nicht bethätigte. Kann es eine größere Schmach und Schande geben, als die, daß Massen des arbeitenden Volkes diejenigen wählen, welche ihnen das Wahlrecht gestirzt haben und ihre Mandate dazu gebrauchen, um des Volkes Rechte noch weiter zu schmälern? Und trifft diese Schmach und Schande nur die verblendeten Massen? Trifft nicht der Schatten davon auch uns, wenn wir sie in ihrer Verblendung lassen? Ist es unter diesen Umständen nicht geradezu eine Pflicht der Partei, die Befürworter aufzurütteln?

Parvus bezeichnet mit Recht die Eröberung der dritten Wählerklasse als das erstrebenswerthe wichtige Ziel der Wahlbetheiligung.

Genosse Bloch, bisher in Dortmund, hat jetzt seine Stellung bei der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden angetreten. Bei dieser Gelegenheit sei mitgetheilt, daß die vor einigen Tagen gebrachte Meldung, Genosse Bloch sei wegen Verleumdung des Gruben-direktors Gild zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt worden, unrichtig ist. Wir hatten die Meldung einem westfälischen Parteiblatt entnommen. Jetzt lesen wir aber in der „Rhein-Westfäl. Arbeiterz.“, daß das erst am Sonnabend, also acht Tage nach der Verhandlung, veränderte Urtheil auf Freisprechung lautete.

Todtenliste der Partei. Zwei tüchtige Genossen wurden in den letzten Tagen in Leipzig durch den Tod aus unseren Reihen gerissen. Am Sonnabend starb der Steinmetzmeister Emil Thate im Alter von 83 Jahren und am Sonntag der Restaurateur Robert Weber im Alter von 52 Jahren. Beide Genossen waren während der schweren Zeiten des Ausnahmegesetzes stets am Platze, wenn die Partei sie rief.

Eine Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei im Großherzogthum Weimar wird am zweiten Ofterfeiertage in Opolda abgehalten werden. Auf der Tagesordnung stehen: Abrechnung zc. von der Landtagswahl. Bericht über den Stand der Partei im Großherzogthum. Stellungnahme zur nächsten Landtagswahl. Anträge der einzelnen Partei-Orte.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Wiens feierte am Sonntag den 31. Jahrestag des 13. März 1848, wie schon seit vielen Jahren, durch einen Massenzug auf den Zentralfriedhof, wo unter dem großen Obelisk, der nur das Datum „13. März 1848“ als Inschrift trägt, die Opfer militärischer Brutalität liegen, die aber keine Kämpfer waren, sondern ganz unbetheiligte Personen, darunter Greise und Frauen, die bei dem plötzlichen Feuern in die Menge erschossen wurden.

Die Arbeiter zogen in geschlossenen Kolonnen, nach Bezirken und Vereinen geordnet, aus. Da die Mitführung von Wagnern und Fahnen verboten war, wurden große Kränze mit breiten flatternden rothen Banden den Jüngen vorgetragen. Am Grabe wurden von dem Niederlegen der Kränze Reden mit der Aufforderung zum Widerstand gegen die Reaktion, den Militarismus und die Unterdrückung der freien Volksschule gehalten.

Der Verein Deutscher Sozialisten in Zürich hatte am Schlusse des Jahres 1898 149 Mitglieder. Die Einnahmen betragen 1579 Franks, die Ausgaben 1570 Franks. Für die Reichstagswahlen gingen 438 Franks ein. Die Geschäfte des Vereins wurden in 46 Lokalausschuh-Sitzungen und 4 geschlossenen Mitglieder-Versammlungen erledigt.

Politikales, Gerichtliches u. l. w.

— **Eine mehr als übertriebene Empfindlichkeit** legte der Stadt-magistrat von Harburg an den Tag. Das „Harburger Volksblatt“ hatte die von verschiedenen Wohlthätigkeitsvereinen geübte Praxis, zur Vertheilung ihrer Geschenke sich Auskunft von der Stadt-behörde zu erbitten oder gar die Stadtbehörde als Vermittlerin zu benutzen, kritisiert, weil dadurch die Wesenheiten ihres Wahrscheinlichkeits gingen. In diesem Zusammenhange hatte das Blatt von „Wahlrechtsraub“ gesprochen. Dadurch schloß sich der im ganzen Artikel nicht genannte Magistrat beleidigt und stellte gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Adler Strafantrag. Das Gericht sprach Genossen Adler frei, da sich der Artikel gar nicht auf irgend eine Handlung des Magistrats bezog. Der Staatsanwalt hatte nur drei Monate Gefängniß beantragt. Die Strafmahn hatte schon vorher die Einleitung des Hauptverfahrens abgelehnt, war aber vom Oberlandesgericht Celle dazu veranlaßt worden.

— **Die Proletariatkrankheit** ist kein großer Unfug. Viel Aufsehen erregte Ende vorigen Jahres ein Verfahren gegen unseren Genossen Hirschmeier in Reustadt O.-S., der in einer Todesangst als Todesursache die Proletariatkrankheit angegeben hatte. Hierfür gedachte ihm die dortige Polizeiverwaltung eine Strafe wegen groben Unfugs zuzuwenden. Nachdem der Genosse protokollarisch vernommen war, wurden Personen gesucht, welche sich über die „Ungehörigkeit“ Hirschmeier's aufgeregt haben oder sich sonstwie „belästigt“ fühlten. Dies Vorhaben scheint nun ergebnislos verlaufen zu sein. Dieser Tage hatte dem Reustädter Schüler das Warten zu lange gedauert und er fragte bei der Reifler Staatsanwaltschaft nach dem Stande des Strafverfahrens an. Es wurde ihm amtlich mitgetheilt, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt sei.

— **Vor dem Schöffengericht Nürnberg** wurde am Montag der Einspruch des verantwortlichen Redakteurs der „Frankl. Tagespost“, Georg Gärtner, gegen ein Strafmandat auf 100 M., das er wegen groben Unfugs erhalten hatte, verhandelt. Der „grobe Unfug“ sollte durch den Abdruck des Gedichtes: „Rezept für Redakteure, begangen sein. Gärtner wurde freigesprochen.

Zur Reichstags-Ersatzwahl im zweiten Berliner Wahlkreise.

Die freisinnige Manneschaft des Herrn Dr. A. Werner, Oberlehrer in Berlin und freisinniger Reichstagswahl-Kandidat in Königsberg N.-M. läßt diesen Herrn noch immer nicht zur Ruhe kommen. Er sandte uns schon wieder einen seiner von Bildung und Höflichkeit strotzenden Schreibbriefe; diesmal 8 1/2 Seiten lang. Zwei sachliche Behauptungen stellt er darin auf: der Vorfall in der Dreiwöchigen Wählerversammlung sei von uns falsch dargestellt; nicht „irgend ein Mensch“, sondern der Wirth habe die Lampe ausgelöscht, nachdem er schon vorher Würde nicht habe sprechen lassen wollen, vom freisinnigen Vorsitzenden aber bedeutet worden sei, daß ihn das nichts angehe. Schließlich sei Herr Würde selber zu ihm herangekommen und habe gesagt, unter den obwaltenden Umständen sei es wohl das Beste, die Versammlung zu schließen. Wir wandten uns nun an Genossen Würde (obgleich der wahrheitsliebende Herr Dr. A. Werner von Würde, in dem er den Verfasser der betreffenden Einwendung vermutet, schreibt: „entweder hat Herr Würde ein so schwaches Gedächtniß, daß alle seine Zeugnisse nur wenig Werth haben können oder er lügt bewußt“) und erhalten von diesem die Mittheilung, daß diese Darstellung des wahrheitsliebenden Dr. A. Werner falsch sei. Weder bei der ersten Störung seitens des Wirthes noch beim Lampenauslösch durch den Schwager des Wirthes (also nicht den Wirth, sondern thatsächlich „irgend einen Menschen“) sei es dem freisinnigen Versammlungsleiter eingefallen, schüden einzustreiten, erst als infolge des Lampenauslöschens einzelne Anwesende ihrer Erregung (auch über den freisinnigen Vorsitzenden) in berben Worten Luft machten, sei er, um unliebamen Szenen vorzubeugen, an den Tisch des freisinnigen Bureau's herangeritten und erst da hätten die Freisinnigen einige unverständliche Entschuldigungen gestammelt.

Nun fällt es uns nicht in geringsten ein, jetzt nach dem Beispiel des Herrn Dr. Werner zu behaupten, er habe „bewußt gelogen“; dieser Höhe freisinniger Bildung bleiben wir gerne fern, da wir aus Erfahrung wissen, wie namentlich in solchen erregten Momenten bei verschiedenen Theilnehmern Auffassung und Wahrnehmung in späteren Darstellungen völlig sich widersprechen; aber vielleicht lernt der freisinnige Herr Dr. A. Werner daraus, daß ein anfänglicher Wensch mit dem Vorwurf der bewußten Lüge nicht so leichtfertig umgeht, wie Herr Dr. Werner es in jedem seiner Briefe an uns gethan hat.

Die zweite sachliche Behauptung in dem 8 1/2 Seiten langen Brief ist die: „Ich war nie und bin nicht Oberlehrer am Louisenstädtischen Gymnasium.“

Wir können das den Schülern des Louisenstädtischen Gymnasiums und zweifeln an der Behauptung des Herrn Dr. Werner bei seiner an so vielen Beispielen erhärteten Wahrheitsliebe durchaus nicht, obgleich er beizufügen unterlassen hat, an welchem Gymnasium er die legendäre Thätigkeit als Oberlehrer ausübt. Sollte es die Einsicht gewesen sein, daß seine Schüler eine eigenthümliche Auffassung von ihrem Lehrer erhalten könnten, wenn sie seinen von den größten Schimpfwörtern strotzenden und in klassischem Deutsch abgefaßten Brief an unseren Genossen H. Werner zu Gesicht bekämen? Das wäre schon der Anfang zur Besserung. Hoffentlich verschont uns nunmehr der freisinnige Herr mit seinen Zuschriften.

Zur Neuwahl im zweiten Reichstags-Wahlkreise. Den Parteigenossen und Genossinnen die Mittheilung, daß am Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr, eine Volksversammlung im Lokale des Herrn Richter, Schwerinstr. 18, stattfindet, in der Genosse Dr. Leo A r o n s über die Neuwahl zum Reichstags sprechen wird. Am zahlreiches Erscheinen ersucht Das Wahlcomité.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

In der Schirmmalerei von K l e i n, Berlin, Köpnickestr. 98a, sind die Arbeiter wegen Differenzen in den Ausstand eingetreten.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Arefelder Weber. In dem Ausstand ist bisher eine Aenderung nicht eingetreten. Die Arbeiter rüsten sich auf einen längeren Widerstand und haben nunmehr ähnlich, wie es die christliche Weberorganisation gethan hat, den Ausständigen empfohlen, soweit es möglich ist anderwärts Beschäftigung zu suchen. In letzter Zeit haben die Fabrikanten lange Lohnlabellen veröffentlicht, die beweisen sollen, daß die Ausständigen einen hinterreicheren Lohn erhalten haben. Demgegenüber kann nur darauf hingewiesen werden, daß der Kampf nicht um eine Lohnhöhung begangen wurde, sondern zur Abwehr von Lohnkürzungen. Sonderbar ist es aber, daß nur die Löhne von einigen Arbeitern angegeben werden. So hat die eine Firma 200 Stühle in Betrieb; in der Lohnliste giebt sie den Verdienst von nur 82 Arbeitern an und wahrscheinlich solcher, die zu den besser gestellten gehören. Diese Arbeiter haben im vergangenen Jahre einen Spezialartikel verfertigt, der, würde er nach der neuen Lohnliste berechnet, eine Lohnreduktion bis zu 90 pCt. erfahren würde. Die soziale Kommission ist aufs neue bemüht, Verhandlungen anzubahnen. Ob ihre Vermählungen bei den Fabrikanten ein Entgegenkommen finden werden, ist ungewiß. Die Unterstützung der Ausständigen ist deshalb dringend notwendig.

Die Weber in München-Gladbach und der Umgegend haben den Beschluß gefaßt, in eine Lohnbewegung einzutreten. In Odenkirchen haben sich die Weber mit einer Lohnhöhung von 6 pCt. zufrieden gegeben. In einigen Betrieben dauern die Differenzen fort. Die Weberei von Brunner in H o c h n e u k i r c h e n hat die Löhne um 10 bis 15 pCt. erhöht und die Arbeitszeit um 45 Minuten gekürzt.

Ein Formertag wird zum 8. April nach S o t h a einberufen. Die Anregung geht von den Formern in Braunschweig aus und handelt es sich im Wesentlichen um eine Verständigung über die Organisationsform.

Die Tapezierer werden gebeten, den Zugzug nach Dresden, München, Nürnberg, Wiesbaden und Wiesfeld fernzuhalten.

Die Tischler-Zunft in Wiesfeld hat die Vereinbarung getroffen, daß bei einer Konventionalstrafe von 50 M. kein Mitglied die Forderungen der Gesellen bewilligen darf.

Der Formertag in Kottbus ist durch Vermittelung vor dem Gewerbeamt zum Abschluß gekommen. Die Arbeiter erzielten die Einführung eines neuen Lohns, der die Ungerechtigkeit des bisher bestehenden beseitigt und auch sonst einige Aufbesserungen enthält. Von den Ausständigen werden sämtliche wieder eingestellt.

Die Wütcher in Halle befinden sich im Ausstand. Beteiligt sind 62 Mann. Bisher hat eine Werkstat, in der 31 Gesellen beschäftigt werden, bewilligt. Zugzug ist fernzuhalten.

Der Schumacher-Ausstand in Tuttingen, der zur Einführung der 10stündigen Arbeitszeit unternommen wurde, ist durch Vergleichsverhandlungen zu einem befriedigenden Ende geführt. Die Vermittelung geschah durch den Gewerbe-Inspektor H o c h k e i t e r aus Stuttgart. Die Fabrikanten erklärten sich bereit, vom 1. Juli d. J. die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen. Für die in Tagelohn beschäftigten Arbeiter soll der Lohn derselbe bleiben, und dürfen Rahregelungen nicht stattfinden.

Ausland.

In Kopenhagen dauert der Ausstand der S c h l ä c h t e r fort. Im Wesentlichen handelt es sich um die Anerkennung der Organisation und die Abschaffung des Koff- und Legiswesens. Die deutschen Schlächter werden gebeten, den Zugzug nach K o p e n h a g e n fernzuhalten.

Die schottischen Grubenarbeiter, ca. 70 000 Mann, befinden sich wegen einer Lohnforderung in Differenzen mit den Unternehmern und dürfte es zu einem Ausstand kommen.

Gewerkschaftliches.

Ein umfangreicher Brandstiftungsprozess, zu dessen Verhandlung zwei Tage angelegt sind, begann gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Voigt. Aus der Untersuchungshaft wurden der Bekmeister Georg W ö s f e l und seine Ehefrau Marie W ö s f e l vorgeführt, gegen welche die Anklagebehörde ein erhebliches Beweismaterial zusammengetragen hat. W ö s f e l ist gelernter Schlosser, hat sein Gewerbe aber vor einigen Jahren aufgegeben, um Schankwirth zu werden. Dies Geschäft blühte nicht, es ging mit W ö s f e l s Vermögens-Verhältnissen immer mehr zurück, bis er schließlich den Offenbarungseid leistete. Mit dem Rest des Vermögens erwarb Frau W ö s f e l dann im Hause Waldstr. 37 ein kleines Materialwaarengeschäft. Ihr Ehemann arbeitete wieder als Schlosser. In diesem Geschäfte brach in der Nacht zum 6. Dezember d. J. Feuer aus. Die herbeigerufene Feuerwehr löschte den Brand mit Leichtigkeit, so daß nur ein verhältnismäßig geringer Schaden entstand. Im Laden bot sich den Feuerwehrlenten ein eigenthümliches Bild. Auf einem Regal hatten zwei Blechflammen mit Petroleum gefüllt, welche jede etwa 20 Liter enthielten. Die eine Kamme lag geleert am Boden, der Inhalt war ausgelaufen und augenscheinlich verbrannt, da sich hier der Brandherd befand. Die zweite Kamme, die noch gefüllt auf dem Regal stand, war ebenfalls geöffnet. Unweit derselben stand eine Krufe, welche etwa 4 Liter Brennspiritus enthielt. Die Deckungen dieser beiden Gefäße waren mittels einer Bindschur verbunden, die gebrannt, die Flüssigkeiten aber nicht entzündet haben mußte, denn die in die Gefäße eintauchenden Enden waren unverseht, während die Schur in der Mitte verholzt war. Vieles diese Umstände schon allein auf eine vorsätzliche Brandstiftung deuten, so kam noch hinzu, daß in einer neben dem Laden befindlichen Kammer ebenfalls ein Brandherd entdeckt wurde, welcher mit dem ersten in gar keiner Verbindung stand. Hier hatte ein Bett gebrannt, das Feuer war aber wahrscheinlich von selbst wieder erloschen, weil die Luft nicht genügenden Zutritt gehabt hatte. Die Angeklagten sollen ihr Hab und Gut weit über den Werth versichert haben, der Ehemann W ö s f e l trug die Police auch während des Brandes bei sich. Die Staatsanwaltschaft nimmt an, daß die

Angeklagten in gewinnstüchtiger Absicht das Feuer angelegt haben. Es sind eine Anzahl Personen geladen worden, welche bekunden sollen, daß die Ehefrau W ö s f e l gelegentlich eines kleinen Schandens, welches vor einiger Zeit in demselben Hause stattfand, verdächtige Aeußerungen fallen ließ, andere Zeugen sollen die Eheleute W ö s f e l am Abend vor dem Brande noch nach Schluß des Geschäftes im Laden gesehen haben, wieder andere sollen sich darüber gewundert haben, daß der Laden an dem fraglichen Abend früher geschlossen wurde als sonst und daß W ö s f e l die beiden Blechflammen noch kurz vor dem Geschäftsschluß aus dem im Keller lagernden Petroleumfaß füllte. Die Angeklagten bestreiten entschieden ihre Schuld. Wenn sie auch in Anbetracht der hervorgehobenen Umstände nicht zu befreien vermögen, daß eine vorsätzliche Brandstiftung vorliegt, so leugnen sie doch, die Thäter zu sein und meinen, daß feindliche Mitbewohner des Hauses ihnen den Streich gespielt haben, um ihnen Schaden zuzufügen und sie zu verächtigen. Seitens des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Schwindt, ist ein erheblicher Zeugenapparat aufgeboten worden, der geeignet sein soll, die Schuld der Angeklagten in Frage zu stellen. Es sind gegen 40 Zeugen zu vernehmen.

Der Dr. med. Bernhard Ewens hat gegen eine ganze Reihe hiesiger Zeitungen Privatklagen wegen Verleumdung angestrengt, u. A. auch gegen die „Staatsbürger-Zeitung“, gegen deren Redakteur Joh. Hilberg gestern vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Als der Privatkläger im verflochtenen Sommer Verdicts des Verleumdung gegen das leibende Leben verhaftet worden war, erschienen in den Zeitungen gleichlautende Artikel, worin behauptet wurde, daß Dr. Ewens eine höchst dunkle Vergangenheit habe. Die „Staatsbürger-Zeitung“ brachte diesen Artikel mit der Ueberschrift „Entlarvter Verbrecher.“ Dr. Ewens wurde wieder freigesprochen, worauf er obige Klagen anstrengte. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Lustig, erkannte an, daß der Kläger thatsächlich die erwähnten Vorstrafen erlitten habe. Der Presse könne aber nimmermehr das Recht zugestanden werden, die Vorstrafen eines Menschen, der erst eines neuen Vergehens überführt werden sollte, bei dieser Gelegenheit an die Öffentlichkeit zu zerren. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hahn war entgegengesetzter Ansicht. Der Privatbeklagte theilte dem Gerichtshof mit, daß der Kläger sich vor dem Schiedsmann erboten habe, die Klage nicht anzustrengen, wenn er eine Geldentschädigung von 5000 M. erhalte. Es komme dem Kläger nur darauf an, Geld herauszuschlagen. Das Gericht war doch der Meinung, daß der Inhalt des Artikels in der Form das Maß des Erlaubten überschreite. Der Beklagte wurde zu einer Geldstrafe von 20 M. verurtheilt.

Ein Nachspiel zur Kommunalwahl im 13. Kommunal-Wahlbezirk beschäfligte gestern die 149. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts unter Vorsitz des Amrichters v. Kroglak. Privatklage war vom Fabrikbesitzer Otto Weigert erhoben, der vom Rechtsanwalt Dr. Werthauer und Justigrath Adel vertreten wurde. Beklagter und Widerkläger war der Klempnermeister und Stadtbekleidete Ferdinand Raft, dem Rechtsanwalt Cassel und Justigrath Kleinholz zur Seite standen. Eine große Zahl von Zeugen war geladen. Herr Raft wurde beschuldigt, im Oktober und November vorigen Jahres zu Ungunsten des Privatklägers eine vor 25 Jahren erschienene, von dem damaligen Redakteur der „Allgemeinen Börse-Zeitung“ Herrn J. Hollander verfaßte Broschüre mit Verleumdungen gegen Herrn Weigert verbreitet und außerdem Ende Oktober in einer öffentlichen Versammlung dem Privatkläger den Vorwurf der Unverschämtheit gemacht zu haben. Die Angelegenheit wurde vertagt, da der Gerichtsvorsteher sich über die Broschüre, die ihm bisher nicht vorgelegen hatte, weitere Aufklärung verschaffen wollte.

Vor der Ren-Ruppiner Strafkammer begannen Montag früh die auf mehrere Tage berechneten Verhandlungen in dem umfangreichen Schuggler- und Heilerprozess, dessen Schauplatz das kleine Landstädtchen Lenzen an der Elbe bei Wittenberge ist. Auf der Anklagebank sitzen 15 angesehene Einwohner dieses Ortes, theils Gastwirthe und Kaufleute, theils Schiffseigenümer der auf der Elbe von Hamburg nach Magdeburg und weiter heraus verkehrenden Elblähne, die der gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Heiler, der Weichler hierzu und der Begünstigung dieses Verbrechens beschuldigt werden. Unterklagen wurde hauptsächlich jede Art von Getreide, sowie Mais, Kaffee, Juder, Reis, Pfeffer, Kellen, Schmalz, Wein, Rum, Kognak und Kapwolle. Im Jahre 1893 gelang es, in Wittenberge und Berleberg eine Anzahl Heiler zu ermitteln, welche zu erheblichen Freiheitsstrafen verurtheilt wurden. Bereits damals war auch amtlich davon die Rede, daß besonders viel in Lenzen und Umgegend, der sogenannten „Lenzener Wäse“, gemacht, d. h. gehehlt würde. Erst im Mai vorigen Jahres gelang es der Staatsanwaltschaft, die Hauptheiler zu fassen, und zwar auf Grund einer Denunziation eines der Beteiligten. Es fand dann eine umfangreiche Hausdurchsuchung in sämtlichen Ortschaften der „Wäse“ statt. In den Stellerräumen der Kaufleute, unter den Tanzböden der Gastwirthe und in den Wohnungen der Schiffseigner, ja sogar in der Wohnung des Lenzener Fährmeisters wurden förmliche Waarenlager und ganze Schiffsloadungen von Getreide, Mais, Kapwolle, Kellen, vornehmlich aber Kaffee vorgefunden, die den Heilern von Schiffseignern der vorüberfahrenden Elblähne verkauft worden waren. Der Hauptangeklagte Geisler begnügte sich nicht mit dem Absatz in Lenzen und Umgegend, sondern richtete noch außerdem ein förmliches Versandgeschäft ein, das namentlich bei Pastorenfrauen und Offiziersdamen lebhaften Anklang fand, da die allerfeinsten Kaffeesorten durchschnittlich für 50 bis 60 Pf. das Pfund zu haben waren.

Die Pausen in der Bäckerei-Arbeiter-Verordnung. Wegen Uebertretung der Bäckerei-Arbeiter-Verordnung war der Bädermeister Richter aus Charlottenburg in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe von 50 M. ev. 10 Tagen Haft verurtheilt worden. Er hatte seinen Gesellen und seinen Lehrling zu lange beschäftigt und dem Lehrling auch die einständige Pause während der Arbeitszeit nicht gewährt. M. legte gegen das landgerichtliche Urtheil die Revision ein und machte hinsichtlich des Lehrlings geltend, dieser habe im Laufe der Arbeitszeit öfter pausiren dürfen, insgesamt mehr als eine Stunde. Doch die Pause 60 Minuten, die auf einander folgen, umfassen solle, gehe aus der Verordnung des Bundesrathes nicht hervor. Im übrigen hätten der Geselle und der Lehrling „freiwillig“ länger gearbeitet. Der Strafnat des Kammergerichts wies die Revision des Angeklagten zurück und führte aus, die Pause müsse während 60 zusammenhängender Minuten gewährt werden. Der andere Einwand des Angeklagten sei gleichfalls belanglos.

Versammlungen.

Die Maaschneider hielten am Montag zwei Versammlungen ab, in denen über die hinsichtlich der Lohnbewegung einzuschlagende Taktik berathen wurde. Wie aus den Ausführungen der Redner hervorging, hat die Bewegung hauptsächlich die strikte Durchführung des 1893 errungenen Lohns zum Zweck. In den besseren Maasgeschäften machen sich nur Vereinbarungen hinsichtlich solcher Arbeiten erforderlich, die nach dem Inkrafttreten des Tarifs neu eingeführt worden sind. Daher werde es in diesen Geschäften auch nicht zu ersten Konflikten kommen. Hauptsächlich müsse auf die Befestigung der Mißstände, welche in den lauffähigen betriebenen Geschäften bestehen, hinarbeiten. Hier giebt es nämlich zwei Tarife. Einen für bessere und einen für minder gute Maasarbeit, und es ist dahin gekommen, daß auch für bessere Arbeit fast nur noch der niedrige Tarif bezahlt wird. Da aber in diesen Geschäften vorwiegend das Zwischmeister-System herrscht und die Heimarbeiter, weil schwer aufzufinden, nicht leicht für die Bewegung gewonnen werden können, so hielt man ein allgemeines Vorgehen in diesem Jahre noch nicht für angebracht, es sollen vielmehr nur in den Geschäften die Forderungen gestellt werden, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden ist, und die allgemeine Bewegung gegen die lauffähigen Geschäfte bis zum nächsten Frühjahr verschoben werden, bis zu

welcher Zeit man die in Frage kommenden Arbeiter der Branche für die Bewegung glaubt gewinnen zu können. Ferner wurde mitgetheilt, daß die Kollegen in einigen Geschäften schon die Forderungen gestellt haben und daß dieselbe eine glückliche Einigung herbeigeführt werden könne. Aufsehen erregte die Mittheilung eines Redners, welcher sagte, daß bei der Firma Weltmann, deren Inhaber ein sehr christlicher Mann sein soll, der auch seine Arbeiter zum Kirchenbesuch anhält, jeden Sonntag bis 3 Uhr gearbeitet wird. Wenn dann ein Beamter erscheine, um die Werkstatt zu kontrolliren, dann werde diese von den unteren Geschäftsräumen nach der Werkstatt signalisirt, die Arbeiter versteckten sich dann auf dem Boden und der kontrollirende Beamte werde auf diese Weise hinter das Licht geführt. In beiden Versammlungen — dieselben fanden in den Kaminhallen und in der Berliner Ressource statt, wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung der Maaschneider mißbilligt auf das schärfste die bisherigen Praktiken derjenigen Unternehmer, welche die unter-schriftlichen Vereinbarungen vom 1893er Streik Unvorsich gemacht haben und beschließt: In Erwägung, daß die Mißstände in den besseren Maasgeschäften nur untergeordneter Natur sind, im Wesentlichen es sich nur um Befestigung neu entstandener Arbeiter und dergleichen handelt, ist dort Aussicht auf Entgegenkommen vorhanden und sind große Differenzen wohl nicht zu befürchten. In fernerer Erwägung, daß die größten Mißstände in den lauffähigen Geschäften vorhanden sind, die besonders durch den Mißbrauch der feinerzeit bewilligten zweiten Tarife in den Geschäften im Allgemeinen begünstigt sind, ist die Befestigung derselben unbedingt erforderlich, und sind die Kollegen verpflichtet, die strikte Durchführung der Tarife zu verlangen. Der Umstand jedoch, daß die Bewegung zu jung und die Zeit zu kurz ist, um diese Kollegen zum einheitlichen Vorgehen zu veranlassen — welches allein die Vorbedingung eines siegreichen Erfolges wäre —, beschränkt uns leider, partiell vorzugehen, und verpflichten sich die Arbeiter der Geschäfte, ob in oder außer dem Hause, die feinerzeit festgelegten Bedingungen hochzuhalten und die eingerissenen Mißstände zu beseitigen. Diejenigen Kollegen, welche bis jetzt noch nicht Stellung dazu genommen haben, und deren Verhältnisse dringende Abhilfe erfordern, haben sich schleunigst zusammenzufinden, um sich über ein Vorgehen schlüssig zu werden. Die Versammlung erachtet es als eine Pflicht der Kollegen, die hieraus entstehenden Konsequenzen zu tragen und erklärt sich mit dem Vorgehen der Arbeiter der einzelnen Geschäfte solidarisch und sagt ihre materielle Unterstützung zu. Die Versammlung drückt den festen Willen aus, die innegehabte Position zurückzuerobern, um einen Vorsprung zu gewinnen, daß mit vereinten Kräften im nächsten Jahre den durchaus berechtigten Forderungen der Kollegen zum Siege verholfen wird.

Nizdorf. Mit den ersten Kommunalwahlen der Stadt Nizdorf beschäftigte sich am Montag noch einmal eine imposante Volksversammlung, die im Apollo-Theater stattfand. Saal und Gallerien waren überfüllt. Paul Singer hatte das Referat übernommen. Seine interessanten, vielfach kritisch zugespitzten Ausführungen fesselten die Aufmerksamkeit der mehr als tausendköpfigen Zuhörerschaft bis zum letzten Moment. Redner würdigte eingehend das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie, das durchdrungen ist von dem sozialen Gedanken. Er bezeichnete es als eine Hauptaufgabe sozialdemokratischer Stadtverordneten, dem sozialen Gedanken Einfluß zu verschaffen auf die ganze städtische Verwaltung. Das könnten sie um so eher, einen je größeren Einfluß sie auf die Zusammenfassung des Magistrats gewannen. Darum sei gerade die jetzige Wahl in Nizdorf bedeutungsvoller wie alle bisherigen und alle folgenden Nizdorfer Kommunalwahlen. Redner schloß mit einem zündenden Aufruf an die Wähler, die Stimmabgabe nicht nur nicht zu versäumen, sondern auch bei jeder Gelegenheit die Wäfligen dazu anzuhalten. (Anstaltender Beifall.) Doppelte erwartete auch glänzige Resultate von der Wahl in der zweiten Abtheilung. Am Mittwoch möge man so frühzeitig wie möglich zur Wahl gehen. Mit begeisterten Hochrufen auf die Sozialdemokratie und auf Singer ging dann die Versammlung auseinander.

Landmannschaft der Schledwig-Holsteiner. Heute Abend 8 1/2 Uhr in G. Feuerstein's Halls, Alte Jakobstraße 76: Vortrag mit Lichtbildern des Naturheilbundes Herrn Otto Grundmann über: „Die Ernährung des Menschen, Magen- und Darmkrankheiten sowie deren Heilung. Wäse, Damen und Herren, sind willkommen.“

Berliner Naturheilverein II. Donnerstag, den 16. März, Abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Vereins junger Kaufleute, Weichstr. 20, I: Damen-Vortrag von Frä. Cornelius über: „Wochenbett-Erkrankungen“.

Italien in China.

Rom, 14. März.

Deputirtenkammer. Der Minister des Auswärtigen Canevaro beantwortet fünf Anfragen über die **Aktion Italiens in China.** Unter lebhafter Aufmerksamkeit des Hauses erklärt der Minister: Als die Regierung beschloß, sich eine Flottenstation in China und möglicherweise den einen oder andern weitem Vortheil zu sichern, der dort der Entwicklung des Handels und der Industrie Italiens förderlich sein würde, auf daß wir uns nicht die Zukunft in dem ausgedehnten Reiche verschließen, das alle in Europa für so viel versprechend halten, fragte ich zunächst bei der englischen und der japanischen Regierung an, ob sie gegen unseren Plan nichts einzuwenden hätten, da wir unseren Play zwischen der japanischen Einflußprovinz und den dem englischen Einflusse unterstehenden Tschuan-Inseln würden einzunehmen gehabt haben. Die beiden befreundeten Staaten erklärten sich glücklich, uns zu Nachbarn zu haben. Inzwischen verlangte England, daß wir nicht zu Gewaltmaßnahmen griffen und über die Abtretung der San-mun-Wai auf diplomatischem Wege verhandeln, wobei uns England unterstützte, uns dafür diplomatisch bei China zu unterstützen. Ich wies alsdann unseren Gesandten De Martino an, die Unterhandlungen zu eröffnen. Gleichzeitig benachrichtigte ich die befreundeten Mächte, namentlich die bei den chinesischen Angelegenheiten hauptsächlich interessirten. Alle ohne Unterschied nahmen von unseren Erklärungen sympathisch An; einige derselben wiesen sogar ihre Vertreter in China an, dem Tschung-li-Damen diese ihre Gesinnung und gegenüber belannt zu geben. Das Tschung-li-Damen stellte jedoch sogleich unseren Gesandten De Martino die von ihm behufs Eröffnung der Verhandlungen überreichte Note mit der Versicherung zurück, es thue dies, um die gegenseitigen Freundschaftsbeziehungen zu erhalten, die durch die Eröffnung der Verhandlungen hätten gestört werden können. Diese inoffizielle Handlungsweise erzielte eine sofortige Gemüthung, und wir trafen die nöthigen Maßnahmen, diese zu erreichen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Blauen i. S., 14. März. (S. G.) Die „S. Volkst. Zeitung“ publizirt heute das Urtheil in der Strafsache, betreffend die fortgesetzten **Talldiebstähle**, durch welche die Blauen'sche Stiderei-Industrie monatelang in Aufregung versetzt wurde. 18 Angestellte der Branche erhielten Strafen von 3 Monaten Gefängniß bis zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus.

Wien, 14. März. (S. L. W.) Der heute eröffnete **Gleisliche Landtag** nahm für den Antrag, gegen die jüngsten **Sprachenverordnungen** feierlich zu protestiren, diesen Protest zur Kenntnis der Regierung zu bringen und zum ewigen Gedächtnisse im Landesarchiv zu hinterlegen, die Dringlichkeit an. Bei der meritorischen Verhandlung des Antrages entfernten sich die slavischen Mitglieder des Landtages unter Abgabe einer diesbezüglichen Erklärung, worauf der Antrag einmüthig angenommen wurde.

Mailand, 14. März. (S. G.) Die Sozialisten Italiens beschloßen, im Herbst einen **Kongress** abzuhalten, um ihre Lage zu berathen. Sollte die Regierung den Kongress verbieten, so soll derselbe im Auslande stattfinden.

Arad, 14. März. (S. G.) Die hiesige große **Spiritusfabrik** ist zum größten Theile **niedergebrannt**. Da die Explosionsgefahr besteht, herrscht in der Stadt eine große Aufregung.

Reichstag.

56. Sitzung, Dienstag, 14. März 1899, 1 Uhr.

Am Bundesrathssitz: v. Götler, Graf Posadowski. Auf der Tagesordnung steht die zweite Verathung der Militärvorlage.

Die Verathung beginnt mit dem Gesetz, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. Artikel 1 enthält die Forderungen für die allgemeine Präsenzstärke und für die einzelnen Truppengattungen. § 1, der auspricht, daß das geltende Gesetz vom 3. August 1898 mit den durch das Gesetz vom 28. Juli 1898 bestimmten Änderungen bis zum 30. September 1899 in Kraft bleibt, wird debattelos angenommen.

§ 2 enthält die Bestimmung, daß vom 1. Oktober 1899 ab die Friedenspräsenzstärke als Jahresdurchschnittsstärke allmählig herab erhöht wird, daß sie im Laufe des Rechnungsjahres 1902 die Zahl von 502 506 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten erreicht und in dieser Höhe bis zum 31. März 1904 bestehen bleibt.

Die Kommission (Referent: Abg. Vassermann (nat.)) hat die Zahl von 502 506 auf 495 500 herabgesetzt und bestimmt, daß diese Höhe erst im Laufe des Rechnungsjahres 1903 erreicht wird. Die Präsenzstärke soll also um 7006 Mann herabgesetzt werden.

Während der Rede des Berichterstatters tritt Reichskanzler Fürst Hohenlohe in den Saal.

Kriegsminister v. Götler:

Bei der ersten Verathung der Militärvorlage habe ich der Erwartung Ausdruck gegeben, daß es gelingen werde, eine Einigung in der Kommission zu erzielen. Ich ging dabei von der Ansicht aus, daß, wenn es sich um die Vertheilung des Vaterlandes handelt, parteipolitische Interessen nicht in Frage kommen können. Ich glaube auch, daß ich mich mit dieser Ansicht im Einverständnis befinde mit allen maßgebenden Parteien dieses Hauses. In der That haben auch die Beschlüsse der Kommission zum großen Theile zu einem befriedigenden Resultat geführt, es ist anerkannt worden, daß die gesammte Heeresvermehrung auf richtigen Grundlagen beruht. Inwiefern diese Voransetzung zutrifft, würde ein prinzipielles Bedenken in betreff der Jahreszahl nicht bestehen. Eine zweite Änderung ist bei der Kavallerie vorgenommen, indem die Jäger zu Pferde von den übrigen Kavallerie-Eskadronen ausgeschieden sind. Einen militärischen Grund dafür kann ich nicht finden. Ich würde daher dringend darum bitten, die Fassung der Regierungsvorlage wieder herzustellen. Ich komme nun jedoch zu derjenigen Veränderung, die allein von entscheidender Bedeutung ist. Es ist nämlich die geforderte Friedenspräsenzstärke um 7006 Mann verringert worden. Ich habe in der Presse vielfach die Ansicht vertreten gefunden, ich hätte diese Herabsetzung sofort für unannehmbar erklären sollen, um die Situation zu klären. Es hat aber kein Bevollmächtigter des Bundesraths das Recht, einen Antrag als unannehmbar zu bezeichnen, ehe nicht ein Beschluß des Bundesraths vorliegt. Ich kann indeß für meine Person erklären, daß ich an der Regierungsvorlage unbedingt festhalten muß. Die Kommission ist jedenfalls nicht in der Lage gewesen, die Konsequenzen dieser Herabsetzung zu übersehen. Es sind nun aber eingehende Berechnungen angestellt worden, die ergeben haben, daß die von der Kommission bewilligte Friedenspräsenzstärke nicht ausreicht. Die Zahl, welche die Kommission vorgeschlagen hat, ist eine Durchschnittsziffer, eine Rauschsumme, und es ist dem obersten Kriegsherrn überlassen, aus dieser Summe die Stärke der einzelnen Truppenteile zu bilden. Das Prinzip selbst ist durchaus nicht an sich, aber ich muß behaupten, daß die bewilligte Durchschnittsziffer summe nicht ausreicht, um die militärische Ausbildung aller Truppen genügend zu sichern. Die gegenwärtige Bataillonsstärke muß unter der Geltung der zweijährigen Dienstzeit mindestens aufrecht erhalten werden, in den Grenzdistrikten muß sie erhöht werden, sonst wird die Verwendbarkeit der Bataillone in Frage gestellt. Ich kann indeß nicht annehmen, daß eine solche Schwächung in der Absicht der Kommission lag und hoffe, daß es nunmehr möglich sein wird, die Annahme der Regierungsvorlage zu erreichen. Jedenfalls ist die Militärverwaltung außer Stande, für fünf Jahre mit der von der Kommission bewilligten Summe zu rechnen. Ich glaube schließlich auch an den Patriotismus des hohen Hauses appellieren zu dürfen, da es sich hier um die Wehrhaftigkeit der Armee handelt.

Abg. Dr. Sattler (nat.):

Wir befinden uns noch in der zweiten Lesung. Da gehen die Absichten noch ein wenig auseinander. Wir erklären, daß unsere endgültige Stellung erst in der dritten Lesung kundgegeben werden wird. Wir behalten uns für die dritte Lesung freie Hand vor. Die Kommission hat geglaubt einige Abstriche zu machen. Die Frage, ob 7006 Mann mehr oder weniger nöthig sind, kann nur von der Kriegsverwaltung der verbündeten Regierungen entschieden werden. (Lachen links.) Wenn Sie glauben, daß Sie den Regierungen diese Verantwortung abnehmen können, so stelle ich Ihnen das anheim (Lachen links). Wir vermögen das nicht; wir werden deshalb bei der zweiten Lesung für die Regierungsvorlage eintreten, weil von der Militärverwaltung bestritten wird, daß die von der Kommission bewilligte Zahl ausreichend ist, um das Heer leistungsfähig zu erhalten. Freilich, wenn die Regierungen erklären sollten, daß sie auch mit der von der Kommission bewilligten Zahl auskommen können, so werden wir auch dafür sein. (Stürmisches Lachen.) Die Parteien des Hauses nehmen eine große Verantwortlichkeit auf sich, ebenso die Regierungen. Wir haben daher den Wunsch, daß man bis zur dritten Lesung wartet, ob sich nicht eine Einigung finden sollte. (Aha!) Wir behalten uns unsere Entscheidung noch vor, werden aber in der zweiten Lesung für die Regierungsvorlage stimmen.

Abg. v. Lebedow (l.):

Die Situation ist für uns sehr unangenehm. Wir konnten auf eine solche Militärvorlage nach den Erklärungen, die in der letzten Session fielen, nicht gefaßt sein. (Sehr richtig! links.) Inzwischen ist sie aber doch notwendig geworden. Die Vertheidigung des Vaterlandes ist etwas, das großer Opfer werth ist. Diese Opfer sind viel geringer als eventuell das Unglück, das ein einbrechender Krieg über uns bringen würde. Die Bedenken, die ich in der ersten Lesung gegen die Vorlage aussprach, sind jetzt gehoben. Wir hatten große Bedenken gegen gewisse Reformationen, die uns nicht ausreichend begründet schienen. Uns kam es ferner so vor, als ob hinter der Vorlage sehr weitgehende Pläne steckten. In dieser Beziehung haben wir beruhigende Erklärungen bekommen. Jetzt hat sich Alles auf die Frage der Verminderung der Infanterie zugespielt. Diese Verminderung würde die Grenzregimenten der Möglichkeit berauben, so stark zu sein, daß sie sich in vedettes sind. Meine Freunde sind der Ansicht, daß die geforderten Vermehrungen ein Bedürfnis seien. Besonders für die Rekrutenzeiten, also für die Winter-Halbjahre erhält diese Nothwendigkeit. Ich kann keinen genügenden Grund für die Ablehnung dieser Forderung erblicken. Der Kostenpunkt kann da nicht angeführt werden. Die Kosten, welche eripart werden, beziffern sich auf etwa 2-2 1/2 Millionen. Das ist eine wahre Lappalie. Die Regierungsvorlage forderte das Minimum des Nothwendigen. Ich kann daher wirklich für diesen Streit nach Gründen suchen, die mit der Armee nichts zu thun haben. (Hört, hört!)

Meine Freunde glauben, daß die Verbesserung des Heeres durch die Militärvorlage eine so wesentliche ist, daß wir nichts davon missen können. Wir sind entschlossen, für die Regierungsvorlage zu stimmen, nur erklären wir, daß wir auf die Frage, ob die neue Organisation bis 1902 oder 1903 abgeschlossen ist, kein Gewicht legen. Wird die Regierungsforderung abgelehnt, so sind wir nicht in der Lage, für den Kommissionsbeschuß zu stimmen. In rein militärisch-technischen Fragen müssen wir die Verantwortung der Militärbehörde überlassen. Denn, meine Herren, offen gesagt: von derartigen Fragen verstehen Sie allesamt nichts. (Heiterkeit.) Durch die Herabsetzung würde wohl die Ausbildung der Mannschaften unter der zweijährigen Dienstzeit in Frage gestellt werden. Uebrigens: Die ganze Frage hat ein neues Gesicht gewonnen durch die zweijährige Dienstzeit. Selbst den Militärs macht das Zurechnungsziehen dieses Umstandes Schwierigkeiten. Es ist daher ganz unmöglich, daß wir uns bei unserer Stellung der Vorlage gegenüber auf militärisch-technische Gründe berufen. Wie wir die Erklärung der Regierung haben, ob sie sich mit dem Abstrich von 7006 Mann zufrieden geben könnte, können wir uns auf den Kommissionsbeschuß nicht einlassen (Bravo! rechts). Es folgt daraus, daß auch wir unsere definitive Stellung erst in der dritten Lesung einnehmen können. — Und wir bitten auch das Centrum, sich die Frage noch reiflich zu überlegen. Meine Freunde werden heute jedenfalls für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lieber (z.):

Die beiden Herren Vorredner haben den Boden, auf dem wir streiten, recht unlieblich verschoben. Der Abg. Dr. Sattler meinte, nur die Regierung trage die Verantwortung. Herr von Lebedow war wenigstens so freundlich, auch die Leistungsfähigkeit des Volkes einzigermaßen mit in Rechnung zu ziehen. Herr Sattler hat aber nicht einmal diese Einschränkung gemacht. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Er vertritt sich einfach auf die Sachverständigkeit des Kriegsministers. Die Ueberschwärzung von solchen Sachverständigen-Entscheidungen ist ja eine Krankheit dieses Jahrhunderts und wenn es nach Herrn Dr. Sattler ginge, so hätte der Reichstag jeder Militärvorlage einfach zuzustimmen. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Der Kriegsminister hat gesprochen, die Sache ist zu Ende, der Reichstag hat gar nichts zu sagen. (Bravo! im Centrum und links.) Uebrigens ist der hochverdiente und hochverehrte Herr Referent offenbar nicht der gleichen Meinung, wie der Abg. Sattler. Er selbst hat in seinem Referat von einem Antrag berichtet, der eine Herabsetzung der Präsenzstärke um 2949 Mann involviret. Ueber dem Ehre gebührt. Dieser Antrag war von dem Herrn Abg. Vassermann selbst gestellt worden (Heiterkeit), dem Parteigenossen des Herrn Dr. Sattler, und ich kann mich nur wundern, daß er in seiner Partei eine solche Zustlosigkeit einrichten läßt. (Große Heiterkeit.) Die Rolle, die Herr Sattler dem Reichstag zuweist, ist eine um so lässlichere, wenn man auf der andern Seite sieht, wie sich die verbündeten Regierungen den Beschlüssen des Reichstages gegenüberstellen. Ich will hier bei der Sache bleiben und nur an die wiederholten Beschlüsse betreffend die Kriegsveteranen erinnern, die ja so oft einmüthig vom Reichstag gefaßt worden sind. Die Regierung diktiert, der Reichstag parirt und der Reichstag beschließt, die verbündeten Regierungen absentiren sich. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Es handelt sich bei dieser Militärvorlage um die wichtigsten konstitutionellen Rechte des Reichstages und um die Frage, sollen wir durch das laudinische Joch hindurchgehen oder nicht. Die Herren waren ja so freundlich, unsere vaterländische Gesinnung nicht anzuzweifeln. Wie ich aber die Vaterlandsliebe verstehe, muß ich sagen, die Herren haben durch diese Verdrückung des Bodens dem Vaterlande keinen besonderen Dienst erwiesen. (Sehr richtig! im Centrum.) In militärtechnischen Dingen ist die Militärverwaltung gewiß maßgebend, aber bei den Kosten hat doch das Reichshausamt auch ein Wort mitzureden und dieses hat durchaus nicht immer die Ansichten der Militärverwaltung für ein Evangelium gehalten. Für die Leistungsfähigkeit des Volkes aber sind in erster Linie die Vertreter des Volkes, der Reichstag zuständig. Diese drei Faktoren müssen vollständig gleichberechtigt neben einander arbeiten. Dazu ist die Verfassung verliehen, dazu sind wir hierhergeschickt, um zu prüfen, ob die Leistungsfähigkeit des Volkes durch eine Regierungsvorlage überschritten wird, möge dieselbe noch so sehr technisch begründet sein.

Der Kommissionsantrag bedeutet der Regierungsvorlage gegenüber eine Ersparniß von 2 1/2 Millionen. Herr Abg. von Lebedow sagte, eine solche Summe wäre von uns einmal eine Lappalie genannt worden. Es handelt sich aber nicht nur um die 2 1/2 Millionen Ausgaben, sondern auch um 7000 Mann. In Betracht kommen auch alle die übrigen Leistungen, welche wir in der gegenwärtigen Zeit aufwenden müssen. Wenn der Eimer voll ist, genügt ein einziger Tropfen, ihn zum Ueberlaufen zu bringen. Gerade für die Landesverteidigung haben wir in den letzten Jahren kolossalen Anforderungen genügen müssen. Die Vermehrung der Artillerie, der Flotte, der Ausbau der Festungen u. a. haben rund 783 Millionen gekostet. (Hört! hört! links und im Centrum.) Ich meine, da ist es doch angezeigt, zu prüfen, ob der Eimer nicht nahe zum Ueberlaufen voll ist, ob die Leistungsfähigkeit des Volkes nicht schon überschritten ist. Es handelt sich ja nicht bloß um die Mehrausgaben, sondern auch um neue Mannschaften. Ich war erstaunt, bei all den Klagen über den Arbeitermangel auf dem Lande und die Leutenoth Herrn v. Lebedow mit solchem Gleichmuth über diese Frage hinwegzusehen zu sehen. Der Kriegsminister hat unsere Loyalität nicht angezweifelt, und auch Herr v. Lebedow hätte besser getan, bei uns nicht nach Beweggründen zu suchen, welcher außerhalb der Vorlage liegen. Die Vorlage ist eine Konsequenz der zweijährigen Dienstzeit. Das haben meine Freunde stets anerkannt. Sie sind aber der Meinung, daß die Erhaltung und der Ausbau der zweijährigen Dienstzeit auch gut mit den Abstrichen erreicht werden kann. Die Antragsteller haben nicht die Absicht gehabt, die Truppen zu schwächen. Sollte sich herausstellen, daß entweder die Truppen oder die zweijährige Dienstzeit unter der neuen Vorlage leiden, so würden wir bereit sein, bei einem späteren Anlaß, in eine erneute Prüfung dieser Frage einzutreten. Besseren Gründen verschließen wir uns nie. Aber die Militärverwaltung ändert selbst gar häufig ihre Ansichten. Es treten in ihr gar oft große Widersprüche zu Tage. Ich erinnere nur an die Gegensätze in der Frage der Halbregimenten. Es macht keinen imponirenden Eindruck auf die Laien im Sinne der Herren Dr. Sattler und Lebedow, wenn solche Widersprüche selbst bei den angeblich allein Sachverständigen vorkommen. Redner giebt eine detaillierte Darstellung, wie sich die Bataillonsstärken nach den Beschlüssen der Kommission stellen werden. Durch unsere Art der Berechnung wird die Kommandogewalt nicht, wie der Kriegsminister meint, beschränkt, sondern erweitert. Die Friedenspräsenzstärke muß nach der Leistungsfähigkeit des Volkes bemessen werden. Mehr kann nach unserer Auffassung zu gleicher Zeit dem Volke für Heer und Flotte nicht zugemuthet werden, als es in den Beschlüssen der Kommission niedergelegt ist. Die Zeitungen haben geschrieben, wenn der Reichstag sich herausnehme, einen Abstrich von 7000 Köpfen vorzunehmen, dann müßte er aufgelöst werden. Es wird bei dieser Drohung mancherlei übersehen. Ich muß mich billig wundern, daß der Abstrich ganz isolirt behandelt wird; dabei steht er doch im engsten Zusammenhang mit anderen Beschlüssen der Kommission, die der Herr Kriegsminister mit allem Wohlgefallen eingestrichen hat. (Sehr richtig! im Centrum.) Und der Abstrich ist durchaus nichts Unerhörtes. Als im Jahre 1898 der Abg. Behr v. Suene einen Abstrich von 12 839 Köpfen beantragte, da haben die verbündeten Regierungen, da hat der damalige Herr Reichskanzler

und der damalige Kriegsminister nicht nur mit beiden Händen nach diesem Antrag gegriffen, nein, man hat dem nach der Auflösung des alten neugewählten Reichstages eine Vorlage gemacht, deren Basis eben der Antrag Suene war. (Hört! hört! im Centrum und links.) Noch ein Bedenken will ich kurz beleuchten, das in diesen aufgeregten Tagen geäußert worden ist. Die Blätter, und auch offiziöse waren darunter — haben geäußert, man solle doch das Quinquennat einfach ablaufen lassen, dann trete Artikel 60 der Verfassung in Kraft, wonach 1 pCt. der Bevölkerung in Friedenszeiten unter Waffen stehen müsse. Deutschland hat zur Zeit eine Einwohnerzahl von 61 798 711 Seelen. Die Friedenspräsenzstärke müßte demnach auf 617 987 Köpfe bemessen werden. Niemals ist eine Auslegung thürhörter und unhaltbarer gewesen, als diese. Redner beweist aus dem Wortlaut der Verfassung, daß die Friedenspräsenzstärke im Wege der Reichsgesetzgebung festgelegt werden muß. Aber stellen wir uns einmal einen Augenblick auf den Boden dieser Verfassungsweisen. Gegenwärtig sind die Unteroffiziere aus dem Gesetz über die Friedenspräsenzstärke losgelöst. Es müssen also zu den 479 229 Gemeinen, die wir haben, noch die 78 247 Unteroffiziere hinzugerechnet werden. Hierzu kommen noch die Flottenmannschaften, die See- und Marine-Artillerie und Infanterie in Höhe von 28 102 Köpfen. Das ergibt zusammen ein stehendes Heer von 685 578 Mann. Dabei habe ich die Einjährig-Freiwilligen mit rund 10 000 Mann noch ganz aus der Rechnung gelassen. Es sind also 67 841 Köpfe in der Armee mehr vorhanden, als vorhanden sein müßten, wenn 1 pCt. der Bevölkerung unter Waffen stünde. In dieser Vorlage sind wir bereit zu einer Vermehrung an Unteroffizieren und Gemeinen von 18 928 Mann. Es ergibt sich hieraus ein Mehr von 86 669 Köpfen über 1 pCt. der Bevölkerung. Wenn Sie also Lust haben, sich auf den Artikel 60 der Verfassung zu stützen, immerzu! (Heiterkeit.) Dann streichen Sie mir 86 669 Köpfe, es wird Ihnen niemand im Volke den Vorwurf daraus machen, Sie hätten es zu sehr belastet. (Heiterkeit und Beifall im Centrum.) Der Herr Kriegsminister hat es unangenehm empfunden, daß wir die Jäger zu Pferde in der Vorlage zwischen die Verlehrs- und Traintruppen gestellt haben. Ich war bisher der Meinung, daß im Lande der allgemeinen Wehrpflicht der letzte Trainfoldeit ebenso vornehm sei, wie der Garde-taavallerist. (Heiterkeit.) In diesem Uebermaß haben wir die Jäger zu Pferde an diese Stelle gebracht, wir sind aber gerne bereit, die Jäger zu Pferde mit den Worten der Schrift zu erfreuen: Freund, rüde höher hinauf! (Heiterkeit.) Wenn wir auch die Reiter nicht im allgemeinen Getümmel der Kavallerie untergehen lassen wollen. Das alles sind aber keine Dinge, über die man noch zu streiten braucht, auch der Herr Kriegsminister hat sie als solche erklärt. Bedeutsam ist und bleibt für den Kriegsminister und uns die Herabsetzung der Präsenzstärke. Wir sind zu diesem Ergebnis gekommen nach sorgfältiger Abwägung. Ohne die zweijährige Dienstzeit zu gefährden kann man wohl mit den von der Kommission beschlossenen Ziffern auskommen. Weil wir aus sachlichen Gründen zu diesem Abstrich gekommen sind, kann es keinen Eindruck auf uns machen, daß nach den Erklärungen von rechts und links Parteien, die in der Kommission mit uns gegangen sind, uns im Plenum verlassen wollen. Wir halten an den Beschlüssen der Kommission fest, auch wenn wir ganz allein stehen sollten, und geben uns der Hoffnung hin, daß auch die verbündeten Regierungen und die Parteien, die jetzt gegen uns stimmen, zu der Ueberzeugung kommen werden, dem Vaterland werde doch besser gebient, wenn ein Versuch mit dem Abstrich gemacht wird, als wenn eine Kritik heraufbeschworen wird, deren Ende nicht abzusehen ist und an der wir nicht schuld sind. (Lebhafter Beifall im Centrum und links.)

Abg. v. Starboff (st.):

Bei dem wachsenden Arbeitermangel auf dem Lande ist eine vermehrte Präsenzstärke ja bedenklich, aber nach den bestimmten Erklärungen der Regierung muß dieser Gesichtspunkt zurücktreten. Wir werden heute gegen die Kommissionsbeschlüsse stimmen, ebenso wie die Konserverativen und Nationalliberalen, und für die Regierungsvorlage. Wir behalten uns aber unsere Abstimmung bis zur dritten Lesung vor, je nachdem die Erklärungen der Herren von der Regierung ausfallen werden, die die Verantwortung zu tragen haben. Wir erkennen die vorliegende Differenz nicht so groß, daß sie notwendig zu einem Konflikt führen müßte. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß noch bis zur dritten Lesung die Differenzen ausgeglichen werden können. Es ist ja bereits in der Kommission darauf hingewiesen worden, daß sich vielleicht eine Erhöhung der Bataillonsstärken dadurch erreichen ließe, daß die Zahl der Oekonomiehilfswörter und Offiziersburschen stark vermindert und die Wachtposten aufgehoben würden, die die Armee im Interesse der Zivilverwaltung, z. B. zur Bewachung der Gefängnisse stellt. (Beifall rechts.)

Abg. Hausmann-Wödlingen (libd. Sp.):

Ich die Gründe noch einmal Revue passiren, die zur ablehnenden Haltung seiner politischen Freunde führen. Sie ist bedingt durch die Interessen der unteren und mittleren Klassen, die nicht, wie die oberen Lehntausend, in der Armee eine Versorgungsanstalt für ihre Söhne haben. Die Herren rechts reden immer von der Noth des kleinen Mannes: hic Rhodus hic salta! Mit jeder Vergrößerung der Friedenspräsenzstärke vergrößern wir den Staat im Staate: den Militärstaat. Mit der Vermehrung des Heeres vermehren sich auch seine Begleiterscheinungen, die Militärmittelbindungen. Redner führt einige Beispiele derselben an, wird aber vom Vizepräsidenten von Frege zur Sache gerufen, da solche Erörterungen beim Titel Kriegsminister des Militäretats, „so wenig sie auch dahin gehören“, vorgebracht zu werden pflegen. Redner spricht sich sodann für die gezielte Festlegung der zweijährigen Dienstzeit aus, damit die Regierung nicht immer dadurch einen Druck auf die Volkswirtschaft ausüben könne. In den militärischen Sachverständigen kann man kein Vertrauen haben. Die Herren haben auch stets gesagt: die zweijährige Dienstzeit geht nicht; nun geht sie doch! Die Herren vom Militär vertreten nicht so sehr ihren eigenen Standpunkt, als vielmehr einen anderen. Der Herr Kriegsminister hat das ja eigentlich heute offen erklärt. Aber das Sie volo, sic jubeo, stat pro ratione voluntas wird im Volke keinen Anklang finden. Es würde auch ein gar zu groteskes Bild abgeben, wenn die Regierung die bedeutende Vermehrung jetzt ablehnen und das Volk aus Keue in die Wirren des Wahlkampfes treiben wollte, nachdem erst vor wenigen Monaten die Rekrutenplätze gefunden haben und bei diesen noch nichts von den weitgehenden Plänen der Regierung verlautete.

Abg. Lanzinger (bayr. Bauernbund):

erklärt, die Vorlage ablehnen zu wollen. (Große anhaltende Heiterkeit.)

Abg. Smalath (libd. Luthauer):

der deutschen Sprache nicht mächtig, verliest unter fortgesetzten Heiterkeitsausbrüchen des gesammten Hauses, nur zuweilen unterbrochen von lebhaften Bravos der Rechten, eine Rede, in der er sich für absolute Bewilligung aller Regierungsforderungen ausspricht.

Abg. Richter (freif. Sp.):

Nachdem der § 1 vom Hause angenommen und damit die Gewähr geschaffen ist, daß noch eine dritte Lesung stattfindet, will ich meine Ansichten zu der geforderten Vermehrung selbst erst in dieser zum Ausdruck bringen. Heute will ich mich auf einige Bemerkungen beschränken, die durch die vorangegangene Debatte hervorgegangen sind. Es ist heute wieder von unserer Wehrhaftigkeit dem Auslande gegenüber gesprochen worden. Aber der Kriegsminister hat doch selbst in der ersten Lesung erklärt, daß wir, was unsere Pflichten und die politische Lage im Allgemeinen anlangt, mit Ruhe der Zukunft entgegenblicken können: Was die Wehrkraft des Hauses von der Regierung heute noch trennt, das sind ja nur die 7000 Mann. Aber diese sollen doch auch nicht sofort eingestellt werden, sondern erst 1903. Also kann man doch aus ihrer Verweigerung nicht schon jetzt einen Konflikt herleiten.

Ich hätte gewünscht, daß man heute nicht wieder in die ungeschöne Gewohnheit zurückgefallen wäre, das Ausland als ein Muster anzuführen. Es ist da drüben gesagt worden, im Auslande, in Frankreich, England, Italien u. s. w. würde eine solche Opposition nicht entstehen können. In anderen Parlamenten hat man diese Gewohnheit, auf das Ausland hinzuweisen, nicht. Zudem: es trifft ja auch gar nicht zu, daß man andernwärts die Militärforderungen so ohne Weiteres bewilligt. In Italien und Oesterreich geht das nie ohne heftige Kämpfe ab. Und in Frankreich entspringt das nur der Revanchebewegung. Uebrigens sollte man gerade jetzt anfänglich des Dreifus-Standals das Verhältnis des französischen Parlaments zur Armee nicht zur Nachahmung empfehlen. In England da werden freilich die Forderungen der Regierung stets bewilligt. Aber woher kommt das? Weil dort die Regierung eben aus der Mehrheit des Parlaments hervorgeht und gar keinen Vorstoß macht, für den sie nicht schon eine Mehrheit hat. (Sehr richtig!)

Es ist heute gesagt worden: die Beurteilung der Nothwendigkeit der Forderungen müsse man den militärischen Sachverständigen überlassen. In technische Fragen müssen wir uns ohnehin nicht. Aber eine Frage hört auf, eine rein militärisch-technische zu sein in dem Augenblick, wo mehr Geld und mehr Mannschaften verlangt werden. Dann kommen bürgerliche Interessen ins Spiel, und darin sind wir zuständig. Die Konstitution einer Verantwortlichkeit nach dem Verze des Abg. Sattler macht den Reichstag zum Echo der Regierung: er hat ja zu sagen, wenn sie ja hineinruft. (Weiterheit und Sehr richtig!) Diese Einleitung der Verantwortlichkeit nach Ressorts ist etwas ganz Neues. Wie kommt es denn, daß der Herr Reichsgerichtsrath in militärischen Dingen noch ein Wort mit hineinreden hat? (Weiterheit.) Wenn überall nur „Sachverständige“ reden sollen, wo bleibt dann überhaupt der Gehalt des Parlamentarismus? (Sehr richtig! links.) Die Regierung steht auch gar nicht auf dem Standpunkt einer derartigen Ressorttheilung. Wie könnte sie auch sonst dazu kommen, einen Ober-Landesgerichtsrath zum Kolonialdirektor zu machen? (Weiterheit.) Oder gar zum Chef der Reichspost einen Generalleutnant, der bis dahin keine anderen Beziehungen zur Post gehabt hatte, als daß er zuweilen einen Brief aufgab? (Weiterheit.) Der Herr Abg. Lieber hat mit vollem Recht auf die wechselnden Ansichten der Regierung selbst in der Frage der Bataillone hingewiesen. In militärischen Dingen ist eben nichts beständiger als der Wechsel (Weiterheit), und da sollen wir einfach das stets glauben, was uns von der Militärverwaltung gesagt wird?

Ich wende mich nun der Frage der 7000 Mann zu, weil es zu charakteristisch ist, daß der Streit um eine solche Unzulanglichkeit entbrennen konnte. Herr v. Kardorff hat schon mit Recht darauf hingewiesen, daß die Frage der Einschränkung der Abkommandirungen weit wichtiger ist als diese 7000 Mann mehr oder weniger. Denn auf diese Abkommandirungen kommen bei jedem Bataillon 67 Mann. Auch die Wehrhaftigkeit an der Grenze ist mit diesen 7000 Mann in Verbindung gebracht worden. Es ist ein Verdienst des Herrn Kriegsministers, daß er bei der zweiten Lesung in der Kommission uns ganz genau nachgewiesen hat, was er auch nach dem Abstrich mit den vorhandenen Mitteln noch machen kann und was nicht. Er sagte uns, er würde die Bataillone auf eine Stärke von 570 Mann bringen können. Heute sind es allerdings 599 Mann. Die Wehrhaftigkeit Deutschlands ist demnach um einen Mann erschüttert. (Große Weiterheit.) Die Grenzbataillone können auch nach dem Abstrich noch immer erheblich stärker als die Bataillone im Binnenlande gestaltet werden, und man sollte im Ernst wirklich nicht von einem gefährdeten Grenzschutz reden. Es ist durchaus eigenartig: So lange die zehn Jäger-Regimenter in Frage standen, wurde uns immer von den großen Kolonialschwärmen erzählt, die nach Deutschland kommen könnten. Nachdem die Jäger-Regimenter aber bewilligt waren, legte sich die Schreckenspolitik auf die Infanterie, und es wurde so dargestellt, als ob Frankreich uns jeden Augenblick mit Krieg überziehen könnte. Die Konfliktstimmung ist wohl jedem überraschend gekommen. Am letzten Mittwoch hatte wohl jeder den Eindruck, als sei der Kriegsminister herzens froh, die Vorlage so weit unter Dach und Fach gebracht zu haben. Der Kriegsminister hatte sich schon so in den Zentrumsantrag hineingelegt, daß er ganz genau wußte, wie er die Bewilligung verwenden würde und schon alle Etatsrechnungen nach diesem Zentrumsantrag ausarbeiten ließ.

Zwischen Mittwoch und heute ist eine Wendung erfolgt. Am Donnerstag Vormittag ist diese eingetreten und zwar von unverantwortlicher Stelle aus. (Hört! hört! links.) Wir stehen hier vor einer jener Pflöckchen-Leiten, die sich leider der parlamentarischen Diskussion entziehen. Auch die übrigen Parteien waren am Mittwoch noch mit dem Zentrumsantrag einverstanden. Ganz mit Recht hat Herr Lieber darauf hingewiesen, daß Herr Wassermann selbst einen Antrag gestellt hat, der auf eine Verminderung der in der Regierungsvorlage verlangten Präsenzstärke hinzielt. Kann ein Mitglied der Kommission seine Partei in der Kommission nicht mehr vertreten, so ist es nicht nur sein Recht, sondern seine Pflicht, den Sitz in der Kommission aufzugeben. Daß Herr Wassermann das nicht gethan hat, sondern bis heutigen Tages die Beschlüsse der Kommission vertreten hat, beweist mir, daß die Sinnesänderung von Herrn Dr. Sattler ganz jungen Datums sein muß. — Wenn Sie dem Reichstag ein Urtheil in militärischen Dingen absprechen, dann degradieren Sie ihn zu einer einfachen Geldbewilligungsmaschine. Man sagt, es handle sich hier um eine Kleinigkeit. Ja, bei anderen Vorlagen sind solche Kleinigkeiten direkt ausschlaggebend. Beim Zeitungstarif sagt man uns, die 1/4 Millionen kann die Reichskasse nicht erdulden, von dieser Bewilligung hängt die ganze Vorlage ab. Beim Jivil mißt man eben das Geld ganz anders wie beim Militär. (Sehr richtig! links.) Herr Dr. Lieber hat bereits die Auflösungsgewichte erwähnt; ich will auch noch ein paar Worte dazu sagen. Eine Auflösung des Reichstages in diesem Augenblick würde besonders eigenartig wirken. 1893 lohnte es sich doch wenigstens, da waren es 70 000 Mann, jetzt handelt es sich nur um 10 pCt. der damaligen Summe. Und nicht einmal für das laufende Jahr sollen die 7000 Mann abgestrichen werden, sondern erst bis 1903. Also ob bis zum Jahre 1903 7000 Mann mehr oder weniger bewilligt werden, das soll den Ausschlag geben für einen großen Konflikt in der inneren Politik. Man mag von der Friedensdemonstration nicht allzuviel halten, aber es wäre nicht klug, auf diese Friedensdemonstration jetzt mit einer starken Gegendemonstration zu antworten. Kommt es zur Auflösung, dann wird der allgemeine Eindruck der sein: die Auflösung ist nicht der 7000 Mann wegen, sondern wegen ganz anderer Dinge erfolgt. Der neue Reichstag soll eine Zuchttaubenvorlage im wahren Sinne des Wortes bewilligen, er soll das allgemeine, gleiche Wahlrecht beseitigen (Ob! rechts) und der Wahlkampf wird über die Frage der Heeresverfälschung sofort hinausgehen und unter dem Zeichen stehen: soll ein autokratisches, selbstherrliches Regiment in Deutschland die Oberhand gewinnen oder wollen wir einen selbständigen Parlamentarismus in den bestehenden Grenzen erhalten? (Redhafter Beifall links.)

Abg. Frese (fr. Bgg.):
Wir werden in erster Linie für die Regierungsvorlage stimmen; sollte diese abgelehnt werden, so werden wir, um nicht mitzuhelfen, daß gar nichts zu stande kommt, für die Kommissionsfassung stimmen.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe:
Den Hinweis des Abg. Hauemann auf angebliche Äußerungen und Belletristen der maßgebenden Stelle weise ich mit Enttäuschung und Entschiedenheit zurück. (Bravo! rechts.) Die maßgebende Stelle steuert durchaus nicht auf einen Konflikt mit dem Reichstage hin. Die maßgebende Stelle ist stets von der Sorge für die Sicherheit des Reiches geleitet und sich ihrer Verantwortlichkeit durchaus bewußt. (Bravo! rechts.) Die Rede des Abgeordneten Hauemann war im Uebrigen eine Sammlung von Gemeinplätzen. Ich kann ihm nur bringen rathen, sich den Abgeordneten Langinger zum Muster zu nehmen. (Weiterheit rechts; lang andauernde Unruhe links.)

Abg. Bebel (Soz.):
Es war bisher nicht die Gepflogenheit der Sozialdemokratie, bei Spezialordnungen der Armee- und Marinevorlagen das Wort

zu ergreifen. Wir hatten allerdings anfangs die Absicht, vor diesem Grundsatze abzuweichen, weil auch wir der Ansicht waren, daß in sehr hohen Grade die Tendenz besteht, Konflikte mit dem Reichstag herbeizuführen, daß die erste Abstimmung über den uns jetzt vorliegenden Paragraphen bemittelt werden würde, den Reichstag nach Hause zu schicken. Nachdem wir aber heute von verschiedenen Rednern der Majoritätspartei die Erklärung gehört haben, daß wir sicher einer dritten Lesung dieser Vorlage in diesem Hause entgegengehen, sind wir zu dem Entschluß gekommen, unsere Ausführungen für diese dritte Lesung uns aufzusparen, weil wir dann in weit freierer und ausgiebiger Weise, als es sonst bei der freiesten Handhabung der Geschäftsordnung möglich ist, unseren grundsätzlichen Standpunkt zu der Vorlage darlegen können. Was unsere Stellung zur Abstimmung betrifft, so wird meine Fraktion in erster Linie gegen die Regierungsvorlage, in zweiter Linie aber auch gegen die Kommissionsvorlage stimmen (hört! hört! rechts), und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil wir der Meinung sind, daß das Wettrennen zwischen den Großstaaten Europa's auf dem Gebiete der militärischen Rüstungen endlich ein Ende nehmen muß, und daß wenigstens in einem Parlament gegen ein solches Treiben mit aller Energie Stimmen laut werden müssen. Das Volk hat kein Verlangen, noch mehr Opfer persönlicher und materieller Art als bisher für die Armee zu tragen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, werden wir unsere Abstimmung einrichten. Bei der dritten Lesung werden wir das Weitere sehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Goltz
weist die Angriffe des Abg. Richter auf seine Person zurück und bestreitet, freudige Ueberraschung im Gesicht gehabt zu haben, als die Kommission ein so weites Entgegenkommen bewies. Er habe sich nur über die Fortschritte gefreut, die die Vorlage in der Kommission gemacht habe. Auf die Zustimmung des Abg. Richter habe er allerdings nie gerechnet. Der Beweis werde nie gebracht werden können, daß in seiner Stimmung erst in der Kommissionsitzung eine Wandlung eingetreten sei.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antif.):
Meine politischen Freunde sehen die Kommissionsbeschlüsse als gänzlich unzureichend an und werden für die ursprüngliche Vorlage stimmen. Der Abstrich der 7000 Mann ist sachlich nicht begründet, sondern ein Akt der Willkür. Es wird dadurch erschwert, den Grenzbataillonen die notwendige Stärke zu geben, und den Bataillonen im Innern diejenige Kopfzahl im Frieden zu belassen, die sie befähigt, für den Krieg ausreichend vorbereitet zu werden. Auf einen Antrag auf Deduktion der Kosten im mittelstandsfreundlichen Sinne verzichten wir, um nicht den Vorwurf des billigen Hakens nach Popularität auf uns zu laden. (Große Weiterheit links.) An dem vielen Lachen erkenne ich den Abg. Knörke. Lachen Sie, bitte noch lauter, Herr Knörke! Aus nationalen Gründen im Hinblick auf die erste Weillage werden wir für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen. Wir hegen das Vertrauen zu der Regierung, daß sie ihrerseits auf diesem Standpunkt stehen bleibt. Sollte sie im letzten Augenblick kehrt machen, so werden wir dennoch gegen jede Abänderung stimmen. Wir haben keine Veranlassung, die Schwankungen mitzumachen. Damit schließt die Debatte.

Abg. Hauemann (südd. Bp.) (persönlich):
Der Herr Reichskanzler hat mich mit einer Erklärung beehrt und mir vorgelesen, ich hätte Gemeinplätze gesprochen. Ich bin der Ansicht, wenn eine Auflösung in Frage kommt, dann haben die Volksvertreter die Verpflichtung, möglichst gemeinsinnlich zu reden. Im Uebrigen entnehme ich seiner Erklärung, bezüglich der Belletristen der maßgebenden Stelle, daß ich richtig verstanden worden bin.

Abg. Richter (fr. Bp.)
erwidert dem Kriegsminister, er könnte doch wissen, daß er einer Vorlage von viel größerer Tragweite als die vorliegende zugestimmt habe.

Die Abstimmung über die Forderung der Regierungsvorlage ist auf Antrag des Abg. v. Bismarck-Wohlen eine **namentliche**.

Die **Präsenzliste von 502 506** wird mit **209 Stimmen gegen 141 Stimmen abgelehnt**. Dafür stimmen die Konservativen, die Reichspartei, die Nationalliberalen mit Ausnahme des Hospitanten Schwarz-München, die Freisinnige Vereinigung mit Ausnahme der Abgg. Dr. Hänel und Riff, die Antisemiten, sowie die Abgg. Ahlwardt, Fürst Bismarck, Smalaks und andere konservative Wilde.

Auch die **Präsenzliste**, wie sie nach den Beschlüssen der Kommission festgesetzt worden ist, wird gegen die Stimmen des Zentrums und einiger Mitglieder der freisinnigen Vereinigung **abgelehnt**.

Damit ist der **ganze § 2 abgelehnt**.
Im § 3 wird die Zahl der in die einzelnen Truppengattungen entfallenden Einheiten festgesetzt. Statt 482 Eskadrons bei der Kavallerie beantragt die Kommission, hier nur 465 Eskadrons zu bewilligen, außerdem aber 17 Eskadrons Jäger zu Pferde (Waldreiter).

Abg. Graf v. Noen (L.) polemisiert gegen einen Bericht der „Allgemeinen Zeitung“, in dem gesagt war, die Konservativen hätten die Kavallerieformationen zu Fall gebracht.

Abg. Lieber (Z.) macht zur Geschäftsordnung darauf aufmerksam, daß der § 3 wie auch andere Paragraphen durch Ablehnung des § 2 gegenstandslos geworden sind.

Präsident **Graf v. Ballestrem** erkennt die Nichtigkeit dieser Ausführungen an.

Artikel II der Vorlage (Verlängerung der Geltungsdauer der zweijährigen Dienstzeit) und Artikel III (Geltung für Bayern und Württemberg nach Maßgabe der Militärkonvention) gelangen debattelos zur Annahme.

Die Novelle zum Reichs-Militärsgesetz wird hierauf ebenfalls debattelos angenommen.

Nächste Sitzung: **Donnerstag 1 Uhr**. Reste des Etats aus zweiter Lesung. **Dritte Verathung der Militärvorlage**. Schluß 6 1/2 Uhr.

Lokales.

Ueber die Mitarbeit der Frauen in der Waisenspflege

Sind in letzter Zeit zwei Kundgebungen veröffentlicht worden. Die städtische Waiserverwaltung hat es in einem den Gemeinde-Waisenträthen zugegangenen Rundschreiben als wünschenswerth bezeichnet, daß die Waisenträthe mehr als bisher Frauen zur Mithilfe heranziehen möchten, und der Berliner Frauenverein hat in einer an die städtische Waiserverwaltung gerichteten Eingabe gebeten, die Stellung der in der Waisenspflege thätigen Frauen so zu ordnen, daß die Pflegerinnen vollberechtigte Mitglieder der Waisenträthe werden. In dem Rundschreiben wird darüber gesagt, daß es unter rund 250 Waisenträthbezirken noch ca. 70 ohne Pflegerinnen gebe, und daß in ca. 80 anderen nur je eine Frau als Pflegerin thätig sei. Diese Lage ist berechtigt. Es giebt zwar auch eine Anzahl Waisenträthbezirke, in denen drei oder mehr Pflegerinnen thätig sind, ja der letzte Jahrgang der Personalnachweisung der Berliner Gemeindeverwaltung führt sogar in fünf Bezirken je sechs Pflegerinnen und in drei je sieben auf; aber im Ganzen waren, nach der Personalnachweisung, im Jahre 1898 unter 248 Bezirken 72 ohne Pflegerinnen, während die übrigen 174 Bezirke zusammen nur 382 Pflegerinnen hatten. Die jetzt erfolgte Mahnung an die Waisenträthe, von ihrer Befähigung zur Zuziehung von Frauen mehr als bisher Gebrauch zu machen, war um so notwendiger, da das weibliche Element in den Waisenträthen seit einer Reihe von Jahren immer mehr zurückgetreten ist. Ende 1890 waren in den Waisenträthen 859 weibliche und 756 männliche Personen thätig. Bis 1887 stieg die Zahl der weiblichen auf 454, die der männlichen auf 1112; bis 1888 aber fiel die der weiblichen (unter mehrfachen Schwankungen) auf 362, während die der männlichen weiter bis auf 1517 stieg. Es kam also 1880 eine Frau auf etwa 2 Männer, 1898 aber eine Frau erst auf

etwa 4 Männer. Die Zurückdrängung des weiblichen Elementes kann auf die Abneigung vieler männlicher Mitglieder, der gegen die Mitarbeit von Frauen zurückzuführen sein, sie kann aber auch daran liegen, daß überhaupt ein Mangel an dazu geeigneten Frauen herrscht. Zu diesem Mangel gehört nicht bloß Zeit, an der es wenigstens in den wohlhabenderen Stadtbezirken den meisten Frauen nicht fehlt, sondern auch Lust und Befähigung. Vielleicht würden sich eine größere Zahl brauchbarer Frauen bereit finden lassen, in die Waisenträthe einzutreten, wenn man sie nicht mehr als nur beratende Mitglieder gelten ließe und als bloße Dekoration bemittelt, sondern ihnen mit dem Stimmrecht die Gleichberechtigung mit den Männern gewährte, die in der Eingabe des Frauenvereins gefordert wird. Die gegenwärtig in den Waisenträthen sitzenden Frauen sind zu einem auffällig großen Theile die Frauen oder sonstigen weiblichen Angehörigen der männlichen Waisenträthmitglieder. Das dürfte wohl dazu beitragen, den Einfluß des weiblichen Elementes noch mehr herabzumindern. — Wichtig ist auch die Thätigkeit der Frauen in den Waisenträthen ist übrigens ihre Zuziehung auch zu den Armenkommissionen. Die Waisenträthe können zu ihren Pflichten ohnehin nur wenig sein (wenn sie überhaupt jemals zu sehen bekommen), während dagegen die Armenkommissionen in beständigem Verkehr mit den Armen stehen. Es sind aber unter den städtischen Armenempfängerinnen über 20 000 weibliche. Wenn man sich der Klagen weiblicher Arbeiter über die Behandlung durch Armenkommissionsmitglieder erinnert, dann muß man in der That wünschen, daß auch zu den Armenkommissionen Frauen zugezogen werden. Leider ist es von diesem Plan in der letzten Zeit wieder recht still geworden.

Die zur Wahl umgehenden Sozialdemokraten, die im Juni 1898 durch die Spalten des „Reichsboten“ gingen und jetzt in der „Freisinnigen Zeitung“ in der besonderen Spielart der eine falsche Wohnung angegebenden Sozialdemokraten von neuem aufgetaucht sind, haben vor mehreren Jahren auch die Stadtverordneten-Versammlung kurz beschäftigt. Damals haben sie dazu herhalten müssen, die Schulnot, die bei nahe in allen Theilen Berlins eine dauernde ist, in manchen Stadtbezirken aber zeitweise besonders stark auftritt, auf bequeme Manier zu erklären. Am 31. Oktober 1895 wurde über einen Antrag Vorgmann und Genossen, betreffend die fliegenden Klassen an den Gemeindeschulen vor dem Frankfurter Thore, in der Stadtverordneten-Versammlung verhandelt. Dabei gab Herr Kreiting (der als Stadtverordneter sein Mandat dem Vertrauen von 27 Wählern der von der Geldaristokratie beherrschten ersten Abtheilung verlor, aber bei den Reichstagswahlen als „Volksmann“ um die Stimmen der kleinen Leute wirbt) nach Ausweis des amtlichen stenographischen Berichtes folgende Weisheit zum Besten: „Die fliegenden Klassen sind leider manchmal in verschiedenen Gegenden nothwendig, weil eine unerwartete Frequenz dort eintritt. Wir können ja nach und nach wissen wie das kommt. Wenn politische Wahlen oder Kommunalwahlen stattfinden, dann wird an der Stelle, wo gewählt werden soll, immer ein ungeheurer Schulbedarf vorhanden sein.“

Spreewälder-Ammen. Zu diesem Kapitel schreibt uns ein Parteigenosse: Der Genosse Bebel erinnerte bekanntlich am Donnerstag in seiner lex Heinze-Rede im Reichstage an die „ganz bekannten Zustände im Spreewalde“, nämlich daß die jungen Männer ihre hier in Berlin als Ammen dienenden Landmännchen erst heirathen, nachdem diese sich zwei bis drei Mal als Amme verdingt und durch dieses Gewerbe die nötigen Mittel zur Gausstandsgründung erworben haben. Ich kann nicht umhin, diese „Thatfache“ richtig zu stellen. Jeder Nichtleser des Spreewaldes muß nach Bebel's Äußerung annehmen, daß so ziemlich alle verheiratheten Spreewälderinnen hier in Berlin einmal Amme waren, was niemand behaupten wird, der die Verhältnisse im Spreewalde kennt; denn die Gesamtzahl der Spreewaldbevölkerung ist im Verhältnis zur großen Armee der in Berlin konditionirenden sogenannten „Spreewälder Ammen“ nur eine sehr geringe zu nennen. Die meisten Ammen“, welche in Berlin im Spreewälder-Kostüm sich breit machen, sind nicht aus dem Spreewalde, sondern stammen vielfach aus Schlesien und anderen Gegenden, müssen aber die Kleidung der Spreewälderinnen anlegen, weil ihre Herrschaften, die ohne Heuchelei nun einmal nicht leben können, es so haben wollen. Es ist modern in Berlin W, eine „Spreewälder Amme“ zu haben, eine Amme ohne Kostüm thut's nicht und es muß eine mit der kleidsamen Tracht aus dem Spreewalde sein. Damit kam man imponiren und täuschen! Der Genosse Bebel hat sich auch täuschen lassen. Ich will zugeben, daß einige wenige Proletarierinnen aus dem Spreewalde vor ihrer Verheirathung ein-, auch zwei- bis dreimal als Amme nach Berlin kommen, aber so allgemein wie der Genosse Bebel diese Thatfache hinstellte, ist sie keinesfalls. Ich kenne viele Leute im Spreewalde, darunter auch manche Arbeiterfamilie, welche den Antrag, daß eine der Ihrigen als Amme nach Berlin gehen soll, mit Entrüstung von sich weisen würden. — Ich glaube beweisen zu können, daß der Spreewald gar nicht so produktiv an Ammen ist, um damit ganz Berlin zu versorgen, und möchte zum Schluß noch bemerken, daß manches Mädchen, das uns auf den Straßen und im Thiergarten im Spreewaldkostüm begegnet, gar keine richtige Amme ist, sondern sehr häufig ein Kindermädchen, welches sich als Amme geben muß. Eine Bekannte von mir hatte vor Kurzem Gelegenheit, ein Gespräch mit einer solchen falschen Amme anzuknüpfen. Auf die Frage: „Sie sind wohl die Amme von dem Kleinen?“ antwortete das zierliche Ding: „Oh nein, so weit habe ich es noch nicht gebracht, ich bin nur das Kindermädchen!“

Der Einfender hat offenbar des Genossen Bebel Ausführungen im Reichstage gar nicht verstanden. Derselbe hat nicht behauptet, daß so ziemlich alle Spreewälderinnen Ammen würden, sondern daß die als Spreewälderinnen in Berlin bekannten Ammen vom Standpunkt der herrschenden Gesellschaft für die Nothwendigkeit eines Zustandes sprächen, den diese mit Hilfe der lex Heinze als „unmoralisch“ austrotten wolle. Wie viel solcher Ammen in Berlin in Stellung sind, und ob sie allesamt aus dem Spreewalde oder auch aus anderen Gegenden als Spreewälderinnen verleiht kommen, war für Bebel's Beweisführung gleichgiltig, er hat den Spreewälderinnen, die Ammen sind oder als solche gelten, daraus keinen Vorwurf gemacht.

Professor S. Steintal ist am Dienstag verstorben. Er gehörte seit 1850 der Berliner Universität an und hat auf dem Gebiete der Sprachphilosophie grundlegende Werke verfaßt.

Gerichtliche Einschätzung der Berliner Polizeijur. Das Erkenntniß, welches das Igl. Landgericht in der bekannten Klage des Polizeipräsidenten gegen Direktor Brahm wegen der im „Cyran von Bergerac“ verbotenen, am „Deutschen Theater“ aber dennoch gesprochenen Stellen, gefällt hat, liegt jetzt im Wortlaut vor. Wir entnehmen ihm die folgenden bemerkenswerthen Sätze: . . . Das Gericht ist nun weit entfernt davon, die in sitten- bezw. ordnungspolizeilichem Interesse geltend gemachten Bedenken des Polizeipräsidenten zu theilen, ist vielmehr der Meinung, daß die Beanstandung der in Rede stehenden Stellen des Stückes auf einen Mißgriff, hervorgerufen durch eine falsche Beurtheilung dessen, was gegen Sitten und öffentliche Ordnung im einzelnen Falle verstößt oder nicht verstößt, beruht. . . . Bei der Strafzumessung kam in Betracht, daß dies Verhalten des Igl. Polizeipräsidenten nach Lage der Sache nur als arger Mißgriff anzusehen ist, durch welchen der Angeklagte vor die Alternative gestellt war, entweder von der ganzen Aufführung Abstand zu nehmen, oder das Werk in mehr als nöthig veräußerlicher Form aufzuführen zu lassen, und daß er in dem berechtigten Bewußtsein gehandelt hat, die in Rede stehenden Stellen würden von dem Publikum nicht als gegen Ordnung oder gute Sitten verstoßend empfunden werden. . . . Daher ist für jede der drei Uebertretungen auf die geringst zulässige Strafe von 3 M. eventuell 1 Tag Haft, insgesamt auf 9 M. Geldstrafe eventuell 3 Tage Haft erkannt worden.

Arthur Schnitzler's Einakter aus der französischen Revolution „Der grüne Rakab“, der von der Berliner Zensur verboten worden war, und wegen dessen Freigabe die Klage

beim Ober-Verwaltungsgericht bereits angestrengt war, ist nach der Auffassung am Wiener Burg-Theater von der Direktion des „Deutschen Theaters“ nochmals in jener Einrichtung der Polizei überreicht worden, welche sich in Wien bewährt hat, und die Behörde hat sodann das Recht in dieser Form zur Ausführung frei gegeben, so daß „Der grüne Kadab“ zusammen mit zwei anderen Einacten von Arthur Schnitzler: „Die Gefährtin“ und „Paracelsus“ noch in dieser Spielzeit am „Deutschen Theater“ erscheinen kann.

Eine Petition um Einführung von Anhängen bei der elektrischen Straßenbahn, insbesondere in den Hauptverkehrsstunden Morgens und Abends, hat der Bezirksverein der Rosenthaler Vorstadt an den Magistrat zu richten beschloffen. Die Verkehrszustände werden in der Petition als äußerst mangelhafte geschildert.

Die demnuztrende „Kreuz-Zeitung“. Im Inseratenteil des „Vorwärts“ stand am Sonntag eine Todes-Anzeige in der bekannt gegeben wurde, daß der am 10. März verstorbene Gastwirt Karl Kurras in Schmödnitz auf seinen Wunsch in Gotha durch Feuer bestattet werde, daß aber die Trauerfeier am heutigen Mittwoch in der Schmödnitzer Kirche vor sich gehe.

Diese Mitteilung benutzte die „Kreuz-Zeitung“ zu folgender Demunziation:

„Da die Trauerfeier fünf Tage nach dem Ableben des Verstorbenen und in der Kirche stattfinden soll, scheint es sich um eine ganz besondere Feier zu handeln. Wie sie sich mit dem Verbot für die Geistlichen, an einer Feuerbestattung sich offiziell zu beteiligen, in Einklang bringen lassen würde, ist nicht verständlich. Weiteres bleibt daher abzuwarten.“

Das „Weiter“, das abzuwarten bleibt, dürfte im Falle des Erfolges der „Kreuz-Zeitung“-Demunziation darin bestehen, daß sich abermals verschiedene bisher noch fromme Christen entschieden von der Kirche abwenden. Uns kann es ja recht sein, wenn der Zeloteneifer des gottesfürchtigen Junkerblattes solche Erfolge hat.

Der Mangel an mechanischen Feuerwehrlern, den wir jüngst in Nr. 52 ernstlich gerügt haben, wird zu guterletzt auch von dem königlichen August der Berliner Presse, der „Deutschen Tageszeitung“, den Stadtvätern gründlich vorgehalten. Das Agrarierblatt wettet in seiner gestrigen Abendausgabe: Zur Verherrlichung der todtten Revolutionäre im Friedrichshain läme es ihnen vielleicht auf eine Million nicht an, für die Sicherheit der Bürgerschaft und des Feuerwehrcorps ist nur wenig Geld übrig! Wozu ist denn aber das Oberpräsidium von Potsdam Aufsichtsbehörde über die Berliner städtischen Behörden?

Es ist nicht sehr gewöhnlich von dem Agrarierblatt, daß es mit der Million um sich wirft, die in späteren Tagen „vielleicht“ verwendet werden könnte, wo es doch aus der jüngeren Vergangenheit Hunderttausende zur Hand hat, die von der liberalen Stadtväterchaft ganz bombastischer unnütz verpulvert worden sind. Warum führt die „Deutsche Tageszeitung“ nicht die städtischen Summen von Steuergrößen an, die der Magistrat bei der Jentenaerfeier, beim Einzug des Königs von Italien u. s. w. hat in die Kasse flattern lassen?

Die hiesige Ober-Postdirektion schreibt: Von dem Thäter, der in der Nacht zum 12. Februar 2 Wunde mit 64 Einschreibriefen im Bereiche der hiesigen Ober-Postdirektion entwendet hat, fehlt noch immer jede Spur. Auf die Ermittlung des Thäters hat die Ober-Postdirektion eine Belohnung von 800 M. gesetzt. Verzeichnisse des in den Briefen enthaltenen gewissen Wertinhalts liegen zur Einsichtnahme bei den hiesigen Postanstalten aus.

Raubmordversuch. Ein abgefeimtes Verbrechen verübte gestern Nachmittag um 3 Uhr der dreißigjährige Arbeiter Mittag an der 68 Jahre alten Frau Brudach, die ihrem Sohne, dem Tischler Brudach im Quergebäude des Hauses Ritterstraße 110 das Hauswesen führt. Mittag hatte einige Zeit bei Brudach in Schlafstelle gelegen und war am 5. März bei der Polizei abgemeldet worden. Gestern Nachmittag war die alte Mutter mit ihrem dreijährigen Enkel, dem einzigen Kinde ihres Sohnes, allein in der Wohnung, als der frühere Schlafburke Einlaß begehrte. Ihn wurde ahnungslos die Thür geöffnet. Nach kurzer Zeit kam das Kind mit blutüberströmtem Gesicht schreitend zu einer Nachbarin gelaufen und bat sie, daß sie doch der Großmutter das Blut abwischen möchte; der Herr Mittag habe sie geschlagen. Als nunmehr Bewohner des Hauses in die Brudach'sche Wohnung geeilt waren, fanden sie die Frau leblos aus mehreren Kopfwunden blutend auf dem Fußboden liegen; die Verletzungen mußten ihr mit einem scharfen Schlaginstrument beigebracht sein. Auch das Kind hatte mehrere Schläge, wenn auch milder gefährlicher Natur, erhalten. In der Wohnung fehlte die Regulatoruhr, die der Thäter, als er entdeckt zu werden fürchtete, schnell von der Wand genommen hatte und damit zum Hause hinaus geeilt war. Er ist entkommen; wenigstens hat die Polizei gestern Abend seiner nicht habhaft werden können.

Großmutter und Kind wurden von einem aus der Unfallstation herbeigeholten Arzt verbunden und dann auf Anordnung der mittlerweile zur Stelle gekommenen Polizeibeamten in das Krankenhaus am Urban befördert. Den Tischler Brudach holte ein Radfahrer von seiner in der Cuhrystraße befindlichen Arbeitsstätte; als er sich von der ersten Bestätigung erholt hatte, gab er den Beamten ein Signalement des Thäters.

Ueber neue Theaterbauten wird berichtet: Die Errichtung eines neuen Volkstheaters für den Gesundbrunnen ist in Aussicht genommen. Es soll zu diesem Behufe die vor einiger Zeit geschlossene städtische Markthalle auf dem Gesundbrunnen, die gegenwärtig parzellenweise zu Verkaufszwecken vermietet wird, erworben und entsprechend umgebaut werden. — Auch ein neues Variété-Theater dürfte in diesem Herbst eröffnet werden. Dasselbe wird auf einem großen Terrain in der Köpenicker Straße nahe der Michaelisstraße errichtet und soll einen Zuschauerraum für 1500 Personen erhalten.

In einem Anfälle von Geisteskrankheit hat der 44 Jahre alte Kaufmann Louis Reismann aus der Vishoffstr. 21 Hand an sich gelegt. Reismann, der aus Danzig stammt, vertrat hier ein großes Geschäftshaus. Durch Patentangelegenheiten hatte er große Geldverluste. Die Folge war ein Kränkeln, gegen das er schon längere Zeit ärztliche Hilfe gebrauchte. Das Leiden bildete sich zu Verfolgungswahn aus, und der Unglückliche klagte oft bei heftigen Anfällen, daß er Höllenqualen ausstehen müsse. Montag Abend nahm er von den Willen, die ihm der Arzt zur Verhütung verschrieben hatte, viel mehr, als er sollte. Die Wirthin merkte daran schon, daß Reismann wieder einen Anfall bekommen hatte, nahm aber sonst nichts Auffallendes wahr. Gestern Morgen wartete sie vergeblich auf das Zeichen, daß sie den Kaffee bringen sollte. Durch das Schließelock sah sie dann, daß ihr Miether sich mit seinem Handtuch an einem Bettposten erhängt hatte. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

Zwei Selbstmordversuche machte vorgestern Nachmittag kurz hinter einander der 30 Jahre alte Rödelpolitzer Albert L., der bei seiner 53 jährigen Mutter in der Polenerstr. 20 wohnt. L. ist ein Gewohnheitstrinker und hat in den letzten anderthalb Jahren schon wiederholt am Säuerwahn gelitten. Gestern Nachmittag gegen 4 Uhr hörten die Hausgenossen Frau L. um Hilfe rufen. Mehrere Frauen liefen zu ihr in dem Glauben, daß ihr Sohn sie mißhandelt. Dieser hatte sich jedoch erhängt. Von den Frauen abgesehen, kam er bald wieder zu sich. Wenig später rief Frau L. abermals um Hilfe. Ihr Sohn hatte sich abermals aufgehängt und jetzt bereits das Bewußtsein verloren. Ein Kaufmann aus dem Hause schnitt ihn wieder ab und ließ ihn mit einem Ländchen Rettungswagen in ein Krankenhaus bringen.

Fahnenflüchtig geworden sind der Sergeant Matthias Grzmaz, vom 3. Garde-Regiment z. F. und der Grenadier August Müller vom 3. Garde-Regiment z. F.

Der Arbeiter August Laubisch, der vor acht Tagen hinter dem Hause Dänzigerstraße 78 auf den Anaben Wegener schoß, hat sich im Untersuchungs-Gefängnis erhängt.

Auf Veranlassung seines Onkels und Vormundes, des Hitters Herzl von Herzberg verhaftet wurde gestern Abend um 9 Uhr der ehemalige österreichische Offizier Oskar Korbert. Die Verhaftung wurde von der Berliner Kriminalpolizei auf Requisition der Wiener Staatsanwaltschaft bewirkt. Korbert wird der versuchten Erpressung beschuldigt. Er wohnt Steinmetzstr. 26.

Nach einem Streite mit ihrem Geliebten ist die 18jährige Helene A. aus der Schönleinstr. Nr. 26 seit acht Tagen verschwunden. Das Mädchen hatte mit einem 23 Jahre alten Drechsler Arthur St. ein Liebesverhältnis, von dem die Mutter nichts wissen wollte. Am Mittwoch voriger Woche Abends gegen 7 Uhr traf sie den Geliebten in der Nähe der elterlichen Wohnung und gab ihm alle Geschenke zurück. Dann ging sie wieder zur Mutter hinauf, verließ jedoch nach einer halben Stunde die Wohnung und hat seit dem nichts mehr von sich hören lassen.

Marktpreise von Berlin. 13. März 1899. (Nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums.) Weizen 15,80—14,70 M., Roggen 14,00 bis 13,40 M., Futter-Gerste 13,10—12,70 M., ermittelt pro Tonne von der Zentralstelle der preuß. Landwirtschaftskammer — Notirungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelzentner. Hafer, gute Sorte 13,20—14,70 M., Mittel-Sorte 14,60 bis 14,00 M., geringe Sorte 13,00—13,80 M., Richtstroh 0,00—0,00 M., Heu 0,00—0,00 M., Erbsen, gelbe zum Kochen 40,00—25,00 M., Speisebohnen, weiße, 50,00—25,00 M., Linsen 70,00—30,00 M. — Kleinhandelspreise. Kartoffeln 6,00—4,00 M. Alles p. 100 Kilogr. — Rindfleisch von der Keule 1,60—1,20 M., Rindfleisch, Baufleisch 1,20—1,00 M., Schweinefleisch 1,60—1,20 M., Kalbfleisch 1,60—1,00 M., Hammelfleisch 1,60 bis 1,00 M., Butter 2,60 bis 2,00 M. Alles per 1 Kilogr. Eier 4,00 bis 2,40 M. pr. 60 Stück. Karpen 2,20 bis 1,20 M., Kalle 3,00 bis 1,00 M., Zander 2,60 bis 1,60 M., Hechte 1,80 bis 1,00 M., Wäsche 1,80 bis 0,90 M., Schleie 2,80 bis 1,20 M., Bleie 1,40 bis 0,80 M. Alles per 1 Kilogr. Aerdje 12,00 bis 4,00 M. pr. 60 Stück.

Spiritus stellte sich trotz der Februarstatistik um 50 Pf. höher, da Hamburg ihre heute gemachten Anstellungen akzeptierte und so wieder kaufte. Spiritus loco ohne Faß mit 70 M. Abgabe ist heute von den Kurmaltern mit 40,5 M. gehandelt worden. 50er Spiritus kam nicht zum Anschlag. — Kartoffelstärke und Mehl März-Vieferung 30,50 M., feuchte Stärke 10,80 M. Verlin's Getreide- und Mehlzuzuführen zu Wasser vom 13. März Mittags bis 14. März Mittags betragen 70 T. Roggen, 466 T. Hafer, 1164 T. Mais, 1152 dz Weizenmehl.

Dritter Wahlkreis. Nächsten Sonntag findet der Besuch der Treptower Sternwarte statt. Die Vorträge sind auf 5 und 7 Uhr festgesetzt. Treffpunkt ist das Lokal des Herrn Ludwig (früher Jakob), Ausschank der Berliner Wodbrauerei, an der Köpenicker Landstraße. Einige Willeis sind noch bei Gottfried Schulz, Zigarrengeschäft am Rotbuser Thor, zu haben.

Aus den Nachbarorten.

Kommunalwähler Rixdorf's! Wähler der III. Abtheilung! Heute habt Ihr zu entscheiden, ob Ihr durch Sozialdemokraten, das heißt durch wahre Volksmänner, in der neuen Stadtverordneten-Versammlung vertreten sein wollt, oder durch Leute, denen der soziale Gedanke ein Grauel ist. Thut ein jeder, der dem Fortschritt huldigt und Leiblichem wie geistigem Genuß feind ist, seine Pflicht, dann werden wir heute Abend in der Versammlung im Apollo-Theater verkünden können, daß Rixdorf 16 sozialdemokratische Stadtverordnete hat. Also, auf den Posten! Und verlasse sich niemand darauf, daß er noch kurz vor 6 Uhr zurecht komme. Wer es nur irgend möglich machen kann, muß im Laufe des Tages wachen, so daß Raum und Zeit bleibt für die, denen es durchaus unmöglich ist, früher abzukommen. Wir bitten dringend, dies zu beherzigen. Der Schluß der Wahlhandlung ist auf 6 Uhr Abends angesetzt. Das sozialdemokratische Wahlomitee.

Arbeiter Schönebergs! Ein Mißstand von ganz besonderer Art ist das Fehlen eines Krankenhauses in unserer Stadt. Nach dem Abkommen unserer Stadtverwaltung mit dem Kreise Teltow stehen uns in Bries und Lichterfelde je 38 Betten zur Verfügung. Diesen Mißstand zu beheben resp. zu beseitigen, ist der Zweck einer Volksversammlung, die heute Abend in der Schloßbrauerei stattfindet. Alle Frauen und Männer Schönebergs haben zu erscheinen. (Siehe auch Inserat von gestern.)

In Stralau-Nummelsburg findet am 18. März, Abends 8 Uhr, bei Schoner, Neu-Neuland, eine Volksversammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen über die Bedeutung des Tages einen Vortrag halten wird. Die Parteigenossen wollen fleißig für diese Versammlung agitiren.

Der Vertrauensmann.

Rixdorf. In der letzten Sitzung der Gemeinde-Vertretung erklärte zunächst Herr Ortsvorsteher Voddin für sich und die Herren Vöhrner, Abraham und Weigand, daß sie einer Konzession des „Berliner Tageblatt“ wünschig sind zum Bürgermeister, Stadtrath und Stadtbaurath gewählt werden sollten, völlig fernstünden. — In Sachen der Verbreiterung der Prinz-Handjersstraße an der Ecke der Bergstraße soll nochmals ein Vergleich mit einigen Besitzern erstrebt werden. Justizrath Vöhrner erwidert darauf, die Nachtrags-Verträge mit der Großen Berliner Straßenbahn und der Südlichen Vorortbahn zu genehmigen. Von den Neuerungen ist hervorzuheben: Der Vertrag über die nach Treptow projektirte Strecke enthält die Bestimmung, daß die Strecke erst dann ausgebaut werden solle, wenn es gelinge, eine Unterführung unter der Götlicher Bahn herbeizuführen. Hier ist hinzugefügt worden: Ist die Bahn nach Treptow bis zum 1. Januar 1903 nicht hergestellt, so ist die Zustimmung der Gemeinde Rixdorf zur Anlage der Bahn zu erlösen. In den Vertrag über die Vorort-Ringbahn ist statt allgemeiner Redensarten betreffs des Fahrpreises neu aufgenommen worden, daß der Fahrpreis 10 Pf. betragen solle für die Strecke von jedem Punkte innerhalb Rixdorfs einerseits bis Tempelhof (über Bries), andererseits bis Schöneberg (über den Vöhrnerplatz). Die Strecken müssen zweigleisig ausgebaut werden. Der Betrieb wird ein elektrischer sein. Infolge einer Personalunion übernimmt die Große Berliner Straßenbahn die Verpflichtung, als Weichbahn die Brücke über den Kanal im Zuge der Grünauerstraße 30 000 M. an Rixdorf zu zahlen. Die Linie Hermannstraße—Mariendorfer Weg (Gemeindefriedhof) ist gesichert, die Unternehmerin wünscht aber in den ersten zehn Jahren von besonderen Abgaben befreit zu sein. Die Nachtragsverträge werden genehmigt. Ferner stimmte man dem Vorschlage der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft zu, die Linie Bries—Vöhrnerplatz möglichst schon vom Juni oder Juli dieses Jahres ab elektrisch zu betreiben und sie bis zum Sommer 1900 über den Hade'schen Markt bis zur Schulstraße zu verlängern. Die Versammlung genehmigte dann eine Reihe von Etats-überführungen und deren Ausgleich durch den Ueberbruch aus Kanalinationsbeiträgen, worauf über die Uebernahme der Kosten für die Sicherheitspolizei verhandelt wurde. Gemeindevorsteher Voddin theilte hierzu folgendes mit. Der Minister habe es genehmigt, daß bis zur Einführung der königlichen Polizei die Gendarmarie im Orte bleibe. Es sei indessen von ihm verlangt worden, daß sich die Gemeindevertretung in rechtsverbindlicher Form verpflichte, die Kosten, die auf 40 000 M. jährlich geschätzt seien, zu übernehmen. Durch eine Petition habe er, Voddin, eine Herabsetzung dieses Betrages auf 21 000 M. erzielt. Da vom 1. April ab 1500 M. für Kriminalbeamte in Wegfall kommen, ermächtigt sich der Betrag auf 15 500 M. Die Gemeindevertretung erklärte sich mit der Leistung dieser Summe für die Zeit bis zur Einführung der königlichen Polizei einverstanden. — Nach einer Mitteilung des Gemeindevorstehers bietet der Ortsvoranschlag für das erste Etatsjahr der Stadt Rixdorf dasselbe Bild wie der letzte Etat, obwohl alles berücksichtigt sei, was Rixdorfs Erhebung zur Stadt und sein Auscheiden aus dem Kreise erfordert. Wahrscheinlich wird noch eine Sitzung der Gemeindevertretung stattfinden.

In Schöneberg haben die Hausgrazier in gewohnter Bescheidenheit die Abschaffung der Wochenmärkte verlangt, damit sie ihre Läden theurer vermischen könnten. Gegen diese Agitation wendet man sich jetzt auch in bürgerlichen Kreisen. Im Bezirksverein I wurde folgende Resolution gefaßt: „Die Verschärfung erblickt in der von einem Theile der Bürgerchaft angestrebten Abschaffung der Wochenmärkte eine Schädigung der Gemeinde-Interessen und erucht die städtischen Körperschaften für die Erhaltung der Märkte und damit einer wichtigen städtischen Einnahmequelle einzutreten; indessen möge man städtischerseits die Frage erwägen, ob nicht eine durchgreifendere Kontrolle der Nahrungsmittel und eine Verhinderung der marktfähigen Artikel sich durchführen ließe.“

Neue Zwangsinnungen. Eine Zwangsinnung für das Kleiderhandwerk soll im Bezirk der Gemeinden Steglitz, Groß-Lichterfelde, Friedenau, Deutsch-Wilmersdorf, Schmargendorf, Tempelhof, Mariendorf, Lantwiz, Grunewald und Dahlem errichtet werden. Eine Zwangsinnung für die Schuhmacher wird für Steglitz, Friedenau, Deutsch-Wilmersdorf, Schmargendorf, Zehlendorf, Groß-Lichterfelde, Lantwiz und Mariendorf verlangt. Für das Schiffergewerbe soll eine Zwangsinnung im Bezirk der Gemeinden Gallun, Rogen, Al.-Westen, Gräbendorf, Groß-Borsich, Königs-Lustenhäuser, Sonzig, Voeg, Jendow, Zeuthen, Schmödnitz und Mittenwalde errichtet werden. Kommissar der Regierung für sämtliche drei Innungen ist der Landrath des Kreises Teltow, Herr Stubenrauch. Erklärungen der betheiligten selbstständigen Handwerker für oder gegen die Errichtung der Zwangsinnungen sind vom 20. März bis zum 4. April von 9—2 Uhr im Reichshaus zu Berlin, Viktoriapl. 18, Zimmer 15, abzugeben.

Einen tödtlichen Ausgang hat der Radfahrer-Unfall genommen, über den wir aus Charlottenburg berichteten. Der Kaufmann Albert Grund (nicht Grimm, wie er gestern irrtümlich genannt wurde), der beim Einbiegen von der Bismarck- in die Wilmersdorferstraße stürzte und mit dem Kopfe gegen die eiserne Umzäunung eines Baumes slog, ist im Charlottenburger Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Zum Rühl'schen Mord. Gestern berichteten wir aus Breslau, daß sich dort ein junger Buchhandlungsgehilfe Arthur Gittner vor der Polizei eines Mordes selbst bezichtigte. Danach ist er — so lautet ein näherer Bericht in Breslauer Blättern — von Berlin nach Spandau gefahren, um sich diese Stadt anzusehen. Hier hat er bis spät Abends zahlreiche Anzeigen besucht und begab sich dann zu Fuß auf den Weg nach Berlin. Auch unterwegs will er verschiedene, an der Chaussee befindlichen Restaurationslokale Besuche abgestattet haben. Als er sich dann endlich auf den Heimweg machte, gewahrte er, daß sein Geld zu Ende gegangen war, und da will ihm plötzlich der Gedanke durch den Kopf geschossen sein, jemanden zu erschlagen und sich dessen Geld anzueignen. Von Berlin her kam ihm zu dieser Zeit ein Leiterwagen entgegen, dessen Führer schlief. Da will er von hinten auf den Wagen gestiegen sein und eine auf demselben liegende Kadebade ergriffen haben, mit der er dem Schlafenden den Schädel einschlug. In einer Laune fand er bei dem sofort Verstorbenen ein Portemonnaie mit 4,50 Mark, das er sich aneignete. Dann begab er sich nach Berlin, wo er bei einem Verlagsbuchhändler Stellung hatte. Nur machte er noch die Angabe, seinem Prinzipal im Laufe des verfloffenen Monats größere Summen unterzulegen und die Unterschlagungen durch falsche Buchungen gedeckt zu haben. Als er am 1. d. M. seine Stelle verlor, begab er sich zunächst nach Waldenburg zu seiner Mutter und von da nach Breslau. Da ihn sein Gewissen forgesetzt peinigte, stellte er sich freiwillig der Polizei. Aus den Zeitungen will er bald nach der angeblich von ihm begangenen Mordthat erfahren haben, daß der Erschlagene ein Buchhändler aus Spandau gewesen sei. — Ob die furchtbare Selbstbeschuldigung des 21 Jahre alten Renschen auf Wahrheit beruht, muß erst festgestellt werden. Die Breslauer Polizeibehörde hat die Polizeibehörde in Spandau telegraphisch von der Festnahme und dem Geständnis in Kenntniß gesetzt. Bei dem Verhafteten, einem kleinen, schwächlichen Menschen, fand sich ein scharfgeladener Revolver vor.

Vermischtes.

Aus Görlitz wird berichtet, daß gestern Vormittag die Dextrin-fabrik von Diegel u. Ko. in Landau theilweise niedergebrannt ist. Acht Personen erlitten Brandwunden, mehrere wurden lebensgefährlich verletzt.

Auf der Fische Viktoria bei Wittfeld im Kreise Siegen stürzte gestern der Fischebort 190 Meter tief in den Schacht. Drei Bergleute wurden getödtet, einer schwer verletzt.

Giechbahnunfall. Montag Nachmittag stieß auf dem Bahnhof in Rippes ein einfahrender Güterzug infolge falscher Weichenstellung auf einen dort haltenden aus Maschine und Pochwagen bestehenden Lokalzug. Personen wurden nicht verletzt. Beide Maschinen sowie der Pochwagen des Lokalzuges wurden beschädigt. Der Verkehr ist nicht gestört.

Kampf gegen das Fahrrad. Die Bürgerchaft in Lübeck nahm eine Fahrradsteuer an, und zwar für Zugräder 6 M., für gewerbliche 3 M.

Der Einbrecher, der im Januar zu Breslau einen Aufsehen erregenden Einbruch in das Ahren- und Goldwaarengeschäft von Müller verübt hat, bei dem ihm für 10 000 M. Werthsachen anfielen, ist dingfest gemacht worden. Der Dieb ist der Buchdrucker Oswald Lache. Bei seiner Verhaftung fanden sich noch eine große Menge Ringe und Uhren, die von dem Bestohlenen als sein Eigenthum erlauft worden sind, in seinem Besitz. Lache steht übrigens auch im Verdacht des Ringverbrechens.

Opfer des Schneesturmes. Aus Kosta wird geschrieben: Am Nachmittag des 7. März zogen drei Arbeiter, ein Deutscher, ein Franzose und ein Italiener, von Bourg-St. Pierre über den Großen St. Bernhard nach Italien. Die Namen des Deutschen und des Franzosen sind nicht bekannt. Der Italiener ist der Weber Cipriano Signa aus Biella. Nicht weit vom Hospiz wurden die drei Wanderer vom Schneesturm überrascht und mußten Halt machen. Unglücklicherweise wurden sie bald darauf von Schloßfucht, einer Vegetationsercheinung der „Vergräntheit“, befallen, die in den meisten Fällen den Tod herbeiführt, wenn sie nicht energisch bekämpft wird. Von Bourg-St. Pierre hatte man inzwischen das Hospiz telephonisch benachrichtigt, daß drei Wanderer unterwegs seien; man schickte ihnen „Ketter“ mit Spätkunden entgegen, welche die drei unglücklichen, halb erfrorenen Arbeiter im Schnee entdeckten. Der Deutsche starb auf dem Transport zum Hospiz; der Franzose wurde in die „Cantina Svizzera“ gebracht, wo er gleichfalls gestorben ist. Signa blieb bis zum 9. März auf dem St. Bernhard und wurde an diesem Tage in das Krankenhaus von Kosta geschafft, wo er schwer krank darniederliegt.

Aus der französischen Fremdenlegion. Wie die Blätter aus Oran melden, sind zwei Soldaten des 2. Regiments der Fremdenlegion, Auhn und Sejenki, welche die Strohdächer ihrer Gefängniszelle in Brand gesteckt hatten, vom Kriegsgerichte zum Tode verurtheilt worden.

Witterungsübersicht vom 14. März 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mit	Wind- richtung	Windstärk	Wetter	Temp. u. G. u. C.	Stationen	Barometer hohes mit	Wind- richtung	Windstärk	Wetter	Temp. u. G. u. C.
Swinemünde	774	SB	2	hls. beb.	4	Danzwanda	761	SO	2	bedekt	-14
Hamburg	776	SB	2	wolkenl.	3	Petersburg	761	SB	2	bedekt	-6
Berlin	776	SB	2	wolfg.	4	Kort	777	SB	2	bedekt	9
Biesbaden	775	SB	1	wolkenl.	3	Aberdeen	771	SB	1	wolfg.	11
München	774	SB	2	heiter	0	Paris	774	R	2	wolkenl.	3
Wien	775	NRB	2	heiter	4						

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 15. März 1899.
Ein wenig wärmer, vielst. Witter., zeitweise wolfg. bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Inferum Sangesbruder
Wilhelm Böhm [05/7]
die herzlichste Gratulation zu seinem
heutigen Geburtstag.
Die Sangesbrüder d. Arb.-Gesangsvereins
Vorwärts 1 Süd-Ost.

Dem Knapphans Franz Längloh,
auch Geisler genannt,
zum Geburtstag viel Glück und sonst
allerhand.
Doch zugleich sei ihm herzlich Beileid
gesagt,
Dass durch's Unglück er's nur zum
Bittern gebracht.
Bergdinn sei's ihm, von nun an mehr
rauszufriden,
Um bald seine Ruhe als Rentier zu
finden. 1934b

Todes-Anzeige.
Den werthen Genossinnen und Ge-
nossen zur Nachricht, dass meine brave
Frau und unsere gute Mutter
Therese Pfeiffer,
geb. Reusch, verw. Sauer, am 13. d. Mts. verstorben ist. Die
Beerdigung findet am Donnerstag, den
16. d. Mts., Nachm. 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle der Welfenmänn-Gemeinde
(Nieder-Schönhausen) aus statt.
Erst Pfeiffer, Baderstr. 1, nach
Süd-Ost.

Dankagung.
Für die zahlreichen Beweise auf-
richtiger Anteilnahme und die überaus
zahlreichen Kranzspenden bei der Be-
erdigung meines lieben Vaters,
unseres guten Vaters und Schwieger-
vaters, des Schankwirts
Friedrich Rockendorf
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, sowie dem Gast- und
Schankwirts-Verein, dem „Schank-
klub“, der „Frisch gewagt“, der Kranken- und
Sterbehilfe der Tafelbier-Berliner,
insbesondere dem sog. Wahlverein des
4. Berliner Reichstags-Wahlkreises
Osten unsern innigsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen
Edw. V. Rockendorf nebst Kindern

Neudammer!
Verein ehemaliger Neu-
dammer tagt jeden Sonnabend
beim Landmann Franz Sabach,
Große Frankfurterstr. 96, Hof.
Aufnahme neuer Mitglieder.

Kranze aller Art und Schleifen
mit Widmung zum 18. März
empfiehlt das Blumengeschäft **Otto
Hinz**, Rosenkranzstr. 62/64.

Kranze 1135a
und Blumen empfiehlt
F. Jacobitz, Koppenstr. 46.
Warne Jaden, in Tochter Marie auf
meinen Namen etwas z. Borg., da ich
für nichts aufkomme. (1039b)
C. Wodtke, Reinickendorferstr. 11a.

Möbel,
Spiegel u. Polsterwaren
recht zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermstr.
Rixdorf, am Dörfel. (1000b)
**Hoffmann-
Pianos**
neuerbaut, Glanz, mit gelb-
ter Lack, in Holz u. Kupf.,
Bel. u. Holzpfl., mit 10/12/14/16
Klavier, gegen 2000, mit 20
Klavier, nach Wunsch, mit
Glocke (Klavier u. Kamin) groß
Berlin SW. 19, Leipzigerstr. 50.

**Anzüge nach Maß für
Herren u. Knaben**
Größe Auswahl in in- und aus-
ländischen Stoffen für Paletots,
Anzüge, Beinkleider etc. werden
unter Garantie des guten Zins
zu überaus billigen Preisen
schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft
bei **A. Karle**, Waldemarstr. 66.

Steppdecken
kauft man am
Besten und billigsten
nur direkt in der Fabrik
B. Strohmangel, Berlin S.,
72, Wall-Strasse 72,
wo auch alle Beden aufgearbeitet
werden. 1003b

Strick wolle, Pa., Sock-
strumpf 1,95, Herren-
strumpf 1/2, Dbd. 65 Pf., Damen-
strumpf 1/2, Dbd. 75 Pf., Wollenstrumpf
Gans, Eberhardt, Stralauerplatz 6/7, pt.

Theilzahlung monatlich
10 Mt.,
liefern
elegante Herren-Garderobe nach
Maß (auch ohne Kasse, billige Preise)
fertige Garderobe wird zum Selbst-
kostenpreis außerkauft. Tempowski,
Schnedermstr., Stralauerstr. 56, Baden

Möbel
und Wohnungs-Einrichtungen zu
Fabrik-Preisen.
Eigene Werkstätte im Hause. (1116b)
Bukow, Invalidenstr. 13.
Voger: Barterre u. I. Uge.

Rohtabak große Auswahl, feinst,
weisse und in Ballen.
R. Kettner, Oranienstr. 6.

„Problem“
durch scheinliche Zigarren-
geschäfte zu bestehen. 1463b

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!
Am Donnerstag, den 16. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale
des Herrn Richter, Schwerinstraße 13:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Neuwahl. Referent: Dr. Leo Arons. 210/7
2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Das Wahlkomitee.

III. Wahlkreis.
Sonnabend, den 18. März, Abends 8 Uhr, im Apollo-Saal,
Sebastianstraße Nr. 39 (früher Brodnow):
Volks-Versammlung
Tages-Ordnung:
Bertrag des Reichstags-Abgeordneten Rechtsanwalts **Wolfgang
Heine** über: „Die Märzrevolution“. 213/14
Zahlreiches Erscheinen erwünscht
Der Vertrauensmann.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für Cetzow-Breskow-Storkow-Charlottenburg**
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, den 16. März 1899, Abends 9 Uhr,
in Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **G. Wagner** über: Die
kräftigen Ehrengerichte und die kranken Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Vereins-
angelegenheiten und Beschiedenes. — Wähe willkommen. 250/2
Die Herren Kerze sind besonders eingeladen. Die Versammlung wird
pünktlich eröffnet. Die Mitglieder werden ersucht, recht pünktlich zu er-
scheinen.
Der Vorstand.

**Verein Sozialdemokratischer
Gast- und Schankwirthe Berlins
und Umgegend.**
Am Freitag, den 17. März 1899, Nachmittags 5 Uhr,
beim Kollegen Fischer, Heusselstr. 9:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Klees**. 2. Diskussion.
3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand. J. H.: Ferdinand Ewald.

Schmiede.
Am Donnerstag, den 16. März 1899, Abends 8 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Oeffentl. Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Metzner** über: „Die Errungenschaften des
Jahres 1848 und heute“. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum 1. Mai.
4. Beschiedenes. 1938b
Der Vertrauensmann.

**Arbeiter der städtischen Gasanstalten
und Wasserwerke!**
Die zu Mittwoch, den 15. März von den Herren P. Bauer und
H. Seidel einberufenen Versammlungen, welche sich mit der Kranken-
kostenfrage beschäftigten, gehen nicht von der Organisation der
städtischen Arbeiter aus. Wir geben das, um Irrthümer zu vermeiden,
hierdurch bekannt. Die gewerkschaftliche Organisation ist die alleinige
kompetente Stelle, die in derartigen Fragen zu entscheiden hat. Diese aber
(der Verband der städtischen Arbeiter) hat zu der Frage schon vor Monaten
Stellung genommen und bezügliche Eingaben an das Stadterordneten-
Kollegium und den Magistrat gemacht. Wir bitten daher, den Verammlun-
gen fern zu bleiben. 1948b
Der Vorstand des Verbandes der städtischen Arbeiter.

„Jägerhaus“ Schönhauser Allee 103. Täglich:
Großes Volksfest. Entree frei. [a]

Schnelle, gründliche Heilung
bei Bleichsucht, Blutarmuth, Gicht, Rheu-
matismus, Herz-, Lungen-, Nieren-, Leber-,
Nagen- und Nervenleiden etc., auch bei sog.
unheilbaren Weiden durch unser Naturheilver-
fahren mit besonderer Berücksichtigung der Pflanzen-
für. Beseitigung von Sommerprossen, Ueberhaden, Haare-
ausfall, Frostschäden, Keulen- und Geschwürleide etc.
Naturheilstalt „Sanitas“,
(Direkt: Otto Zeppenfeld), Berlin C., Scharrnstr. 23
an der Breitenstraße.
Strohenbahn- und Omnibusverbindung nach allen Richtungen.
Sprechstunden 12 1/2 - 5 Uhr. Sonntags 12 1/2 - 5 Uhr. (1064b)
Kurz vor genauer Krankheitsbericht erforderlich.
Konsultation kostenfrei! Behandlung ohne Berufsstörung!

Ginseng-Anzüge
in blau u. schwarz Sammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 131.
Koulaute **H. & M. Lewent**. Beamten
Zahl. Verb. ohne Anzahl.

Milchkübel,
Kannen, Satten, Gemüse, Wiege-
schalen, Buttermaschinen, Butter-
knetter sowie sämtliche milch-
wirthschaftliche Bedarfsartikel.
Herm. Jordan
Fabrik: Kl. Markus-Strasse 28.
Filiale: Haldestr. 73. Leichter Eilgute-Bahn.
Telephon VII. 3163. (1117b)

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben
nur neue moderne Sachen. (669b)
Prima Qualität 1,50 und 2.-
Die beliebtesten **Arbeitshüte** immer
noch **65 Pf.**
früher Barnimstr. 4 u. 5.
Jetzt Kaiserstrasse 25 A.
Gutfabrik-Komptoir
und **Polsterwaren.** Reelle Arbeit.
Sange Einrichtungen zu billigen Preisen. (1104b)
Franz Tutzauer, Brunnenstraße 152.

Achtung! Maurer. Achtung!
Am Mittwoch, den 15. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Keller's Festhale, Koppentstraße 29:
**Große öffentliche Versammlung
der Maurer Berlins und Umgegend.**
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Kongress der durch Vertrauensmänner zentralisirten Gewerkschaften
Deutschlands ebentwell Wahl von Delegirten zu demselben. 2. Gewerkschaftliches.
Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend.
J. H.: H. Metzko. D. D.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Aachener Tuche welt-berühmt
überall prämiirt und über ganz Europa verbreitet, sowie andere deutsche Fabrikate ver-
senden wir zu **anerkannt niedrigen Preisen** an Jedermann. Unsere
ca. 400 Muster grosse Collection, die franco versandt wird, enthält Alles, was der moderne Geschmack bietet: **Tuch, Kammgarn, Cheviot,
Loden, Damentuche etc.** vom einfachsten bis zum allerfeinsten. Um einen Beweis
wir, dass wir innerhalb **ca. 15 000** neue Kunden erworben haben und einige
des Jahres 1898 Tausend ehrende Anerkennungen vor-
liegen. Die Zahlen können nicht angezweifelt werden, da sie durch unsere Bücher fest-
gestellt sind. Ausser unseren hochfeinen Modestachen, weisen wir auf unsoren
berühmten, seit 1893 überall eingeführten **Monopol-Cheviot** hin. Dieser reinwollene echt-
farbige Cheviot, der in schwarz,
blau und braun geliefert wird, kostet nur **4 Mk. per Meter**, 3 Meter zum gediegenen Anzuge 12 Mk.
Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen Nr. 78. 106/2*

Kein Laden!
Empfehle mein reichhaltiges
Lager in
**Filz- und Seidenhüten,
Schirmen**
in den neuesten Façons und
Farben, äußerst billige Preise.
Richard Klose, Nußamerstr. 41,
zweites Haus von der Brunnensstraße. Eingang vom Hausflur.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

**Grosse Ersparnisse * *
* * * im Haushalte**
ermöglichen Fahlberg, List & Co's
ärztlich empfohlen
Saccharin-Tabletten,
der beste, billigste u. gesündeste Süsstoff.
Der Ersatz von **1 Pfund Zucker**
kostet nur [105/19*]
! 10-12 Pfennige!
Ausgezeichnet zum Versüssen von Kaffee, Thee,
Kakao, Schokolade, Suppen, Grog, Punsch, Glühwein,
Warmbier, Limonaden u. s. w.
Zu haben in allen durch Saccharin-Plakate kenntlichen
Drogen-, Kolonial- und Materialwaren-Handlungen.
General-Vertreter **Wih. Bröckel**, Berlin N.,
Sellenstrasse 14; Haupt-Niederlage **R. Ehrmann**,
Berlin SW., Solmsstrasse 24.

Verkauf frisch gef. jähw. pers. und jän. Fleisches.
Schweinefleisch pro Pfd. von 30 Pf an, (658L*)
Schweinefleisch 40 Pf.
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof
Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:

Empfehle mein vorzüglich gepflegtes
Weiß- und Bayerisch-Bier. Alter
Nordhäuser Jäger auf Lager. Wer-
theilen haben Vorkaufspreis. (108L*)
Jahreszeiten des 4. Wahlkreises, Ostpr.
Jahreszeiten und Arbeitsnachweis des
Verbandes der Bergarbeiter.
Emil Köpcke, Schillingstr. 30a.

Fahrräder
verpachtet gewesene, ge-
brauchte u. neue erstklassige
Damen- u. Herrenräder ver-
kauft spottbillig 71/5*
Concess. Leihhaus
Neue Schönhauserstr. 11, I.

Möbel auf Theilzahlung.
auf Theilzahlung.
Jetzt
Prinzenstr. 97.
Zähne v. 2 Mark event. Theil-
zahlung. *
Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.
Horstplatz,
1. Gang u. Aschinger
2 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut- u. Hautleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.*
Zähne 1,50 M. Reparaturen 2 M.
ziehen 1 M. Wunden 1 M. u. E. Fahr-
mann, Dentist, Schwedterstr. 245 a.
Gde. Kasernen-Allee. 8282*

Vermietungen.
Zimmer.
möblirt, Piano, inkl. 20., sucht sofort
junger Mann, Gegend gleich. Reinlein,
Dachmeyerstr. 11, II, Schilling. (1941b)
Schlafstellen.
Schlafstelle bei Frau Scheffin,
Stegenerstr. 42, v. IV. (1930b)

Allerlei Anzeigen.
GENERAL-Fundbureau,
Charlottenstr. 93.
Alle Arten, Zeichnungen, Abfall-
papier kauft jeden Posten **Dr. Lange**,
Oppelnerstr. 2 I. 1837b

**Lehrer oder
Lehrerin gesucht**
in antireligiöse Familie auf südwest-
lichem Vorort zu einem fünfjährigen
Knaben. Kenntniß der pädagogischen
Klassiker verlangt. Bedingungen nach
Berechnung. Offerten erbeten unter
K. 10 an die Expedition.

Steinmühl-Färberei.
Wir suchen für unsere Steinmühl-
färberei in Döllsch. Böhmen einen
tüchtigen Färber; derselbe muß sowohl
in der uni-Färberei als auch in der
Spritzerlei durchaus selbständig und zu-
verlässig sein. Meldungen mit Gehalts-
ansprüchen erb. Weiss & Bach Nachf.,
in Schlagenswald in Böhmen. (1945b)

**Lehrer oder
Lehrerin gesucht**
in antireligiöse Familie auf südwest-
lichem Vorort zu einem fünfjährigen
Knaben. Kenntniß der pädagogischen
Klassiker verlangt. Bedingungen nach
Berechnung. Offerten erbeten unter
K. 10 an die Expedition.

Schornstein-Maurer für runden
Schornstein gesucht. Mittag, Kanthstr. 160.

Tüchtige Dreher
f. Fahrradteile sof. gesucht (1176b*)
Neu-Ruppiner Fahrradfabrik „Hermes“
Hermann Bartel,
Neu-Ruppiner.

**Reisender
Lederverputz-Fabrik**
mit ca. 1000 M. Einlage als Mit-
haber der Firma sofort gesucht. Off.
u. D. B. postlag. Wollershof b. Berlin.

Goldleisten. 195/45
Tüchtige Verarbeiter sowie Schleifer
sind bei hohem Verdienst dauernde
Beschäftigung Köpckestr. 109a.
Verarbeiter u. Farbigenmacher verl.
A. Loose, Wienerstr. 57 a. 1902b

Annacher,
tüchtige, selbständige, finden dauernde
Beschäftigung. 1932b
Koch & Bein,
Mitterstr. 49.

Lehrer u. Lehrer, verl. 2 u. 3 I.
Rixdorf, Dammstr. 4, III. (1945b)
Schlichter u. Lehrerin verlangt
B. Scharenberg, Reinickendorferstr. 26.

Lehrer
der Talent zur Malerei hat, wird zur
gewissenhaften Ausbildung für feine
Industrie-Malerei gesucht. (1845b*)
Kuly & Richter, Raumstr. 74, v. II.

Überhenden-Näherinnen,
die große Posten liefern können, suchen
Woellhoener & Paech,
Wollfäbrik, Holzmarktstr. 3. (1841b)

Arbeiterinnen
auf Jalousie und Kolumen verl.
Atelier Kohlmann,
Ruhstr. 40. (1944b)

Tüchtige Näherinnen
für unsere Abteilung Jalousien und Kolumen
ver sofort gesucht. **A. Jandorf**,
Belle-Alliancestr. 1/2. 1936b

Für die Angehörigen der Verurtheilten in Dresden
gingen bei der Expedition des „Vorwärts“ folgende Beiträge ein:
Auf dem Stiftungsfest der Maurer in Dersfelde gesammelt 450. Von den organisierten Filialenlegern 20.—. Klemm, Diegnitz 1.—. Kontingentsführer Fabrik Richard Görner 200. F. u. E. Umbach 450. Von den Parteigenossen in Burg bei Magdeburg, durch Hr. Drechsler 22,66. Mittagsfest 1.—. Von den Schirmmännern der Fabrik H. Daus, 2. Rate 4.—. Von dem Personal der Firma Wolter 10.—. Von dem Personal der Firma Gebrüder Moll, Raybach u. Ufer, 8,80. R. D. 1.—. Beim alten Veteranen, Wöhlerstraße, 2,06. Lustiges Kleblatt 2.—. Gesammelt durch H. Krüger auf Berggütern des Raudern-Klubs „Eldoh“ 2,40. Zentral-Verein der Maurer, Zahlstelle Nordern 29,95. Geburtstagsfeier Streifenstr. 44 4.—. Arbeiterverein Dierwick a. S. aus der Kompanierkassette 15.—. Ges. bei einer Geburtstagsfeier bei dem Restaurateur Appelt 2.—. Personal d. Buchdruckerei August Doh 10,25. Von den Arbeitern der Telegraphenbau-Anstalt C. Lorenz 18,90. Vermittlerlei Kammgänger 4,75. Waler, Wilmersdorf, durch Herzog 5,30. Handklub Gleichheit 5.—. R. u. D. G. Central-Verein, Bernauer-

straße 79 2,50. Statklub Gleichheit 5.—. Destillation, Raumstr. 30 4,50. Gesammelt auf einem Radrennen 4. 3. d. Bohmann, Kreuzbergstr. 48 4,85. Aufsammlung beim Geburtstags-Ständchen der Frau Wall, Klosterstr. 101 durch den Hader-Gesangsverein Morgenröten 5,27. Ges. durch Philipp Bernheim (ein Freisänger 3.—, Dirig. Sachs 3.—, Feitz Euhmann 3.—, Landert — 50) 9,50. Gesammelt bei der Geburtstags-Feier Schiller, Gesangsbrüder 1.—. Schachklub Maurer, durch Däncke 11,65. Gesammelt auf dem Rauschmännern-Kongress in Kaiserlantern, durch Fischer 3,05. Summe 236,08.
Veröffentlichung. In Nr. 69 soll es statt Gesammelt durch J. R. J. R. (Beely) heißen.

dem Personal der Firma Wolter 10.—. Von dem Personal der Firma Gebrüder Moll, Raybach u. Ufer, 8,80. R. D. 1.—. Beim alten Veteranen, Wöhlerstraße, 2,06. Lustiges Kleblatt 2.—. Gesammelt durch H. Krüger auf Berggütern des Raudern-Klubs „Eldoh“ 2,40. Zentral-Verein der Maurer, Zahlstelle Nordern 29,95. Geburtstagsfeier Streifenstr. 44 4.—. Arbeiterverein Dierwick a. S. aus der Kompanierkassette 15.—. Ges. bei einer Geburtstagsfeier bei dem Restaurateur Appelt 2.—. Personal d. Buchdruckerei August Doh 10,25. Von den Arbeitern der Telegraphenbau-Anstalt C. Lorenz 18,90. Vermittlerlei Kammgänger 4,75. Waler, Wilmersdorf, durch Herzog 5,30. Handklub Gleichheit 5.—. R. u. D. G. Central-Verein, Bernauer-

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 15. März.
Opernhaus. Händel und Ortel. Bergheimnacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das fünfte Rad. Anfang 7 1/2 Uhr.
Rachm. 4 1/2 Uhr: Die Palastina-fahrt des deutschen Kaiserpaars.
Deutsches. Cyrano von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reising. Kara. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Solo's Vater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Der Schlafwagen. Kontroleur. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Dörmann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Der wilde Meier. Hierauf: Die Engeldjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Dornenweg. Anfang 8 Uhr.
Wehlen. Der Barbier von Sevilla. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Wuppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Schibdebold's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Pulsen. Das bemooste Haupt, oder: Der lange Israel. Anfang 8 Uhr.
Velle-Affiance. Der Warrer von Kirchfeld. Anfang 8 Uhr.
Chend. Der deutsche Michel. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtisches. Schumann Gemischel. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Persien. Anfang 8 Uhr.
Wiener Volks-Theater. Unschuldig. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“. Operntelephon.

Luisen-Theater
31. Heichenbergerstraße 31.
Abends 8 Uhr:
Zum 1. Male:
Das bemooste Haupt
oder: **Der lange Israel.**
Schauspiel in 4 Akten von Adolph Benedix.
Donnerstag und Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Sonnabend Nachmittags 3 Uhr:
19. Schüler-Vorstellung
zu besonders ermäßigten Preisen:
Wilhelm Tell.

Abend-Carl Weiss-Theater.
Gr. Frankfurterstraße 132.
Der deutsche Michel.
Schauspiel mit Gesang in 4 Akten v. H. Knefel. Musik v. Paul Vinde. Anfang 8 Uhr.
Vorgangsbillets haben Gültigkeit. Im Tunnel von 7 Uhr an Freikonzert.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Freitag: Der Brandstifter.
Sonntag Nachmittags: Die Waise aus Rowood.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Heute Mittwoch: Zum ersten Male:
Der wilde Meier.
Berliner Vaudeville in 3 Akten von Leon Leipziger.
Musik von Franz Wagner.
Klara Wenk und Reinhold Weithof als Gäste.
Hierauf: Zum 77. Male:
Die Engeldjäger.
Ballet in 14 Bildern von G. Regel und J. Bayer.
Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas
Lezte Woche:
Schibdebold's Engel.
Bosse mit Gesang in 4 Akten von B. Krausschütz. Musik von demselben.
Koupletts von Alfred Bender.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonnabend, den 18. März: Benefiz für **Emil Thomas: Der Registrator auf Reichen.** Bosse mit Gesang in 7 Bildern von A. Arronge und G. v. Moser.

Passage-Panopticum.
9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Heute
2 Vorstellungen um 4 u. 6 1/2 Uhr.
Die Kreuzfahrer.
Großes Ballet von 500 künstlerischen Menschen.
Entree heute 25 Pf.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Professor Dr. Müller: „Pflanzen mit eigenartiger Ernährung.“ (Biologie 2.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Koloßaler Lacherfolg über die Gesangsposse
Berliner Baisermädel.
Freibolin Viede: Dir. Müller.
Großer Jubel. Stärk. Beifall.
Verglammelnacht, Quartett. — Pötzlaralla. — Nanon. — Alfredo Tröppel. Helma Mähle. Ernst Sprecher. Gust. Schmidt. Ada und Victor. Helene Voss. Lebende Photographien.
Auf 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr. Billet-Born. Born. v. 11-1 Uhr. Donnerstag, den 23. März: Benefiz für die Liebtie Soubrette **Helene Voss.**

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neut Täglich mit großem Erfolg!
Tobias' Brautfahrt!
Bosse mit Gesang von Oskar Viktor Kober.
Neu! Neu! Neu!
Das jeden Abend atümtisch bejubelte Gesangsduett
Ada und Ottfried Relay.
Neu! Neu! Neu!
Hahnemann & Kahnemann. Urdrolliger Schwanz v. G. Braune. Dazu der ausgezeichnete **Spezialitäten-Theat** mit täglich wechselnd. Programm.
Anfang. Abent. 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr. Entree an Sonn- und Wochentagen nur 30 Pf. Vorgangsbillets haben Gültigkeit.

Gebrüder Richter-Theater
57 Lothringer-Strasse 57.
Robität! Robität!
Vater und Sohn.
Schauspiel mit Gesang in 4 Akten von Wilhelm Richter.
Geinrich Muffa. . . W. Richter.
Schauspiel:
Wie denken Sie darüber?
Bosse in 1 Akt von Carl Hof.
Anfang: Wochent. 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.

Castan's Panopticum.
Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellschaft.
„Santa Lucia“.
Die berühmten „lebenden Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Apollo-Theater.
Das beste Programm der Saison
Wallno & Mertens
Curtis & Gordon
Scheherazade
The 5 Juliars
3 Yoscarys
Segommer
Freedgy
Sidley
Barma
Sato
etc.
Vorverkauf täglich im Theater u. beim „Kunstlerdank“, Unter den Linden 69.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Wiener Volks-Theater
Dranienstraße 52 (Raryplatz).
Heute 2 Vorstellungen.
Abendliche 8 1/2 Uhr: „Unschuldig“
Schauspiel in 4 Bildern von Leopold Friedr. Weig. Son 7 Uhr an: Humoristische und ernste Gesangsporträge.
Nachmittags 3 Uhr: „Unschuldig“ zu halben Preisen.

Gebrüder Richter-Theater
57 Lothringer-Strasse 57.
Robität! Robität!
Vater und Sohn.
Schauspiel mit Gesang in 4 Akten von Wilhelm Richter.
Geinrich Muffa. . . W. Richter.
Schauspiel:
Wie denken Sie darüber?
Bosse in 1 Akt von Carl Hof.
Anfang: Wochent. 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.

Concerthaus
Leipzigstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen
Theaterskandal
dazu:
Der Jubilar.
In Vorbereitung:
Italiano Berolina.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Miesel, Britton, Steidl, Krone, Wöh, Schneider und Schrader.)
Zum drittletzten Male:
Frauen-Emanzipation
Tagesklasse von 11-1 Uhr.
Jeden Freitag: Neues Programm.

CIRCUS BUSCH
Nur noch kurze Zeit.
Mittwoch, den 15. März 1899.
Abends 7 1/2 Uhr:
Zum 121. Male:
PERSIEN.
Apfel des Paria. Sandor Trio. Direktor Busch mit seinen besten Freiheitskämpfern. Burkhardt-Footitt als Schlichter. Die Kämpfer mit ihren besten Spähen.
Donnerstag, den 16. März, Abends 7 1/2 Uhr: **Persien.**
Auf allgemeinen Wunsch Sonntag, den 19. März, Nachmittags 4 Uhr: **Persien.**

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Der liebe Onkel.
Schwanz in 4 Akten von Rudolf Knefel.
Nach der: **Tanzkränzchen.**

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hutt.
Täglich:
Großes Konzert
der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner und **Spezialitäten-Vorstellung** unter Regie des Humoristen Gustav Kluck.
Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntag 5 Uhr.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Mähr's Theater
Dranien-Strasse 21.
Täglich:
Die Jagd nach dem Glücke.
Lustspiel in 4 Akten v. F. K. Sauer.
Sonder haben Gültigkeit.
Sonntags Anfang 8 Uhr.

F. Scholz' Festsäle
mit
Garten u. gr. Theaterbühne,
Gr. Frankfurterstr. 74.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag:
Grosser Ball.
Anfang 8 Uhr. Entree u. Tanz frei!
Auch empfehle meine Lokalitäten Sonnabends an Vereine zu Sommerfesten und anderen Vergnügungen.
Auch können Versammlungen abgehalten werden. 11022*

10848*
Hans Kayser
Gärtlicher Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für **Press- u. Steinkohlen.**

Möbel-Fabrik
und Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen
von
Julius Apelt, Tischlermeister, Berlin SO.
Skalitzer-Strasse No. 6, am Rottbuser Thor.
Permanente Ausstellung für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen stehen jederzeit zur Verfügung bereit; auch werden dieselben in eigener Werkstatt im Hause nach Wunsch und Zeichnung in kürzester Zeit angefertigt.
Für bestes und trockenes Material leichte Garantie.

Heute, Morgen und folgende Tage.
Gardinen
Meter 28 Pf., 35 Pf., 50 Pf. etc.
abgepasst Fenster (2 Chales) 2,40 M., 3,00 M., 4,00 M. etc.
Stück 1 M., 1,50 M., 2 M. etc.
Portièren bunt gewebte Portièrenstoffe mit Franzen Meter 45 Pf., 60 Pf. etc.
Läuferstoffe, Tischdecken, Steppdecken, Teppiche, Möbelstoffe.
Magazin A. Lubasch, Kommandantenstrasse 44/44a.

Möbel, Wohnungs-Einrichtungen auf Credit
bei bescheidener Anzahlung u. auf Jahre hinans vertheilten Ratenzahlungen. Bei Zahlungsschwierigkeiten grösste Rücksicht. [7383*]
Stets enormes Lager vom einfachsten bis feinsten Genre
Central-Möbel-Halle, Kommandantenstr. 51, Ecke Alexandrinenstr.

Warenhaus Wilhelm Stein

Chaussee-Str. 66. BERLIN N., Chaussee-Str. 66.

Tagesangebot

für **Mittwoch, den 15., Donnerstag, den 16., Freitag, den 17. März.**

Porzellan.

Kaffeetassen mit Osterhasen 10 Pf.	Spelseteller, tief und flach, weiss 11 Pf.	Kaffeekannen, blau, Strohmuster 18 u. 38 Pf.
Kaffeetassen Goldrand 16 Pf.	Kaffeesevice, 8thl., bunt, für 8 Personen . . . 185 Pf.	Sahnenglaser, blau, Strohmuster 26 u. 19 Pf.
Dessertteller mit durchbroch. Rand bemalt. 15 Pf.	Kaffeesevice, 5thl., Zwiebelmuster, für 2 Personen 85 Pf.	Zuckerdosens, blau, Strohmuster 40 Pf.
Milchtöpfe, Zwiebelmuster, z. Küchenrahmen 9 Pf.	Kaffeekannen, gute Qualität, gross 58 Pf.	Kaffeetassen, blau, Strohmuster 20 Pf.
Dessertteller Goldstern 13 Pf.	Dessertteller, weiss 8 Pf.	Kaffeetassen, blau, Strohmuster 10 u. 9 Pf.
Kaffeetassen, stark, für Restaurateure 15 Pf.	Kaffeetassen, mit feinen Blumenzweigen 20 Pf.	Kuchenteller mit Amoretten 55 Pf.
Leuchter bemalt 18 u. 30 Pf.	Muscheln, zum Aufhängen, blau 15 Pf.	Butterdosens, Zwiebelmuster 30 Pf.

Steingut.

Wandteller, Delftermuster 38 Pf.	Bratenschüsseln, weiss, rund 10 Pf.	Bratenschüsseln mit blauem Rand 12 Pf.
Milchtöpfe, conische Form, Zwiebelmuster 16 u. 12 Pf.	Weinblätter, Majolika, grün 17 u. 14 Pf.	Waschgarnituren 4thl. bedruckt 98 Pf.
Milchtöpfe, bauchig, Zwiebelmuster 33, 26, 22, 18 u. 10 Pf.	Satzschüsseln, weiss, 6 Stück 85 Pf.	Waschgarnituren 5thl. bedruckt 250 Pf.
Vorrathstonnen, blau, gross, mit Aufschrift 22 Pf.	Satzschüsseln, Zwiebelmuster, 6 Stück 130 Pf.	Waschgarnituren 5thl. bedruckt 200 Pf.

Glas.

Weissbierpokale gepresst 80 u. 20 Pf.	Liqueurschaalen, gepresst, Inhalt 1/10 u. 1/12 Ltr. 6 Stück 35 Pf.	Glasteller gepresst 5 Pf.
Seidel, gepresst 17 19 20 Pf.	Liqueurschaalen, geschliffen, Inh. 1/10 u. 1/12 Ltr. . . 12 Pf.	Sturzaraffen mit Glas, weiss 20 Pf.
Bierbecher mit starkem Boden, Inh. 1/12 u. 1/14 Ltr. . . 12 Pf.	Gambrinustulpen 27 Pf.	Wassergläser geschliffen 13 Pf.
Bierbecher, Inhalt 1/12 u. 1/14 Ltr. 6 Pf.	Bierkannen glatt 60 Pf.	Fruchtschaalen auf Fuss, geschliffen 120 Pf.
Bierbecher mit Goldrand, 1/4 Ltr. 2 Stück 15 Pf.	Honigdosen gepresst 12 Pf.	Butterdosens gepresst 24 Pf.

Wirtschaftsartikel.

Schinkenteller Ahorn Grösse 14 16 18 21 24 cm 12 14 18 22 25 Pf.	Handtuchhalter lackiert mit Muschelauflsatz 225 u. 185 Pf.	Esslöffel schwere Qualität, Britannia Dtz. 110 Pf.
Frühstücksbrettchen Ahorn Grösse 22 26 30 cm 17 23 28 Pf.	Messerputzbretter 27 u. 18 Pf.	Theelöffel Dtz. 55 Pf.
Küchenbretter Grösse 34 35 1/2 38 40 42 1/2 cm 12 15 17 23 28 Pf.	Patent-Messerputzbrett u. Schärfer 48 Pf.	Esslöffel Alpaccasilbor, schwere Qualität Stück 30 Pf.
Buchen Grösse 44 51 54 55 1/2 57 cm 30 35 42 55 68 Pf.	Putz- u. Wichskasten 45 u. 23 Pf.	Theelöffel Stück 15 Pf.
Quirle in verschiedenen Grössen 3, 4 u. 5 Pf.	Küchenrahmen 960, 900, 540 u. 420 Pf.	Vorrathstonnen neublau, ca. 1/2 Pfd. Inhalt Stück 15 Pf.
Klammern Schock 18 Pf.	Garderobenleisten poliert 85, 65 u. 42 Pf.	Briefkasten 75, 40 u. 38 Pf.
	Kleiderbügel poliert Dtz. 70 Pf., roh Dtz. 40 Pf.	Messerspüler Stück 45 Pf.
	Fensterleder Ia. Qualität, extragross 48 Pf.	Fensterreimer Stück 42 Pf.

Emaille.

Schmortöpfe neublau, ohne Ring Grösse ca. 16 18 20 22 cm 42 55 65 80 Pf.	Wannen oval, neublau und marmorirt Grösse 35 40 45 50 55 60 cm 135 155 180 215 245 300 Pf.	Waschschüsseln mit Seifennapf, marmorirt Grösse 31 cm 38 Pf.
Schmortöpfe neublau, mit Ring Grösse ca. 16 18 20 22 cm 60 72 85 100 Pf.	Wannen rund, neublau und marmorirt Grösse ca. 35 40 45 50 cm 135 165 185 220 Pf.	Arbeiterkannen marmorirt, Inhalt ca. 1/2 3/4 1 Ltr. 38 42 45 Pf.
Casserollen neublau, ohne Ring Grösse ca. 12 14 16 18 cm 20 30 38 50 Pf.	Wasserkessel mit Sack neublau Grösse ca. 22 24 cm 135 155 Pf.	Consol mit Maass, Inhalt 1/3 Ltr. 45 Pf.
Casserollen neublau, mit Ring Grösse ca. 16 18 20 22 cm 55 65 78 85 Pf.	Theesiebe neublau und weiss 20 Pf.	Schmortöpfe Eisen mit Ring (Kronenmarke) Inhalt ca. 4 4 1/2 5 3/10 6 6 7/10 Ltr. 90 95 115 125 145 Pf.
Schüsseln, flach, weiss, Gr. ca. 14 16 18 20 22 24 26 28 30 cm 12 13 16 18 20 24 26 29 33 Pf.	Küchenschüsseln tief weiss, Gr. ca. 24 26 28 30 32 34 36 38 40 cm 38 42 48 51 60 68 78 83 95 Pf.	Bratpfannen Eisen (Kronenmarke) Grösse ca. 39 41 1/2 48 cm 130 145 155 Pf.
Kummen Gr. ca. 13 14 16 18 20 cm 14 16 20 25 33 Pf.	Essenträger, marmorirt Gr. ca. 12 18 cm 40 50 Pf.	Milchtöpfe, weiss und bauchig Gr. ca. 8 9 10 11 12 14 cm 30 36 39 45 50 60 Pf.
Kehrschaufeln, marmorirt und neublau Gr. ca. 24 26 cm 38 45 Pf.		